

U m r i ß

der

Braunschweigischen Verfassungsgeschichte

von

A. R h a m m

Land Syndikus

Sonderabdruck

des

Einleitenden Theils der „Verfassungsgesetze des Herzogthums
Braunschweig“, 2. Auflage

Braunschweig

Druck und Verlag von Friedrich Vieweg und Sohn

1907

U n f ü n d i g u n g.

Der Verfasser hat dem von ihm herausgegebenen Kommentar der „Verfassungsgesetze des Herzogtums Braunschweig“ einen einleitenden Teil vorausgeschickt, welcher in kurzen Zügen eine quellenmäßige Darstellung des Entwicklungsganges des einheimischen Verfassungsrechtes von den ältesten Zeiten bis etwa zum Tode des Herzogs Wilhelm enthält, unter besonderer Rücksichtnahme auf die Entstehungsgeschichte und die späteren Umgestaltungen, sowie Ergänzungen (Regentschaftsgesetz) der Neuen Landschafts-Ordnung vom 12. Oktober 1832, des Braunschweigischen Landesgrundgesetzes. Die Ausführungen des Verfassers sind durchweg klar und anschaulich, auch dem Laien leicht verständlich gehalten. Wir dürfen daher hoffen, daß die Veranstaltung einer Sonderausgabe dieser Darstellung Freunden der Braunschweigischen Landesgeschichte willkommen sein wird.

Braunschweig, im Oktober 1906.

Friedrich Bieweg und Sohn.

UB Braunschweig

84



2304-103-3

A m r i k

der

Braunschweigischen Verfassungsgeschichte

U m r i ß

der

Braunschweigischen Verfassungsgeschichte

von

A. R h a m m

Landyndikus

Sonderabdruck

des

Einleitenden Teils der „Verfassungsgesetze des Herzogtums
Braunschweig“, 2. Auflage

Braunschweig

Druck und Verlag von Friedrich Vieweg und Sohn

1907

Alle Rechte, namentlich dasjenige der Übersetzung in fremde Sprachen,
vorbehalten



FRIEDR. VIEWEG & SOHN
BRAUNSCHWEIG

Einleitender Teil.

§. 1.

Das Staatsgebiet und das Herrscherhaus.

Von dem welfischen Eigengut, welches der Enkel Heinrichs des Löwen, Otto das Kind, am 21. August 1235 auf dem Mainzer Reichstage in die Hand des Kaisers gab, um es als ein Herzogtum und Reichsfahnlehen zurück zu empfangen, bildet das Herzogtum Braunschweig in seinem heutigen Bestande nur den kleineren Teil. Als jene Belehnung sich vollzog, hatte die herzogliche Gewalt sich aus einem Reichsaunte heraus längst zu einem eigenen, erblichen Rechte entwickelt und die Landesherrschaft der weltlichen Fürsten soeben selbst eine ausdrückliche Anerkennung von kaiserlicher Seite erhalten¹⁾, eine Wandlung, die bald dahin führte, daß die Herzogtümer und andere Reichslehen gleich den Familiengütern der willkürlichen Teilbarkeit anheimfielen.

I. Schon Ottos Söhne, Albrecht und Johann, teilten um 1267 das väterliche Erbe, dessen Kern sich aus den brunonischen Stammlanden mit samt den Nordheimer, billungischen und Süpplingenburger Hausgütern zusammensetzte. Johann wählte die Herrschaft im Lüneburgischen und ward der Stifter des älteren Hauses Lüneburg, das im Jahre 1369 wieder erlosch. An Albrecht fiel das Land um Braunschweig und Wolfenbüttel (mit Ausnahme von Lichtenberg und Twiefelingen) nebst Gifhorn, das Kalenbergische, die Herrschaft Oberwald (Göttingen) und das Gebiet vor dem Harze (Grubenhagen). Er begründete das ältere Haus Braunschweig und hatte seinen Sitz in der Stadt Braunschweig, dem in ungeteilter Rechtsgemeinschaft verbleibenden Stammorte seines Geschlechts. Seine drei älteren Söhne folgten ihm in der Herrschaft, schritten aber wiederum zu einer Auseinanderetzung, aus welcher die Linien Grubenhagen, Göttingen und Braunschweig hervorgingen. Indessen gelang es den Söhnen des der braunschweigischen Linie angehörenden Herzogs Magnus II. „mit der Kette“, nach dem Aussterben des älteren Hauses Lüneburg die unter kaiserlicher Begünstigung erhobenen Erbansprüche der Kognaten erfolgreich zu bekämpfen und die Lüneburger Lande mit dem eigenen Besitz zu vereinigen (1389).

Noch vor dem Ausgange des Lüneburger Erbfolgestreites, bald nach dem Tode ihres Vaters Magnus, hatten die Braunschweiger Fürsten, die Gebrüder Friedrich, Bernhard, Heinrich und Otto, einen Vertrag errichtet, dem nach Land

¹⁾ In Konstitutionen Friedrichs II. von 1232.

und Leute immerdar beieinander bleiben und die Nachfolge in der Herrschaft nach Ordnung eines Seniorats sich vollziehen solle (Vertrag vom 1. Februar 1374). Allein diese Vereinbarung hatte nicht lange Bestand. Sofort nach dem Anfall der Lüneburger Erbschaft ward unter den drei älteren Brüdern abermals aufgeteilt und, als der Älteste, Herzog Friedrich, ohne Manneserben verstorben war, zunächst von den beiden anderen, Bernhard und Heinrich (1409), dann zwischen Bernhard und Heinrichs Söhnen eine neue Auseinandersetzung getroffen. Die letztere, geschlossen am 22. August 1428, hat das mittlere Haus Braunschweig und das mittlere Haus Lüneburg ins Leben gerufen. Die Herrschaft zu Lüneburg kam an Herzog Bernhard, das Braunschweigische nebst einem Teile der Kalenberger Landschaft und des Besizes an der Weser an Herzog Heinrichs Söhne. Die Städte Braunschweig und Lüneburg, sowie die Altstadt Hannover blieben Gesamteigentum. Die Braunschweiger Linie nahm ihren Hofhalt dauernd auf der Feste Wolfenbüttel, die schon seit dem Ausgang des 13. Jahrhunderts den Herzögen des älteren Hauses Braunschweig vielfach zum Fürstensitze gedient hatte¹⁾.

II. Das mittlere Haus Braunschweig gelangte durch das Aussterben der göttingischen Linie in den Besitz der dortigen Herrschaft (1437). Es scheidet sich seinerseits vom Jahre 1432 an in die Linien Kalenberg und Wolfenbüttel, die zwar 1473 wieder vereinigt wurden, jedoch seit 1495 infolge einer von Heinrich (dem Älteren) und Erich I. vorgenommenen Teilung von neuem auseinander gingen. Heinrich, dem das Wolfenbüttelsche mit den Harzämtern zufiel, ordnete, um weiterer Zersplitterung seines Landes vorzubeugen, an, daß ihm sein gleichnamiger, ältester Sohn und diesem späterhin wieder der Erstgeborene unter Ausschluß der Brüder in der Regierung folgen solle (1510). Nach seinem Tode bestätigten die nachgelassenen Söhne wiederholt die getroffene Verfügung. Als gleichwohl einer von ihnen, Wilhelm, späterhin dem Erstgeborenen die Alleinherrschaft streitig zu machen versuchte, erzwang dieser, Herzog Heinrich (der Jüngere), von jenem durch langjährige Haft die förmliche Verzichtleistung auf seine Ansprüche. Der bei dieser Gelegenheit geschlossene Vertrag vom 16. November 1535, das pactum Henrico-Wilhelminum, unter Gewähr der Landstände gestellt und nachmals vom Kaiser Karl V. bestätigt, setzt für das Fürstentum Braunschweig und dessen etwaigen künftigen Zuwachs („unser igit Land und Leuth, und was wir künfftig mehr erobern, gewinnen, erlangen, oder mit angefallen überkommen und erobern mögen“) Unteilbarkeit fest, ordnet die Thronfolge nach der lineal-Primogenitur und trifft Bestimmungen über Aussteuer der Töchter, Unmündigkeit und Vormundschaft²⁾.

Der Ausgang der Hildesheimer Stiftesfehde hatte inzwischen (1523) dem Fürstentum Kalenberg-Göttingen, wie dem Wolfenbüttler Lande nicht unerheb-

¹⁾ Näheres über die Teilung von 1428: (Koch), Pragmatische Geschichte des Hauses Braunschweig und Lüneburg, 1764, S. 289; Havemann, Geschichte der Lande Braunschweig und Lüneburg, Bd. I, S. 662 f.

²⁾ Der Vertrag, von dem eine Ausfertigung im landschaftlichen Archiv bewahrt wird, findet sich abgedruckt bei Schulze, Hausgesetze, Bd. I, S. 428 ff.

liche Gebietsvergrößerungen zugeführt. Mit dem Jahre 1584 erlosch dann die Kalenberger Linie und der erledigte Landesteil fiel dem Fürstentum Wolfenbüttel zu. Zwölf Jahre hernach ging auch der Grubenhagener Zweig des älteren Hauses Braunschweig zu Ende. Die dortige Herrschaft ward wolfenbüttlerseits beansprucht, aber durch Urteil des Reichshofrats der cellischen Linie des Lüneburger Hauses zuerkannt. Einen teilweisen Ersatz fand Wolfenbüttel in der Grafschaft Blankenburg, die dem Herzog Heinrich Julius 1599 als eröffnetes Lehen anheimfiel. Unter seinem schwachen Nachfolger Friedrich Ulrich, dem letzten Fürsten aus dem mittleren Hause Braunschweig, gingen indessen manche der neueren Errungenschaften wieder verloren.

III. Als der Herzog Friedrich Ulrich am 11. August 1634 kinderlos verstarb, stand die Nachfolge dem Lüneburger Hause zu, welches in die Linien Harburg, Dannenberg und Celle gespalten war. Der Streit über die Erbfolge erledigte sich in Gemäßheit der Teilungsverabredung vom 14. Dezember 1635 und des Hauptteilungsrezeßes vom 10. Dezember 1636 dahin, daß die Harburger Linie, die dem Aussterben nahe war, mit den Grafschaften Hoya und Reinsteins-Blankenburg abgefunden, das Kalenbergische nebst den homburg-eversteinischen Besitzungen an Celle gewiesen, das Fürstentum Wolfenbüttel aber dem Dannenberger Herzog August „extra sortem aus freundvetterlicher Liebe und Zuneigung“ eingeräumt wurde. Die Universität Helmstedt (erst nach Errichtung der Universität zu Göttingen an Braunschweig überwiesen) und die Bergwerke des Harzes blieben gemeinsam ¹⁾. Als bald hernach die Harburger Linie zu Ende ging, erwarb Braunschweig-Wolfenbüttel die Grafschaft Blankenburg nebst der Hälfte des harburgischen Anteils am Harze zurück ²⁾.

Herzog August (der Jüngere), Sohn Heinrichs von Dannenberg, ist der Begründer des neuen Hauses Braunschweig. Unter seinem Sohne und Nachfolger Rudolf August wurde die während des 30jährigen Krieges vom Erzherzog Leopold Wilhelm in seiner Eigenschaft als Bischof von Halberstadt den Grafen von Tettenbach zu Lehen gegebene Grafschaft Reinsteins nach dem Aussterben ihres Geschlechts vom Kurfürsten von Brandenburg, welchem das Hochstift Halberstadt im Westfälischen Frieden zugesprochen war, ungeachtet der fortdauernden Lehnsheerlichkeit der Braunschweiger Herzöge, mit Gewalt in Besitz genommen und trotz eines zugunsten des Braunschweiger Hauses ergangenen Urteils des Reichskammergerichts nicht wieder herausgegeben. Dagegen ward die Stadt Braunschweig, die seit Jahrhunderten völlige Unabhängigkeit bewahrt hatte, mit Hilfe der Celler und hannoverschen Herzöge unterworfen und mit ihren Stiftern, wie der bisher in cellischem Besitz befindlich gewesenen Abtei Walkenried der Braunschweiger Linie gegen Herausgabe der dannenbergischen Ämter überlassen ³⁾. Einen fernereren Erwerb hatte die Beteiligung Braun-

¹⁾ Den Vertrag von 1635 s. bei Ribbentrop, Sammlung von Landtagsabschieden, XI. II, S. 86 ff., den von 1636 bei Schulze, Hausgesetze I, S. 445.

²⁾ Vergleich vom 17. Mai 1651, abgedruckt bei v. Selchow, Magazin I, S. 78.

³⁾ Punktionen vom 6. Mai 1671: v. Selchow I, S. 114 ff., 123 ff.

schweigs an dem Kriege Brandenburgs gegen Schweden im Gefolge, indem das durch den Frieden von Celle (5. Februar 1679) neben anderem an das Gesamthaus Braunschweig abgetretene Amt Theedinghausen dem Herzog Rudolf August übereignet wurde¹⁾. Endlich fand durch Kezeß vom 17. Januar 1706²⁾ die cellische Linie das Haus Braunschweig-Wolfenbüttel für dessen Anrechte an dem gemeinschaftlich ererbten Herzogtum Sachsen-Lauenburg mit dem Amt Campen und einigen Dörfern des Amtes Neubrück (Bienrode, Bevenrode, Waggun) ab.

Die grundgesetzlichen Bestimmungen des *pactum Henrico-Wihelminum* über die Theilbarkeit des Herzogtums hatten durch den Herzog Julius, Heinrichs des Jüngeren Sohn und Nachfolger, eine bemerkenswerte Befräftigung und Ergänzung erhalten. In dem am 29. Juni 1582 errichteten, vom Kaiser Rudolf bestätigten und einem Hausgesetz gleich zu achtenden Testament³⁾ dieses um die Wohlfahrt des Landes so sehr verdienten Fürsten war jener Vertrag als ein ewiges *statutum* und *pactum gentilicium* bezeichnet, die unverbrüchliche Bewahrung desselben den nachkommenden Geschlechtern zu einer heiligen Pflicht gemacht und im Hinblick auf die damalige Gestaltung der Verhältnisse ausdrücklich verordnet, daß auch auf den Fall, da „die Lande und Fürstenthümer braunschweigischen, calenbergischen und grubenhagenschen Theils, desgleichen die Grafschaft Heinstein und Blankenburg und anderes mehr mit der Zeit erledigen und an den braunschweig-wolfenbüttelschen Theil fallen würde, das alles und jedes beisammen für und für sein und bleiben solle“. Herzog August der Jüngere stellte nach der Übernahme der Regierung in den wolfenbüttelschen Landen den dortigen Ständen mittels Reverses vom 19. Januar 1636 die Zusicherung aus, die ergangene „Verordnung und Disposition des *juris primogeniturae* in Maaßen des 1535 jährigen Vertrages und Herzogen Julio confirmirten Testamentes gänzlich und unverbrüchlich halten zu wollen“, und ähnlich lautende Zusagen sind späterhin sowohl vom Herzog Rudolf August (Revers vom 20. Oktober 1668), als auch nach dem Eintritt seines Bruders Anton Ulrich in die Mitregentschaft von letzterem selbst ausgestellt (Revers vom 7. August 1685). Allein weder der Zwang solcher Gelöbnisse, noch die Rücksicht auf des Landes Wohl erwiesen sich stark genug, um Familieninteressen und persönliche Wünsche gänzlich zurücktreten zu lassen, und es hat, wie Spittler in seiner Geschichte des Fürstentums Hannover (Bd. I, S. 100) treffend bemerkt, der unglückliche Kreislauf von politisch-ernsthaften Entschließungen und menschlicher Nachgiebigkeit gegen unpolitische Leidenschaften wohl keine Familienverfassung mehr zerrüttet, kein Haus länger in unbedeutender Schwäche erhalten als das weltliche. Die romanisierende Jurisprudenz wies Mittel und Wege, die Rechtsgültigkeit der auf Theilbarkeit gegründeten Successionsordnungen in Frage zu stellen: auch mag sein, daß man durch eine einschränkende, tatsächlich keineswegs

¹⁾ Kezeß vom 12. November 1681: Selschow I, S. 151.

²⁾ a. a. O., S. 192.

³⁾ In: Königs Reichsarchiv pars spec. II cont. II, S. 286 ff.

gerechtfertigte Auslegung die Tragweite jener Hausgesetze lediglich auf den alten Besitz zur Zeit ihres Erlasses, das eigentliche „Fürstentum Braunschweig, wölfenbüttelschen Theils“, zurückbeziehen und wegen des späteren Zuganges, der noviter acquisita, frei verfügen zu dürfen meinte. Schon Herzog August hat trotz der den Landständen gegebenen Reversse mittels letztwilliger Verfügung die Abzweigung der Grafschaften Dannenberg und Blankenburg zugunsten seiner jüngeren Söhne (Anton Ulrich und Ferdinand Albrecht I.) angeordnet, und die Durchführung dieser Absicht ist nur durch das unerklärliche Verschwinden des Testaments später vereitelt worden¹⁾. Herzog Anton Ulrich aber sah sich „zur Befestigung des zwischen seinen Söhnen August Wilhelm und Ludwig Rudolf und den beiderseitigen Erben und Nachkommen erfordernden guten Vernehmens“ veranlaßt, den Jüngeren (Ludwig Rudolf) für den Anschluß von der Nachfolge in den Hauptlanden schadloß zu halten, indem er ihm die Grafschaft Blankenburg, die „als eine dem Fürstenthum Wolfenbüttel zwar annectirte, aber durch besondere Regierung, durch ein eigenes corpus der Landschaft, auch absonderliche Reichs- und Kreis-Matricular-Anschläge davon jederzeit distinguirte Provinz sich am flüglichsten zu solchem Zweck eigne, sammt aller Landes-Superiorität und Herrlichkeiten, Rechten, Regalien pp. zur erblichen Abfindung per modum statuti familiae für sich und seine ehelichen Stammerben“ überließ, mit dem Zusatz, daß er die „hergebrachte Session und Stimme auf Reichs- und Kreistagen zwar exerciren, jedoch ohn wohlbegründete Ursach von den votis des regierenden Herzogs zu Wolfenbüttel nicht abfallen und in negotiis circa bellum et pacem von den consiliis des fürstlichen Hauses weder separiren, noch mit dessen Widerwärtigen in Conföderation treten möge, es sei denn im Falle einer ihm angethanen, harten Bedrängniß oder öffentlichen tort“²⁾. Da jedoch der Herzog August Wilhelm in der Folge kinderlos verstarb, so wurde Blankenburg, vom Kaiser Joseph inzwischen (am 1. November 1707) zu einem reichsunmittelbaren Fürstentum erhoben, mit dem Hauptlande wieder vereinigt. Seitdem hat innerhalb des Hauses Braunschweig-Wolfenbüttel eine Teilung der Landeshoheit nicht wieder stattgefunden. Die Nebenlinie Braunschweig-Bevern, gegründet durch Ferdinand Albrecht I. 1667, nach dem Tode Ludwig Rudolfs zur Regierung des Herzogtums gelangend und gleichzeitig als apanagierte Linie erneuert (1735), als solche aber 1809 erloschen, war von Anbeginn an mit Regierungsrechten nicht ausgestattet.

Herzog Karl I. verlegte 1753 die Residenz von Wolfenbüttel nach Braunschweig. Unter Karl Wilhelm Ferdinand wurde der den beiden Linien des Gesamthauses verbliebene Gemeinbesitz am Harze nach einem Teilungsfuße, der $\frac{4}{7}$ an Hannover, $\frac{3}{7}$ an Braunschweig überwies, bis auf geringe Gebiete, hinsichtlich deren erst in neuester Zeit eine Auseinandersetzung stattgefunden hat, gelöst (Teilungsrezeß vom 4. Oktober 1788) und infolge des Reichs-Deputations-

¹⁾ Siehe die Erzählung bei Havemann, Braunschw. Geschichte III, S. 177 f.; auch: v. Heinemann, Vd. III, S. 114.

²⁾ Urkunde vom 3. Juli 1704, im Landschaftlichen Archiv.

Haupt=Schlusses vom 25. Februar 1803, § 4, die Abtei Gandersheim der Landeshoheit unterworfen¹⁾).

Nach der Auerstädter Schlacht besetzten französische Truppen das Herzogtum und behandelten es als Feindesland, obgleich es sich am Kriege Preussens gegen Napoleon nicht beteiligt hatte. Der Friede von Tilsit einverleibte es dem neugeschaffenen Königreich Westfalen. Nach Abwerfung der Fremdherrschaft ist es bei der Abneigung des Herzogs Friedrich Wilhelm gegen einen Gebietsaustausch in eben dem Bestande, den es zuvor hatte, aus den Verhandlungen des Wiener Kongresses über die Umgestaltung der deutschen Staaten hervorgegangen. Auch seit dieser Zeit sind in dem Gebietsumfange des Landes wesentliche Veränderungen nicht eingetreten (vgl. S. 92). Ein auf dem ersten ordentlichen Landtage gestellter Antrag, die Landesregierung zu ersuchen, wegen der Zurückgabe der vormaligen Grafschaft Reinstein an das Haus Braunschweig von neuem mit der preussischen Regierung zu verhandeln und eventuell den dieserhalb bei dem ehemaligen Reichskammergericht zu Weimar geführten Prozeß wieder aufzunehmen, ist nicht weiter verfolgt, obwohl sein Urheber dafür hielt, daß „das gute Vernehmen zwischen den höchsten Regierungen beider Länder und die so allgemein gerühmte Gerechtigkeitsliebe des Königs von Preußen eine günstige Beendigung erwarten lasse“ (Sitzung vom 14. November 1833), und ein späterer Antrag, auf dem 6. ordentlichen Landtage eingebracht und dahingehend, die Regierung wolle mit den Nachbarländern über Zusammenlegung und Abrundung des Staatsgebietes in Unterhandlung treten und, wenn diese erfolglos bleiben sollte, beim nächsten Reichstage ein Gesetz darüber beantragen, ist dem Übergang zur Tagesordnung verfallen (Sitzung vom 14. November 1849).

§ 2.

Die Landstände²⁾.

Als die Lande Braunschweig und Lüneburg zu einem selbständigen Herzogtum erhoben wurden, beschränkten sich die Regierungsbefugnisse der Landesherrn vorerst nur auf eine Reihe einzelner und verschiedenartiger, in Guts- und Schutzherrschaft, Lehnsherrschaft und Gerichtsbarkeit wurzelnder Gerechtsame; je mehr aber die auswärtigen Händel der letzten Hohenstaufen, die Wirren des Interregnum, die eigennützige, vornehmlich der Mehrung der Hausmacht

¹⁾ Die im R. D. H. Sch. miternähnte Abtei Helmstedt, das Kloster St. Ludgeri, war nicht mehr reichsunmittelbar.

²⁾ Über die Entwicklung der landständischen Verhältnisse in den deutschen Territorien vgl. jetzt vor allem v. Belows Abhandlung: „System und Bedeutung der landständischen Verfassung“ in seinem Buche: Territorium und Stadt (1900), S. 163 bis 280. Für das Herzogtum Braunschweig macht sich hinsichtlich der älteren Zeit der Mangel eines besonderen Urkundenbuches neben dem Sudendorfs empfindlich geltend; über einzelne Fragen vgl. auch Herden, Entwicklung der Landstände im Herzogtum Braunschweig-Lüneburg vom 13. bis zum Ausgange des 14. Jahrhunderts (1888). Für Calenberg: v. Hugo, Landständische Verfassung des Fürstentums Calenberg (1790).

zugekehrte Politik der Habsburger und Luxemburger den Verband des Reiches lockerten und das kaiserliche Ansehen herabminderten, um desto leichter ward es den Fürsten, jene Einzelrechte zusammenzuschließen und im Laufe der Zeiten einer wahren öffentlichen Gewalt anzunähern. In den welfischen Landen ist dieser Gang der Entwicklung nicht zum wenigsten durch den Umstand gefördert, daß von den Tagen Rudolfs von Habsburg herab bis zum Ausgang des 14. Jahrhunderts aus der Reihe der deutschen Könige nur ein einziger den niederländischen Boden betreten und es unternommen hat, dort einen bestimmenden Einfluß zu gewinnen. Gleichwohl ward solche Gunst der Verhältnisse von den Landesherrn nicht derartig ausgenutzt, daß ihre Machtstellung in eben dem Maße, in welchem sie der Reichsgewalt gegenüber im Erstarken begriffen war, auch nach innen, in den Beziehungen zu den eigenen Landsassen, eine entsprechende Festigung errungen hätte. Die schon unter den Söhnen Ottos des Kindes beginnenden und demnächst sich stetig wiederholenden Landesteilungen zersplitterten den alten Besitz und minderten das Ansehen des Hauses. In unaufhörlichen Fehden erschöpften die Herzöge ihre Kraft. Nicht selten nahm der Kampf den kläglichsten Ausgang und schuf wirtschaftliche Bedrängnisse, denen die Einnahmequellen des Landesherrn — der Ertrag seiner Hausgüter und der Regalien (Zölle, Geleit, Münze, Bergwerk, Judenschutz) — nicht abzuwehren vermochten. Die Aufnahme von Anleihen gegen hohen Zins, Verkäufe und Verpfändungen von Domanalgut und Gefällen steigerten die Zerrüttung des fürstlichen Haushalts. So trieb den Landesfürsten die zwingende Not, in immer stärkerem Maße den Beistand der angeseheneren Landsassen anzusprechen, der dann wiederum nicht ohne Gegendienst und Gegenleistung, auf Kosten der Herrschaftsrechte zur Verfügung gestellt zu werden pflegte.

Von jeher hatten die Vasallen und die fürstlichen Dienstleute (Ministerialen) an der Ausübung der Landesherrschaft in gewissem Umfange teilgenommen, hatten auf den Landtagen — den *placitis provincialibus* — und späterhin den Hof- und Rittertagen bei wichtigeren Angelegenheiten Rat erteilt, mit ihrem Herrn über den zu seinen Fehden zu leistenden Rosdienst verhandelt, das Recht gefunden und bei der Gesetzgebung mitgewirkt. Aus ihrer Zahl nahmen die Herzöge ihren ständigen Beirat und vielfach Schiedsrichter für Streitigkeiten, die etwa innerhalb des fürstlichen Hauses oder mit auswärtigen Großen erwachsen konnten¹⁾. Seit der Mitte des 13. Jahrhunderts erscheinen dann neben der Mannschaft bei besonderem Anlaß auch Prälaten („*de papheit*“) als Vertreter des kirchlichen Grundbesitzes und die Vorsteher und Vertreter städtischer Gemeinden. Als der Herzog Johann die Schulden seines in Dänemark Krieg führenden Bruders, des Herzogs Albrecht, weder durch Verkauf und Verpfändung seiner Güter, noch durch Anleihe bei den

¹⁾ Ein Beispiel eines solchen Schiedsgerichts: der Vergleich zwischen Albrecht von Braunschweig und Albrecht von Sachsen vom 28. Februar 1258, bei Sudendorf, Urkundenbuch zur Geschichte der Herzöge von Braunschweig und Lüneburg, II, I, Nr. 46.

Juden hat decken können und sich die Gläubiger, bei denen er Einlager hielt, nicht anders vom Halße zu schaffen weiß, ersucht er die Äbte, Prälaten und Kleriker, Mannen (milites) und Bürger in Lüneburg, eine Besteuerung der Salinen ihm verstatten zu wollen¹⁾, wie es scheint, der erste urkundlich bezeugte Vorgang im Bereich der welfischen Lande, gelegentlich dessen die Stände gemeinsam genannt werden. Aber noch sind diese nicht korporativ zusammengefaßt, noch verhandelt der Landesherr mit den angesehenen Ministerialen, den aufblühenden Städten, den reich begüterten Klerikern gesondert, je nach Anlaß und Zweck seines Begehrens, und erst von der Mitte des 14. Jahrhunderts an mehren sich die Belege dafür, daß die drei Stände, welche „die Herrschaft im Lande haben“, anfangs im Fürstentum Lüneburg, einige Jahrzehnte später auch im braunschweigischen Teil, zum gemeinsamen Nuß und Frommen in engerer Vereinigung zusammentreten²⁾. Im Lande zu Lüneburg war es vornehmlich der nach dem Tode des Herzogs Wilhelm († 1369) sich erhebende, langwierige Streit um die Erbfolge, der den Zusammenschluß der Stände beschleunigte, unter den letzteren hauptsächlich den Städten zeitweise zu entscheidender Bedeutung verhalf und schließlich in der denkwürdigen „Eate“ vom 20. September 1392 die Machtbefugnisse der Stände zu einem Höhepunkt steigerte, welcher die landesherrliche Gewalt völlig in den Schatten zu stellen drohte, freilich auch auf die Dauer nicht behauptet werden konnte. In der Herrschaft zu Braunschweig wird der Mitwirkung der Stände wiederholt gedacht bei dem Abschluß der Hausverträge, die eine weitere Zerspaltung des fürstlichen Erbes zu verhüten bezweckten. Unter diesen Verträgen ist am bemerkenswertesten die Erbvereinigung vom 21. Juli 1415 — ein Versuch, die vollständige Vereinigung des gegenwärtigen und künftigen Besitzes beider Linien des Gesamthauses mit gemeinsamer Erbhuldigung und Gesamtregierung durch den Ältesten beider Linien zu begründen, unter Einsetzung eines aus Mitgliedern der Ritterschaft und Abgeordneten der Städte beider Herrschaften bestehenden Regentschaftsrates und unter dem Gebot an die Stände, demjenigen Fürsten, der eine Teilung verlangen werde, die Huldigung zu weigern. Allein gegenüber der privatrechtlichen Auffassung der Landeshoheit war der Staatsgedanke noch zu wenig ausgebildet, als daß eine solche Vereinbarung hätte Bestand haben können, wie denn schon im Jahre 1428 jene neue Erbausinandersetzung sich vollzog, die das mittlere Haus Braunschweig und das mittlere Haus Lüneburg entstehen ließ (s. oben S. 2) und die beiden Lande dauernd von einander geschieden hat. Als damals der Kaiser Sigismund es unternahm, die Teilung anzufechten, waren es wiederum die Landstände, die, als von ihren Fürsten erwählte Schiedsrichter, diesen Versuch zurückwiesen³⁾. Sie vermittelten zu wiederholten Malen in den Händeln,

¹⁾ Urkunde vom 22. April 1263, Sudendorf, I, Nr. 56.

²⁾ Der Wolfenbüttler Landtag von 1314, dessen ältere Quellen gedenken, zuerst wohl Engelbrecht, Diss. de genuinis decisionum fontibus in terris brunsvico-luneb. 1709, ist nirgends nachzuweisen.

³⁾ Siehe das Nähere bei Zachariae, Successionsrecht im Gesamthause Braunschweig-Lüneburg, S. 71.

welche die Herzöge mit auswärtigen Fürsten, wie mit auffässigen Städten, namentlich dem emporblühenden Braunschweig, auszutragen hatten. Sie hatten ferner von Rechts wegen teilzunehmen an der Territorialgesetzgebung, die freilich, wie auch in anderen deutschen Gebieten, bis tief in das 16. Jahrhundert hinein sich recht unfruchtbar erwies und eigentlich nur in dem bekannten Rezeß des Herzogs Heinrich des Friedsamern mit der Landschaft vom 17. Mai 1433 eine Landesordnung von allgemeinerer Bedeutung und zugleich von der wohlthätigsten Wirkung hat entstehen lassen. Vornehmlich aber ward ihr guter Wille angerufen, um die Abgaben und Leistungen verfügbar zu machen, die der Landesherr bei der Unzulänglichkeit seiner ordentlichen Einkünfte und bei der wachsenden Schuldenlast oft und dringlich in Anspruch zu nehmen gezwungen war.

Abgesehen von gewissen Gefällen und Diensten, die kraft der landesherrlichen Vogtei hauptsächlich zur Bestreitung der Kriegskosten erhoben werden konnten, und die schon früh zu einer regelmäßigen Last geworden zu sein scheinen (Mai- und Herbstbeden), hatte der Landesherr das Recht zur Auferlegung einer Schätzung nur als Grundherr, mithin lediglich in Ansehung seiner eigenen Hinterlassenen, der Meier und Hörigen auf seinen Hausgütern. Die Hilfeleistung der Landsassen war daher von ihm bittweise (*petitio „Bede“*) anzusprechen¹⁾. Sie bestand bis zum Ausgang des Mittelalters der vorherrschenden Naturalwirtschaft entsprechend zumeist in Korn- und Viehlieferungen, die auf dem platten Lande nach einer allgemeinen Regel je nach Anzahl der Hufen, der Pflüge, des Viehbestandes umgelegt und nach der Ablieferungszeit (Mai-, Herbstbeden) oder der Art der Leistung (Ruh- und Haferbeden, Grundbeden) benannt wurden²⁾. Die Städte, unter denen Braunschweig schon seit dem 13. Jahrhundert seinen Haushalt mehr und mehr auf Geldwirtschaft zu begründen angefangen und neben Grundzinsen, Kopf- und Vermögenssteuern auch Verbrauchsabgaben eingeführt hatte, fanden sich wohl mit bestimmten Summen ab; nach ihrem Vorgange erhielten seit Mitte des 15. Jahrhunderts auch indirekte (Verbrauchs-) Steuern allgemeineren Eingang, darunter zuerst die Tranksteuer auf das von auswärts eingeführte Bier, die „Bierziese“³⁾. Die Ritterschaft war rücksichtlich des selbst bewirtschafteten Eigentums, der Ritterhufe, soweit es sich um Lasten handelte, die durch den Reichsdienst oder zum Zweck der Landesverteidigung verursacht wurden, von der Schätzung frei, weil sie den Heeresdienst unmittelbar zu leisten hatte; sie erlangte aber bei den außergewöhnlichen Anforderungen, die eine kampferfüllte Zeit an die Lehns-

¹⁾ Über Ursprung und Wesen der Beden vgl. neben Eichhorn, Deutsche Rechtsgeschichte II, § 306 und III, § 324 f., neuerdings besonders: Reumer, Deutsche Städtesteuern (in Schmollerss Jurisprudenz I, Z. 36 f.) und Wagner, Finanzwissenschaft II, Z. 199 f., III, § 32.

²⁾ Ein Beispiel über die Verteilung einer solchen, im Jahre 1478 neu geordneten, indes aufscheinend nach gleichem Verhältnis schon seit längerer Zeit aufgelegten Bede in Ribbentrop, Sammlung der Landtagsabschiede I, Nr. 5 und 6.

³⁾ Ziese, Accise von accisura, Einschnitt, nach der ursprünglichen Berechnungsweise am Kerkholz.

folge stellte, bald weitergehende Begünstigungen und nicht minder wußten die geistlichen Herren unter Berufung auf die dem Reichsgut zukommenden Immunitäten sich manche Erleichterung zuzuwenden. Bei häufiger Wiederkehr der Anforderungen aus gleichartigem Anlaß verwischte sich dann mehr und mehr der eigentliche Ursprung der Leistung; die Beden nahmen in manchen Fällen den Charakter einer herkömmlichen, gemeinen Last an und wurden zu einer ordentlichen Abgabe (Grundbede — Landbede — Landschagung), bei der der Beweggrund der Beihilfe nicht mehr auf das „mittleidige Gemüthe“ zurückgeführt, sondern, wie bei den Anforderungen zu Zwecken des Reichsdienstes (dem „gemeinen Pfennig“ und den Römernmonaten) oder für Einrichtungen des Reiches (den „Kammerzielern“), in einer bestehenden Pflicht erblickt wird. Daneben traten endlich auf Grund eines besonderen Anlasses die sogenannten notwendigen Steuern im Fall einer echten Landesnot (namentlich: Auslösung des Landesfürsten aus der Gefangenschaft) und zum Zweck der hochzeitlichen Ausstattung der fürstlichen Töchter (die sogenannte Fräulein- oder Prinzessinsteuer). Über die angeforderten Leistungen entschied aber nicht die Stimmenzahl, nicht das Übergewicht mehrerer Ständevertretungen gegenüber einer einzelnen, vielmehr bewilligte — mochte die Unterhandlung mit der „gemeinen Landschaft“¹⁾ oder noch mit einzelnen Ständeklassen gepflogen werden — ein jeder Stand für sich und seine Untergebenen und brachte dabei seine Sonderrechte und seinen Eigenvorteil nach Kräften zur Geltung.

Wenn die Landstände nach dem Urtheil eines neueren Geschichtsforschers²⁾ in der Verwirrung des 14. und 15. Jahrhunderts eigentlich die einzige zusammenhaltende Macht im Staate und gleichsam den Kristallisationspunkt darstellen, um den sich die zentrifugalen Elemente der Gesellschaft sammeln konnten, so bereitet sich mit dem Ausgang des Mittelalters auf den Gebieten des öffentlichen Lebens jener bedeutungsvolle Umschwung vor, der den Sieg des Landesfürstentums über die widerstrebenden Sondergewalten bezeichnet und eine straffere Ordnung der staatlichen Verhältnisse angebahnt hat. Der Kampf zwischen einheimischem und fremdem Recht hatte sich zugunsten des letzteren entschieden, und die gelehrten Juristen, die in den Rat des Fürsten eintraten und mit der Umgestaltung der Gerichtsverfassung zu einem einflußreichen Beamtenstande wurden, begründeten aus den Konstitutionen des *corpus juris* die Doktrin von der Allgewalt des Landesherrn, während durch den allgemeinen Landfrieden den Ständen das Recht des bewaffneten Widerstandes und somit ein wirksamer Schutz gegenüber einer praktischen Verwertung jener neuen Anschauung entzogen war. Mit dem Verfall der Hanse nahm auch der Niedergang der Städte seinen Anfang, durch die Einwirkungen der Reformation sahen sich die Prälaten in ihrem Besitzstande bedroht, die Ritterschaft endlich verlor an Bedeutung, je

¹⁾ Eine Bezeichnung, die wohl zuerst in einer Urkunde der grubenhagen'schen Herzöge vom Jahre 1458 vorkommt, dann im Revers der Braunschweiger Herzöge von 1488 — Ribbentrop, I, Nr. 8 — wiederholt ist.

²⁾ v. Heinemann, Braunschw. Geschichte, Bd. 2, S. 236.

mehr infolge der Einführung der Feuerwaffen die Wehreinrichtung sich veränderte und geworbene Söldnerscharen das Lehnsaufgebot der reißigen Mannschaft zu ersetzen begannen. Daß es den Ständen in den braunschweigischen Landen trotz alledem geglückt ist, bis in den Beginn des 17. Jahrhunderts sich auf der Höhe der errungenen Machtsstellung zu behaupten, danken sie im wesentlichen der endlosen Kette auswärtiger Verwickelungen, die von der Hildesheimer Stiftesfehde bis zum Tage von Sievershausen die Regierung des Herzogs Heinrich des Jüngeren erfüllten, seine Tatkraft von den inneren Zuständen des Landes abzogen, die Mittel des Staates erschöpften, einen ansehnlichen Teil des fürstlichen Kammergutes dem Adel in die Hände lieferten und dem Nachfolger im Regiment die mühevollen Aufgabe zurückließen, durch eine planmäßige und besonnene, auf die äußerste Sparsamkeit gegründete Verwaltung sein Fürstentum aus der wirtschaftlichen Zerrüttung wieder emporzuheben. Die Lösung dieser Aufgabe war ohne die Inanspruchnahme der getreuen Landstände nicht zu verwirklichen, die Beihilfe der Landschaft aber nicht ohne Gegendienste zu haben. Die Fehden Heinrichs des Jüngeren hatten neue Steuerarten — Hufenschlag, Scheffelschlag, Schaffschlag — entstehen lassen, die Landstände wiederholt zur Abwendung der Landesnot hohe Summen bewilligt; vom Herzog selbst war „mit einhelligem Rath des von gemeiner Landschaft verordneten Ausschusses“ ¹⁾ in dem Ausschreiben vom 10. September 1557 auf eine gleichmäßige Verteilung und eine sichere Erhebung der Steuern Bedacht genommen. Als der Herzog Julius, um die Mittel zur Tilgung der von seinem Vater überkommenen Schulden zu erlangen, bald nach seinem Regierungsantritt, am 6. September 1570, einen offenen Landtag nach Salzdahlum berief und die Tagung im nächsten Jahr zu Bockenem fortgesetzt wurde, ging das Bestreben der Stände dahin, Erhebung und Verwaltung der Steuern in eigene Hand zu bekommen. Ihre Forderung, daß zu diesem Zweck der bisher auf der Feste Wolfenbüttel aufbewahrte Schatzkasten außerhalb des Machtbereichs des Herzogs, in der Stadt Braunschweig aufgestellt werden möge, fand zwar ungnädige Aufnahme, allein der Herzog genehmigte doch, daß ein gemeinschaftlicher, zum Teil aus fürstlichen Räten, zum Teil aus den Ständen zusammengesetzter Ausschuß zur Beaufsichtigung der bestimmungsgemäßen Verwendung der Schatzungen ernannt und dem fürstlichen Rentmeister ein ständischer „Gegenschreiber“ zur Seite gesetzt wurde. Die von der Landschaft dem Herzog wiederholt zu allgemeinen Landeszweden, sowie zur Förderung der neugegründeten Helmstedter Hochschule bewiesene Willfährigkeit erhielt Anerkennung durch die feierlich erneute Zusage, sie abgesehen von Reichshilfe und Fräuleinsteuer hinfüro mit keiner weiteren Steuer und Schatzung beschweren zu wollen und die geschehenen Verwilligungen allen ständischen Privilegien, Briefen, Freiheiten und Rechten, aufgerichteten Verträgen,

¹⁾ Ein solcher Ausschuß wird schon erwähnt in einem Erlaß des Herzogs Heinrich des Älteren von 1505, dann wiederholt unter Heinrich dem Jüngeren, jedoch immer nur als für einen einzelnen, bestimmten Zweck, die Erhebung irgend einer verwilligten Schatzung, vorübergehend niedergesetzte Aufsichtsbehörde.

Erklärungen, Necessen und Abschieden unvorgreiflich sein und bleiben zu lassen¹⁾. Unter dem Herzog Heinrich Julius kam dann nach langwierigen Vorarbeiten und nicht ohne Widerstand eines Theiles der Ritterschaft auf dem Landtage zu Salzdahlum (Landtagsabschied vom 3. Juni 1597) die für die Entwicklung der bauernrechtlichen Verhältnisse so wichtige Ordnung des Meierwesens zum Abschluß, welche die Erblichkeit der Meiergüter und die Unveränderlichkeit der Meierzinse feststellte, den Umfang der zu leistenden Herrendienste regelte und die Meier, sofern sich nur „die armen Bauersleute verhalten, wie aufrichtigen frommen Meiern und guten Hausvätern gebühret“, vor der Willkür des Gutsherrn sichersetzte. Zugleich ward der Landschaft in Erfüllung ihres früheren Ansuchens gestattet, den Schatzkasten auf das Kapitelhaus zu St. Blasien in Braunschweig zu nehmen und darin die einkommenden Schatzungen einzusammeln. Zu ihrer Verwaltung ist das Kollegium der Schatzräthe eingesezt. Die Schatzräthe oder Schatzverordneten — 2 Prälaten, 3 Mitglieder der Ritterschaft und die Vertreter der Städte Helmstedt und Alfeld²⁾ — hatten sowohl „Namens und von Wegen der gemeinen Landschaft wolkenbüttelschen Theils“, wie auch für deren großen und kleinen Ausschuß³⁾ den „richtigen Eingang der Landes-, Reichs- und Türkensteuer ohne Ansehung und Verschonen einiger Person oder Güter zu beaufsichtigen, die Säumnigen anzumahnen, die gebührliche Verwendung der Schatzungen zu beachten, bei dem Landesherren die etwa nöthige Execution in Antrag zu bringen, auch in Vollmacht der gemeinen Landschaft ersehender Nothdurft nach Geld aufzuleihen, darüber unter dem Schatzsiegel

¹⁾ Salzdahlumer Revers vom 23. December 1586. Ribbentrop, I, Nr. 22.

²⁾ Diese Zusammensezung beruht auf dem Alfelder Landtagsabschied vom 17. Mai 1598 (Ribbentrop, I, Nr. 29); ursprünglich waren 3 Prälaten, 3 Mitglieder der Ritterschaft und neben Helmstedt und Alfeld auch die Stadt Braunschweig „zu Schatzrathen verordnet“ (Schöninger Landtagsabschied vom 10. Februar 1598). Diese Zahl ist vermindert auf Münch der Landschaft; zudem hatte Braunschweig schon dem Herzog Julius gegenüber den Anspruch erhoben, gleich einer Reichsstadt die Reichssteuer unmittelbar in die Reichskasse abzuführen, dem Herzog nur eine Schutzvogtei, nicht die Landesherrschaft über sich zugestanden und seit dem Jahr 1585 die Landtage nicht mehr beschiedt. Die Stadt erlangte auch nach ihrer Unterwerfung durch die Herzöge Rudolf August und Anton Ulrich den Sitz im Schatzkollegium nicht wieder zurück. Wolfenbüttel war als Burgsitz des Landesfürsten von der Teilnahme an den Reichs-, Kreis- und Landessteuern befreit und gehörte der Landschaft nicht an. Die im Landtagsabschied vom 10. October 1682 und in den landschaftlichen Privilegien von 1710, Art. 108 wiederholte Zusage, dies Verhältniß beseitigen zu lassen, ist nicht erfüllt; wenigstens war Wolfenbüttel noch im Jahre 1770, wie auch Braunschweig, von den landschaftlichen Gefällen befreit (Landtagsabschied von 1770, Art. 37) und ist bis zum Untergang der alten Ständeverfassung auf den Landtagen nicht vertreten gewesen.

³⁾ Der große Ausschuß ist auf dem Salzdahlumer Landtage von 1570 „erliest und verordnet, um des Landes Besserungen, wie sie auf gehaltenem Landtage vortragen, zu beratthschlagen“; seit 1595 erscheint er als eine bleibende Einrichtung. Der engere Ausschuß fiel seiner Zusammensezung nach mit dem Schatzkollegium zusammen und wurde als Beirat von der fürstlichen Geheimrathsstube zugezogen in Landesangelegenheiten, die nicht zum Geschäftskreis des Schatzkollegiums gehörten.

Verschreibungen auszustellen, versuras zu machen und also Alles, was von Nöthen sein werde, zu beschaffen“ ¹⁾. In dieser seiner Eigenschaft als eine dem Landesherrn, wie der Landschaft verpflichtete Steueraufsichtsbehörde ist das Schatzkollegium, dessen Zusammensetzung mehrfach geändert wurde, unter Zuziehung des Landrentmeisters und im Beirat des Landshyndikus bis zum Zusammenbruch der altständischen Verfassung in Wirksamkeit geblieben ²⁾.

Übrigens war das Regiment des Herzogs Heinrich Julius durchaus nicht dazu angetan, das gute Einvernehmen zwischen der Landesherrschaft und den Landständen zu fördern. Während diese unter dem Herzog Julius zu allen wichtigeren Landesangelegenheiten zugezogen waren, das Recht der Visitation von Kirchen und Schulen erlangt, neben den fürstlichen Räten Abgeordnete in das Generalkonsistorium zu entsenden, an dem neu gegründeten Hofgericht zu Sandersheim eine Anzahl von Stellen zu besetzen hatten, erblickte sein leidenschaftlicher und eigenwilliger Nachfolger, durchdrungen von dem Bewußtsein seines fürstlichen Imperium, in dem zähen Widerstande, den die Landschaft, auf ihren hergebrachten Gerechtsamen fußend, den infolge der kostspieligen Liebhabereien des Fürsten merklich wachsenden Anforderungen entgegensetzte, eine anmaßliche Vereinträchtigung seiner Hoheitsrechte und fand in seinem Kanzler Jagemann ein willfähiges Werkzeug, seine selbstherrlichen Neigungen durchzusetzen. Die gegen den Abgesandten der Stadt Braunschweig auf dem Salz-
dahlumer Landtag geübte Gewalt erbitterte die Stände und mahnte sie zur Eintracht, Klagen über des Fürsten Eigenmächtigkeit gingen an das Kammergericht zu Speyer, und vielleicht hat nur der Umstand, daß der Herzog während des letzten Jahrzehnts seiner Regierung meist außerhalb seines Landes weilte und am kaiserlichen Hof zu Prag vorzugsweise in Angelegenheiten des Reiches tätig war, es verhütet, daß der offenkundige Gegensatz zwischen der altständischen Verfassung und der neuen Staatsräson zum ersten Ausstrage gelangte. Noch einmal bewährte sich dann — unter dem Herzog Friedrich Ulrich — das Ansehen der Stände, als es galt, die Willkürherrschaft des Statthalters von der Streithorst und seines Anhanges, der „ungetreuen Landdroste“, zum Falle zu bringen (1622), bald hernach aber griff der 30 jährige Krieg auch in die nieder-
sächsischen Gebiete herüber und führte, wie auch in den meisten anderen deutschen Staaten, das Ständetum einem, wenn auch allmählichen, so doch unaufhaltamen Verfall entgegen. Nicht ohne eigenes Verschulden der Stände hat sich diese Wandlung vollzogen. Schon in den Anfängen des Krieges, als vom nieder-
sächsischen Kreis zur Sicherung des norddeutschen Gebietes gegen die rings andrängenden feindlichen Parteien Rüstungen ausgeschrieben waren (1623), hatten

¹⁾ Schöninger Revers vom 31. Dezember 1598 bei Ribbentrop, I, Nr. 30.

²⁾ Doch beschränkte sich seine Zuständigkeit der Hauptsache nach auf die Überwachung des richtigen Einganges der alten Schatzungen (Land-, Hufen-, Zehnt-, Scheffel- und Schaffschag); für die seit dem Beginn des 17. Jahrhunderts entstandenen und namentlich seit dem 30 jährigen Kriege stark angewachsenen Steuern, die Kontribution, Proviantgelder u. a. waren besondere Kassen und eigene Aufsichtsbehörden von der Landesherrschaft eingesetzt. (Vgl. S. 25, Anm. 1.)

vornehmlich die Landstände unter den wichtigsten Vorwänden die Durchführung des „Defensionswerkes“ zu vereiteln oder doch zu verzögern gesucht, hatten besorgten Gemüths auf die drohende Ungnade der Kaiserl. Majestät hingewiesen und gegenüber des Herzogs wiederholten Anträgen auf Anwerbung des benötigten Kriegsvolkes die „lautere Impossibilität“ auch dann noch vorgeschützt, als Tilly sich schon anschickte, von der Weser her seine Truppen in die braunschweigischen Lande einrücken zu lassen¹⁾. Dem mehrmals erneuerten Begehren der Landesherrschaft, mit ihnen „als Ihren innersten, ohnedas geheimsten Rätthen“ ein *perpetuum consilium* zu errichten, welches „*autoritate et nomine omnium statuum*“ jedesmal bei der Hand, Seiner Fürstl. Gnaden *consiliis* mitadhibiret und den Abwesenden allen Verlauf jedesmal referiren könne“, setzten sie in beharrlichem Widerstande die jammervollsten Ausflüchte entgegen — zu einer Zeit noch, wo der Erlaß des Restitutionsedikts und der drohende Verlust des Stiftes Hildesheim den einmütigsten Zusammenhalt von Herrschaft und Ständen hätte zur unabweislichen Pflicht machen sollen²⁾. Anstatt im Glend der langen Kriegsjahre dem Landesherrschaften zum Besten des ganzen Landes getreu zur Seite zu stehen, ließen sie über dem Bestreben, ihre „ererbten Privilegien“, namentlich aber die erlangten Steuerbefreiungen zu bewahren und tumkisch zu mehren und daneben auch ihre *gravamina* mit gebührender Umständlichkeit zur Geltung zu bringen, die pflichtmäßige Rücksicht auf das allgemeine Wohl unbedenklich zurücktreten. Der Vorwurf, daß in diesen Zeiten das Ständewesen mehr und mehr in einem kleinlichen, beschränkten Ständesegoismus verknöchert sei³⁾, wird nicht abgewiesen werden können. Bald nach seiner Regierungsübernahme hatte der Herzog August die Landstände zusammenberufen⁴⁾, und er hat in seiner langen Regierungszeit fast jahraus jahrein mit ihnen oder den Ausschüssen verhandelt, um Ordnung in das zerrüttete Staatswesen zu bringen, aber die Durchführung seiner guten Absichten ist ihm durch die Eignung der Stände in nicht geringem Maße erschwert worden. Vor allem durch die Ritterschaft, die auf Grund ihrer alten Verpflichtung zum Kopfsdienst trotz der völligen Unzulänglichkeit dieser Dienstleistungen, der vielfachen Umgestaltungen der Steuerverhältnisse und der drückenden Landesnot sich

¹⁾ Verhandlungen der Braunschweiger und Calenberger Stände zu Wolfenbüttel vom 21. Juli 1625 (Akten der landtschaftlichen Registratur).

²⁾ „Ein *perpetuum consilium* und *corpus* der Landtschaft zu verordnen, wäre nicht zu thun möglich, weil 1) Niemand dazu genugsam bevollmächtigt werden könnte, 2) Niemand sich dazu des stetigen zu erwartenden Synbicirens der Abwesenden halber gebrauchen lassen wolle, 3) die Kosten zu deren Unterhaltung nicht zu erheben, 4) ohne das auch nicht hergebracht sei“ (Erwiderung der Stände auf die landesherrliche Proposition, Wolfenbüttler Landtag vom 16. bis 19. Januar 1630, in den landtschaftlichen Akten).

³⁾ v. Heinemann, Bd. 3, S. 151.

⁴⁾ Und zwar anstatt wie bisher nach Salzhausen oder in die kleineren Landstädte, zum ersten Male in die Fürstl. Burg zu Braunschweig, aber unter der Zusicherung, daß solches „in keine Consequenz gezogen, sondern nach verbesserten Läuften inskünftige die Landtage in loco solito gehalten werden mögen“.

hartnäckig weigerte, an den zur Beschaffung der Landesverteidigungsmittel aus-
geschriebenen Kontributionen sich zu beteiligen und ihre Ansprüche auch durch-
setzte¹⁾).

In den Drangsalen des Krieges hatten die Zeitumstände es oft mit sich
gebracht, daß die Angelegenheiten des Landes anstatt mit der versammelten
Landschaft nur mit den Ausschüssen in Beratung genommen wurden. Das
gleiche Verfahren wiederholte sich auch in den nachfolgenden Friedensjahren.
Es führte die Landesherrschaft weit bequemer, schneller, meist auch sicherer
zum Ziele und machte ihr zugleich geringere Kosten, da der Herzog auf
den von ihm ausgeschriebenen Landtagen die Stände zu unterhalten, sie
„mit Futter und Mahl“ zu versehen hatte²⁾. Kein Wunder daher, daß
die Landesfürsten diesen Brauch zu fördern suchten, und trotz wiederholter,
nachdrücklicher Einsprache der Ausschüsse³⁾ wurde er unter den Herzögen
Rudolf August und Anton Ulrich zu einer Regel, die nur in wenigen
Fällen⁴⁾ Ausnahmen aufweist. Die Regierungszeit der beiden genannten
Herzöge zeigt die landesherrliche Machtvollkommenheit bereits auf ihrer Höhe.
Hatten die Stände wieder einmal, wie auf dem Landtage von 1682, einen an-
sehnlichen Teil der fürstlichen Kammerschulden auf das Land übernommen, so
erkannte der Herzog einen solchen Beweis der „ungefärbten, unterthänigsten
Devotion, Liebe und Treue, so die gehorsamen Landstände gegen ihren gnädigsten
Landesherrn und die Posterität tragen“, wohl huldvoll an und ließ sich gern
bereit finden, der gesamten Landschaft, wie deren einzelnen corporibus ihre
Privilegien und Freiheiten feierlich zu bestätigen⁵⁾, aber dem geschriebenen Wort
entsprach nicht durchweg der tatsächliche Zustand der Dinge. Es ist für den
Umschwung der Stellung des Landesherrn zu den Ständen bezeichnend, wenn
die althergebrachte Benennung der „getreuen“ Landschaft zurücktritt hinter der
der „gehorsamen Landschaft“, und wenn folgerweise die freiwilligen, in die üb-
liche Vertragsform gekleideten Zugeständnisse der Landstände als pflichtmäßige
Leistungen in Anspruch genommen werden⁶⁾, wenn unter den Beschwerde-

¹⁾ Näheres darüber siehe in der Schrift von Bode, Beitrag zu der Geschichte
der Feudalstände im Herzogtum Braunschweig, 1843.

²⁾ Alfelder Landtagsabschied vom 12. Oktober 1614. Traten dagegen die Stände
auf Grund ihres Konvocationsrechts zusammen, so hatten sie für ihren Unterhalt
selbst zu sorgen.

³⁾ Die in der ersten Auflage ausgesprochene Annahme des Einverständnisses der Aus-
schüsse hat sich nach genauerer Durchforschung der Landtagsakten als irrtümlich erweisen.

⁴⁾ Landtag von 1673 und von 1682, daneben einige Konvocationsstage, so vom
Jahre 1692.

⁵⁾ So namentlich im Landtagsabschiede vom 10. Oktober 1682 und den Land-
schaftlichen Privilegien vom 8. Januar 1710 (abgedruckt in Steinackers Sammlung
der größeren Organisations- und Verwaltungsgesetze des Herzogtums Braunschweig,
1837). Ob und inwieweit die Anerkennung dieser von den Ständen selbst zusammen-
getragenen Privilegien mit dem Religionswechsel des Herzogs Anton Ulrich in Zu-
sammenhang zu bringen ist, läßt sich nicht sicher bestimmen.

⁶⁾ So nimmt es bei den Verhandlungen über die Exemptionen von der Biersteuer
(1681) der Herzog „für ungleich, wenn status cum reciprocis obligationibus zwischen

punkten der Stände auch der sich findet, daß auf die in wichtigen Angelegenheiten öfters von ihnen übergebenen memorabilia keine Resolution erfolge¹⁾ und wenn der Herzog die Erwartung ausdrückt, daß die Stände „ihre künftig etwa nöthig findenden Erinnerungen mit gebührendem Respect und convenablen Expressionen vorbringen lassen werden“, mit der gnädigsten Versicherung, solchenfalls „selbiges in Unguten nicht aufnehmen, noch getreue Stände deswegen beimgnadigen oder zu ihrem Nachtheil etwas beibringen lassen zu wollen“ (Landtagsabschied vom 28. Juni 1702, Art. 21 und 3). Den wiederholt ihnen gegebenen Versicherungen nach sollen die Stände des Vaterlandes perpetui consilarii sein und bleiben, aber ohne ihr Vorwissen und ihren Beirat verfolgen die Herzöge, namentlich Anton Ulrich, eine weit ausschauende und gefahrdrohende Politik und schließen Bündnisse mit dem Kaiser, mit Dänemark, Frankreich, den Generalsstaaten; kaum daß sie sich geneigt finden lassen, dem engeren Anschluß, so oft „es dazu Gelegenheit geben wird, von dem statu publico und den vorfallenden Reichs- und Kreis-Affairen, wie auch sonst im Krieg oder Frieden angehenden Sachen vertrauliche Nachricht zu ertheilen“ (Salzdahlumer Landtagsabschied vom 10. Oktober 1682). Und wie genügsam waren die Stände geworden! Im Juli 1674 ist „Communication gegeben von einer mit Kaiserlichen, auch Königl. Dänemarkischen Majestäten, auch Brandenburg, Zelle und Hessen, auch den Staaten von Holland getroffener Alliancen, wovon man nach dem Exempel und Herkommen gerne vorher die Communication gehabt hätte, so aber ist Glück dazu gewünscht worden“²⁾. Nur in der dringenden Not des

dem Durchlauchtigsten Landesherrn und ihnen wollen gedenken, und obzwar regerir, daß auch Göttliche Majestät mit den Menschen pacta zu machen, sich gnädigst gefallen lassen, so ist dennoch repliciret worden, daß solches alleinig aus Gnaden und Barmherzigkeit geschehen“. Wis mann, Annalen der Wolfenbüttler Landschaft (handschriftlich), S. 307.

¹⁾ Von welcher „Konsideration“ derartige Memorabilien unter Umständen waren, ergibt sich aus einer in der landschaftlichen Registratur befindlichen Eingabe des engeren Ausschusses an den Herzog August Wilhelm vom 17. Oktober 1717, in welcher Beschwerde geführt wird, weil in den allgemeinen Ausschreiben und Edikten an die Drost, Amtsräte, Gerichtsherrn, Befehlshaber und sonstige Obrigkeiten die Prälaten, Ritterschaft und Städte nicht mehr wie früher besonders, und zwar an erster Stelle genannt würden. Und die Eifersucht, mit der innerhalb der einzelnen Kurien auch noch in späteren Zeiten auf Wahrung des Herkommens gehalten ist, wird in bester Weise gekennzeichnet durch das Argerniß, das sich im Jahre 1774 der Bürgermeister der Stadt Braunschweig sich erdreistet hatte, den in den Sitzungen des großen Ausschusses den Vertretern der Städte angewiesenen Nebenstisch zu verlassen und an der Tafel der Prälaten und Ritterschaft neben dem Landyndikus Platz zu nehmen. Auf die ob solcher Angehörigkeit von den Städten Seesen, Königs- luter und Schöningen erhobene, vom Ausschuss unterstützte Beschwerde sind Verhandlungen ergangen, die ein stattliches Aktenheft füllen, und es haben mehrere landes- fürstliche Rescripte abgelaufen werden müssen, ehe die Gemüther sich wieder beruhigten. Ein ähnlicher Streit hatte 1672 zwischen den Städten Braunschweig und Helmstedt stattgefunden.

²⁾ Wis mann, Ann., S. 287. — Kennzeichnend für den Verfall des ständischen Ansehens ist unter anderem auch die Zumutung der Regierung (1693), es möge, weil

Jahres 1702, als infolge der Zerwürfnisse der Herzöge mit der Lüneburger Linie ihres Hauses hannöversche und cellische Truppen in das Herzogtum eingerückt waren, gelang es einmal den zufällig versammelten Deputierten der Stände, ihren Rat zur Geltung zu bringen ¹⁾).

Da auch die Teilnahme der Stände an der Gesetzgebung längst aufgehört hatte ²⁾, so blieb ihnen hauptsächlich nur die Mitwirkung bei der Ordnung des Finanzwesens. Zwar hatte auch das Recht der Steuerbewilligung an seiner Bedeutung dadurch verloren, daß die von den Herzögen mit fremden Mächten abgeschlossenen Subsidienverträge es ihnen öfters ermöglichten, auch ohne ständische Beihilfe eine ansehnliche Truppenzahl aufzustellen und zu unterhalten, aber es hat tatsächlich doch die einzige Schranke gebildet, die der Verschwendung und dem Prunk des fürstlichen Absolutismus Einhalt setzte.

Seit 1682 ist ein allgemeiner Landtag bis zum Jahre 1768 vom Landesherren überhaupt nicht mehr ausgeschrieben ³⁾. Um diese Zeit nötigte die völlige Zerrüttung der Landesfinanzen, eine Folge der überaus kostspieligen Hofhaltung und der Heimsuchungen des 7 jährigen Krieges, den Herzog Karl, zur Abwendung des drohenden Staatsbankrotts die Hilfe der Landschaft in Anspruch zu nehmen. Die zu Braunschweig am 17. Dezember 1768 begonnenen Verhandlungen hatten nach langwierigen Kommissionsberatungen das Ergebnis, daß gegen die Zusage erblicher Einschränkungen des Hofhaltes und des Militärs

öfters Sachen vorkämen, die „keinen Aufschub litten oder die Mehreren nicht gemein gemacht werden könnten“, der Geheime Rat von Steinberg zum landschaftlichen Direktor bestellt und mit ihm anstatt mit der ständischen Vertretung „das Geheimniste in des Landes publicis communiciret werden“ — ein Anfinnen, das der große Ausschuß allerdings „omnimodo verboten“. Der Geheime Rat v. Steinberg ist dann vom Herzog durch Verleihung des Oberhofmarschallamtes, von der Landschaft durch Bewilligung eines jährlichen Zuschusses von 600 Talern, zur Hälfte aus der Renterei, zur anderen aus der Biersteuerkasse zahlbar, „soulagiret“ worden. Wismann, S. 389.

¹⁾ Wismann, a. a. O., S. 95 bis 128.

²⁾ Die größeren Verwaltungsgesetze und Prozeßordnungen des 17. Jahrhunderts — Landesordnung von 1649, Kanzleiordnung von 1651, Hofgerichtsordnung von 1663, Amtskammerordnung von 1688 —, ebenso wie die Erneuerte Kirchenordnung von 1709, sind ohne die Stände erlassen. Anders ein Jahrhundert vorher die Hofgerichtsordnung von 1556 und die Kirchenordnung von 1569. Der Artikel 4 der landschaftlichen Privilegien von 1710 wiederholt zwar noch unter Verweisung auf die älteren Rezeßse die Versicherung, daß die wichtigeren Landesordnungen und die fürstlichen Constitutiones allemal mit Zuziehung und eingenommenen Gutachten der Stände gemacht, revidiret und eingerichtet werden sollen; tatsächlich aber hatten sich die Verhältnisse längst so gestaltet, wie sie hernach im Art. 10 der Privilegien von 1770 zum Ausdruck gebracht sind.

³⁾ Im Jahre 1702 ist nur mit den Ausschüssen und noch einigen zugezogenen Ständemitgliedern verhandelt. Dagegen haben Konvokationstage stattgefunden im Jahre 1714 und 1751: 1714 versammelten sich die Stände zu Gandersheim, um über die zur Verstärkung des Militärs erforderlichen Kosten zu beschließen, Wismann, S. 169 und 173; 1751 ist über eine allgemeine Verbesserung der Wege im Herzogtum beraten. Das Konvokationsrecht der Stände zur „Beratsschlagung der Landesnotdurft“ ist schon im Landtagsabschiede vom 27. Januar 1619, Art. 38, als eine hergebrachte alte Freiheit bezeichnet.

etwa die Hälfte der Kammer Schulden als Landesschulden übernommen und zu ihrer Tilgung verschiedene Steuern erhöht, eine außerordentliche Kontribution noch einige Zeit in Hebung belassen und eine Kopfsteuer neu eingeführt wurde¹⁾. Dagegen benutzte die Landschaft die Gunst der Gelegenheit, um auf eine Bestätigung ihrer alten Rechte zu dringen, und hatte zu diesem Vorgehen allerdings insofern gerechten Anlaß, als Zweifel darüber, ob nicht mit der im Jahre 1735 erfolgten Thronbesteigung der bayerischen Linie des Fürstenhauses die Privilegien von 1710 ihre Gültigkeit verloren hätten, erhoben waren²⁾ und weder Herzog Ferdinand Albrecht II., noch der Herzog Karl bei dem Regierungsantritt die üblichen Reversalen erlassen hatte. Sie erlangte denn auch, daß einer von ihr theils aus Landtagsabschieden, Reversen, Verordnungen hergestellten, theils auf das Herkommen fußenden, vielfach den Inhalt der Privilegien von 1710 wiederholenden Aufzeichnung ihrer Gerechtsame nach mancherlei Abänderungen die landesfürstliche Anerkennung zuteil wurde.

Diese urkundliche Verbriefung der ständischen Rechte — die Privilegia und Befugnisse gesamter Landschaft vom 9. April 1770 — hat die Grundlage gebildet, auf der späterhin die Erneuerte Landschafts-Ordnung vom 25. April 1820 errichtet ist. Sie bestimmt, daß die Stände, so oft die Umstände es nötig oder ratsam machen, bei Abfassung von Gesetzen und Verordnungen von Zeit zu Zeit in Rat zu nehmen sind (Art. 10), daß sie zu keinen anderen Schatzungen und Steuern, als zur Reichs-, Kreis- und Prinzessinnensteuer³⁾ und zu demjenigen, was zur notwendigen Defension des Vaterlandes gehört, verbunden (Art. 24), auch zur Übernahme ohne Rat kontrahierter landesfürstlicher Schulden nicht gehalten sein sollen (Art. 21). Anlagen und Schatzungen, welche gemeine Lasten sind, sollen nur nach vorgängiger Kommunikation auf offenen Landtagen und darauf erfolgter Bewilligung aller Stände ausgeschrieben und aufgebracht werden (Art. 23). In betreff der Beziehung der Landschaft bei allgemeinen Landesangelegenheiten haben die in früheren Zeiten erlangten Zusicherungen eine wesentliche Abschwächung erfahren, indem der Landesherr sich nur geneigt

¹⁾ Die hier und da sich findende, auch von v. Heinemann (Braunsch. Geschichte, Bd. 3, S. 292) übernommene Angabe, die Schuldenlast des Landes habe sich auf nahezu 12 000 000 Thlr. belaufen, ist unzweifelhaft irrig. Nach den vom Minister v. Schlieffert der landständischen Deputation am 21. Dezember 1768 gemachten vertraulichen Eröffnungen bezifferte sich die Summe der Kammer Schulden auf etwas mehr als 5 000 000 Thlr. Von diesem Gesamtbetrage übernahm die Landschaft laut Bewilligungsrecesses vom 9. April 1770 2 500 000 Thlr. als Landesschuld, deren Verzinsung und Amortisation durch Überweisung der erhöhten Biersteuer, Weinaccise und anderer Abgaben an die Landessteuerrasse sichergestellt wurde. Die von Bode (Feudalstände, S. 65) genannte Gesamtschuldenlast von 1 398 683 Thlr. gibt nicht den Betrag der Kammer Schulden wieder, sondern die Höhe der landesfürstlichen Verschuldung, also derjenigen Ausgaben, die neben der Kammer Schuld zu decken und vom Herzog aus der eigenen Schatzkammer zu bestreiten waren.

²⁾ Struben, Nebenstunden II, S. 556.

³⁾ Zuletzt bewilligt im Jahre 1795 zum festgesetzten (Priv. Art. 25), übrigens auch altherkömmlichen Betrage von 20 000 fl. bei der Vermählung der Prinzessin Karoline mit dem Prinzen von Wales, dem späteren König Georg IV.

erklärt, durch die Geheimen Räte bei paßlicher Gelegenheit dem Ausschuß vom statu publico vertrauliche Nachricht zugehen zu lassen (Art. 6). Über Ort und Zeit der Landtage soll mit dem engeren Ausschuß verhandelt, in der Regel aber der Landtag zu Salzhausen gehalten, übrigens dafür Sorge getragen werden, daß zu dem allgemeinen Landesbedarf auch das Fürstentum Blankenburg das Seinige beitrage (Landtagsabschied Art. 39 und 37¹⁾). Die Verwaltung der von der Landschaft bewilligten Steuern liegt nach wie vor dem Schatzkollegium ob, das sich in jedem Vierteljahr versammelt und dann einige Wochen hindurch fast täglich Sitzungen abhält, besoldet wird und daneben Tagelöhner bezieht. Es besteht aus dem Dechanten St. Blasii zu Braunschweig als dem Vertreter der Prälaten, drei Mitgliedern der Ritterschaft und dem ersten Bürgermeister der Stadt Helmstedt²⁾. Die Mitglieder des Schatzkollegiums bilden zugleich den engeren Ausschuß, der indes begrifflich von jenem verschieden ist. Die Schatzräte gelten auch fernerhin als gemeinschaftliche Beamte des Landesfürsten und der Landschaft, als Mitglieder des engeren Ausschusses sind sie dagegen nur der letzteren verpflichtet. In ihrer Eigenschaft als engerer Ausschuß werden sie bei der Visitation der Universität Helmstedt zugezogen, haben bei einer allgemeinen Rekrutenaushebung mitzuwirken, die Landesbrandversicherungsanstalt zu leiten, und sind gehalten, den einzelnen Kurien oder Ständen auf Erfordern Nachrichten aus den landschaftlichen Akten mitzuteilen (Landtagsabschied Art. 1, 15, 16 u. 40, Nr. 3). Der große Ausschuß, wohl auch „Landrat“ genannt und aus vier Prälaten, neun Mitgliedern der Ritterschaft³⁾ und den Städten Braunschweig, Schöningen, Seesen und Königslutter gebildet, wählt die landschaftlichen Beamten und tritt bei wichtigeren Landesangelegenheiten mit dem engeren Ausschuß zu gemeinsamer Beratung zusammen, nimmt auch durch hierzu abgeordnete Mitglieder mit dem

¹⁾ Blankenburg hatte seine eigene ständische Verfassung, die Landstandschaft ruhte auf fünf landesherrlichen Stimmen (wegen der einzelnen Ämter), der Prälatenstimme von Michaelstein, auf fünf ritterschaftlichen Stimmen und den beiden Städten Blankenburg und Hasselfelde (Rezeß vom 11. Januar 1690). Auf dem Landtage von 1768 war demgemäß das Fürstentum Blankenburg nicht vertreten, und die Bezeichnung der Privilegien von 1770 als „gesamter Landschaft Privilegien“ bringt nur (wie bei Schulze, Hausgesetze der regierenden deutschen Fürstenthümer, Bd. I, S. 391 übersehen sein wird) den Gegensatz zu den einzelnen Kurien der Stände dort gleichfalls bestätigten Gerechtsamen zum Ausdruck.

²⁾ Der Ursprung dieser Besetzung wird sich schwer nachweisen lassen; nach dem landesherrlichen Reskripte vom 18. Mai 1644, mittels dessen der große und kleine Ausschuß „zur mehreren und schleunigen Beförderung der vorfallenden wichtigen Konfultationen, wie zur Wiedereinrichtung und Verbesserung des Landesrentereiwesens“ wieder neu besetzt ist, wird das Schatzkollegium noch gebildet von drei Prälaten, vier Mitgliedern der Ritterschaft und den Städten Helmstedt und Seesen, nach den Privilegien von 1710 dagegen ist es „bisher und jetzt“ in derselben Weise zusammengesetzt wie gemäß der Privilegien von 1770, und diese Angabe findet ihre Bestätigung in den Schatzprotokollen, soweit sie (von 1679 an) in der landschaftlichen Registratur erhalten sind.

³⁾ Die jeweiligen Mitglieder werden von der Kurie, zu der sie gehören, gewählt.

engeren Ausschuß auf der fürstlichen Geheimratsstube alle Landes- und Kriegskassenrechnungen ab (Priv. Art. 15 u. 16). Die Wahl der Ausschüsse unterliegt der landesfürstlichen Bestätigung.

Wenige Jahre nach Schluß des erwähnten Landtages, im November 1774, trat infolge eines Verfehlers, das bei der Berechnung der Gesamthöhe der Landesschulden untergelaufen war, die Landschaft — und zwar nicht auf Grund landesfürstlichen Ausschreibens, sondern dem von höchster Stelle gegebenen Wunsche entsprechend auf Einberufung seitens des engeren Ausschusses — aufs neue zusammen und genehmigte zur Deckung des Fehlbetrages eine Erhöhung der Kopfsteuer. Dem Zwecke der Schuldentilgung diente auch bald hernach der vielberufene Subsidienvertrag des Herzogs mit der Krone England vom 9. Januar 1776, der für den Krieg in Amerika braunschweigische Truppen zur Verfügung stellte¹⁾. Alle diese Maßnahmen würden indessen eine dauernde Besserung der Finanzwirtschaft nicht haben sichern können, wenn nicht der

¹⁾ Die Annahme v. Heinemanns in seiner Geschichte von Braunschweig und Hannover, Bd. III, S. 296, daß dem Vertrage von den Ausschüssen zugestimmt sei, ohne daß ihn auch nur eine Stimme als unmenschlich oder als unsittlich bezeichnet hätte, trifft doch nicht ganz zu. Nur das Schatzkollegium hat Kenntniß vom Vertrage erhalten, und auch erst dann, als dessen Abschluß eine vollendete Tatsache geworden war; auch erfolgte die Mitteilung kaum aus freien Stücken. Schatzprotokoll vom 26. Januar 1776: „Da allgemein bekannt, daß die hiesigen Truppen in englischem Sold nach Amerika gehen, wegen dieser den statum publicum betreffenden Sache aber keine Communication an Fürstl. Schatzkollegium geschehen, so ist resolvirt, deßhalb Serenissimo unterthänigste Vorstellung zu thun.“ Die Eingabe ist abgegangen am 29. Januar und freute sich mit einem (nur in einem kurzen Auszuge vorliegenden) fürstl. Reskript vom 27. Januar, in welchem der Herzog „im Vertrauen bekennt“, daß der fragliche Vertrag abgeschlossen sei, um „die nur allzu wohlbekannten, sehr mißlichen Landesumstände durch fremde Hilfe zu erleichtern“. Bei den nahen Beziehungen, die zwischen den ritterschaftlichen Mitgliedern des Schatzkollegiums und dem Geheimratskollegium bestanden, darf wohl angenommen werden, daß die Absicht, Vorstellung zu erheben, vielleicht selbst der Beschluß vom 26. Januar den Geheimräten nicht unbekannt geblieben war und die sofortige Abendung des Reskripts veranlaßt hat. In der Sitzung der Schatzräte vom 13. Februar ist dann beschlossen, „Serenissimo für die in gnädigstem Vertrauen ertheilte Nachricht unterthänigst zu danken und zugleich vorzutragen, daß man unterthänigst gewünscht, daß besonders in diesem so bedenklichen Falle vorher möchte gnädigste Communication gegeben und Fürstl. Schatzkollegium mit seinem devotesten Beirath gehört sein, mit unterthänigster Bitte, daß die gnädigste Vorjorge wegen Zurückbehaltung der Landesfinder genau ins Werk gerichtet werde, auch das Land künftig mit der Rekrutirung (Anwerbung von nachzulebenden Ersahmannschaften), welche schädlicher als der Ausmarsch sein würde, verschonet bleibe und die Subsidien zu des Landes Besten verwandt werden mögen“. — Dagegen hat der Herzog Karl Wilhelm Ferdinand über den Abschluß seines Subsidienvertrages mit England (1794) und einer von ihm gewünschten Erweiterung desselben (1795) das Schatzkollegium, welches sich dann mit dem Größeren Ausschusse in Verbindung setzte, wenigstens gutachtlich gehört, doch ohne den Vertrag selbst vorzulegen. Über die Frage, ob man nicht die genaue Mitteilung des Vertragsinhaltes zu fordern habe, beschied sich der Ausschuß dahin, sie sei „zwar nach Gründen, die aus der Landesverfassung, auch aus einigen, wiewohl nicht deutlichen Stellen der Landtagsabschiede herzunehmen, zu bejahen, nach der neueren Observanz aber zu verneinen“ (Votum vom 24. September 1794).

Erzprinz Karl Wilhelm Ferdinand in den letzten Regierungsjahren seines Vaters mit tatkräftiger Hand in die Verwaltung des Landes eingegriffen und späterhin als Landesfürst durch die äußerste Einschränkung aller Ausgaben Abhilfe geschaffen hätte. Die landesväterliche Fürsorge des Herzogs ist von ständischer Seite jederzeit dankbar anerkannt und namentlich der Erlaß des Ediktes vom 1. Mai 1794 ihm zum höchsten Ruhme angerechnet, aber seine bei allem Wohlwollen herrische Art hat doch das gute Einvernehmen mit der Landesvertretung zu wiederholten Malen ernstlich gefährdet, wie denn im Jahre 1788 die ohne Zuziehung der Stände begonnene Umgestaltung des Landes-schulwesens¹⁾ und am Beginne des neuen Jahrhunderts der langwierige Streit über die Frage, ob ein Mitglied des Fürstl. Ministeriums zugleich Mitglied des Schakrates sein könne²⁾, die Einberufung der gesamten Stände seitens des engeren Ausschusses zur Folge hatte. Der aus dem letzteren Anlaß ausgehriebene, vom 21. bis zum 26. Januar 1801 währende Konvokationstag war der letzte Landtag, der in altbraunschweigischer Zeit gehalten ist.

¹⁾ Der Herzog beabsichtigte, die Schulen von der Aufsicht des Konfistoriums loszulösen und einem eigenen Schuldirektorium zu unterstellen. Vom engeren und hernach auch dem großen Auschuß wurde gegen diesen Plan Einspruch erhoben, weil die Zahl der oberen Landeskollegien, die den Obriheiten und Ständen zu befehlen hätten, vom Landesherrn nicht einseitig vermehrt werden könne, weil ferner dem Konfistorium die Aufsicht über das Schulwesen im Lande nicht ohne weiteres entzogen werden dürfe und weil endlich die Stände mindestens gutachtlich zu hören seien. Nur der letztere Einwand hatte nach Art. 10 der landchaftlichen Privilegien von 1770 guten Grund. Auf dem Konvokationstage beschloß dann die Landtschaft, hinsichtlich der Einrichtung des Schuldirektoriums einige (aus einem Berichte der vereinigten Ausschüsse vom 16. Februar 1788 näher ersichtliche) Wünsche dem Herzog vorzutragen und für den Fall der Ablehnung dieser Anträge eine Rechtsverwahrung gegen die geplante Reform einzulegen.

²⁾ Der Geheimrat v. Bötticher auf Linden, zugleich Mitglied der Ritterschaft, bewarb sich im Jahre 1800 um die erledigte Stelle eines Schakrates und hielt trotz der Bitte, seine Bewerbung zur Vermeidung von Weiterungen zurückzuziehen, sie aufrecht, da er „Serenissimi höchsten Rechten nicht präjudiciren dürfe“. Das Schakollegium hatte nun anzuerkennen, daß in verschiedenen Fällen Schakräte ihr Amt ohne Einspruch hatten weiterführen dürfen, ungeachtet sie hernach in das Geheimratskollegium berufen waren, mußte aber von der Wahl des Geheimrats v. Bötticher eine Gefährdung seiner Unabhängigkeit um so mehr besorgen, als auch schon ein höherer Hofbeamter zu den Schakräten gehörte. Es wurde daher die Wahl ausgesetzt, Einberufung der Landtschaft beschlossen und von dieser die ihr vorgelegte Frage, ob die Verbindung der Stelle eines Ministers mit der eines Schakrates für das Land nachtheilig und daher in Zukunft abzustellen sei, mit großer Stimmenmehrheit bejaht. Der Herzog, der schon während der Vorverhandlungen seinen Unwillen über das Vorgehen des Schakollegiums zu erkennen gegeben, auch das Recht, über die Zulässigkeit einer Konvokation allein zu entscheiden, für sich in Anspruch genommen hatte, versagte in einem sehr ungnädigen Reskript vom 5. April 1801 dem Beschlusse der Landtschaft die Bestätigung, erklärte vielmehr „ernstlich und bestimmt“, daß es hinsichtlich der Vereinbarkeit der beiden Ämter „in allen und jeden Punkten sein unabänderliches Verbleiben haben müsse“ — eine Willensäußerung, die den Auschuß und die Ritterschaft aber nicht abhielt, die Wahl schließlich auf ein anderes Mitglied zu lenken.

Einige Jahre später führte die persönliche Teilnahme des Herzogs am Kriege von 1806 das Verhängnis über sein Land herauf. Am 26. Oktober 1806, als eben im landschaftlichen Hause eine Konferenz der Minister mit dem Schatzkollegium stattfand¹⁾, rückten die ersten französischen Truppen in die Stadt Braunschweig ein. Zwei Tage hernach ward die Hoffnung auf Anerkennung der Neutralität des Landes vernichtet durch die Bekanntmachung, daß der Kaiser der Franzosen vom Herzogtum als einer mit den Waffen gewonnenen Eroberung Besitz ergreife. Die bisherigen Behörden beließ man bis auf weiteres in Wirksamkeit, und so ist auch das Schatzkollegium, am 7. Dezember 1806 vom französischen Gouvernement in Eid und Pflicht genommen, in unausgesetzter Tätigkeit geblieben, um all den ausgeschriebenen Kontributionen und den sonstigen Anforderungen, die von den neuen Herren an das Land gestellt wurden, Genüge zu leisten. Vergeblich entsandte nach Abschluß des Tilfiter Friedens der engere Ausschuß eine Abordnung nach Paris, um bei dem Kaiser Napoleon und dem König Jerome auf die tüchtigste Erhaltung der bisherigen Verfassung hinzuwirken. Am 7. Dezember 1807 ver kündete die erste Nummer des Gesetzbulletins für das Königreich Westfalen den Inhalt der vollzogenen Konstitutionsurkunde, die an die Stelle der bisherigen ständischen Gliederung eine Repräsentativ-Versammlung nach dem französischen Vorbilde setzte. In der Erwägung, daß bei den eingetretenen, veränderten Verhältnissen es bedenklich sein dürfte, die Konferenzen des engeren Ausschusses noch ferner fortbauern zu lassen, beschlossen die zum engeren Ausschuß und Schatzsachen des Herzogtums Verordneten unter dem 9. Februar 1808, Sr. Majestät dem König berichtlich anzuzeigen, daß das Kollegium sich als aufgelöst betrachten müsse und nur noch den Wunsch und die Bitte hege, es möge für Abtragung der Landes Schulden und Erhaltung der milden Stiftungen Sorge getragen, das Landesbrandversicherungs-Institut beibehalten und der besoldeten landschaftlichen Dienerschaft der Unterhalt nicht entzogen werden. In der Zusammenkunft vom 11. Februar 1808 ist der Bericht genehmigt und diese letzte Sitzung des Schatzkollegiums darauf mit den herzlichsten Wünschen für das Wohl des Landes geschlossen.

§ 3.

Die Erneuerte Landschafts-Ordnung und der Verfassungsstreit der Stände mit Herzog Karl II.

Die von Napoleon dem Königreich Westfalen oktroyierte Konstitution vom 15. November 1807 sprach die Gleichheit aller Untertanen vor dem Gesetz und die Aufhebung aller Adelsvorrechte, auch die Unabhängigkeit des Richterstandes aus, ordnete ein einheitliches Steuersystem an und setzte an die Stelle

¹⁾ Nach dem Eintreffen der ersten Nachrichten über den unglücklichen Ausgang der Auerstädter Schlacht hatte das Schatzkollegium bei dem Ministerium Feschwerte erhoben, weil es trotz der bedrängten Lage in Ungewißheit gelassen und bisher ganz übergegangen sei.

der alten Landstände eine allgemeine Landesvertretung von 100 Personen, welche aber nicht unmittelbar vom Volke, sondern von dem Departementskollegium gewählt wurden und über die vom Staatsrat verfaßten Gesetzesentwürfe, über die Auflagen und das jährliche Finanzgesetz zu beratenslagen hatten. Da der Landesvertretung, den „Reichsständen“, keinerlei Rechte zugesprochen waren, die die Macht der Krone irgendwie hätten wesentlich einschränken können, so hat man die in jener Verfassung gegebene Repräsentation des Volkes nicht mit Unrecht als ein „Reichstrugbild“ bezeichnet, als eine leere Form, die nur der Autokratie habe zur Umhüllung dienen sollen. Immerhin aber brach die westfälische Konstitution doch vollständig mit dem Privilegienwesen, das den Kern der altständischen Verfassungen ausgemacht hatte.

Bald nach seiner Rückkehr verhiess Herzog Friedrich Wilhelm die Herstellung einer Verfassung, wie sie „für das gemeine Wohl und die Bedürfnisse der Unterthanen der Lage des Landes nach am zuträglichsten sei“ (Verordnung vom 30. Dezember 1813). Von Einberufung der alten Stände sah er zunächst ab, um — wie er den ehemaligen Schatzräten gelegentlich erklärte — die Beschlüsse des Wiener Kongresses abzuwarten. Auf dem Kongress hat er sich dann der Anzahl deutscher Fürsten angeschlossen, die in der Note vom 16. November 1814 bei den deutschen Grossmächten die Wiederherstellung der Kaiserwürde und die Einführung landständischer Verfassungen in den Einzelstaaten unter Gewährung eines bestimmten Mindestmaßes von Rechten an die Landesvertretungen in Antrag brachten. Als nach dem Tode des Herzogs die vor mundschaftliche Regierung ungeachtet der Verheissung des Artikels 13 der Bundesakte, daß fortan in allen Bundesstaaten eine landständische Verfassung „stattfinden solle“, mit weiteren Schritten zögerte, traten auf Veranlassung und unter Leitung des Schatzrats v. Plessen¹⁾ diejenigen Mitglieder der Ritterschaft, die bis zum Jahre 1808 dem Schatzkollegium angehört hatten, zusammen und brachten zunächst für sich allein, in der Folge aber unter Heranziehung einer grossen Anzahl ehemaliger „Mitstände“ in wiederholten Eingaben an das Geheimratskollegium die Wiederherstellung der alten Ständeversammlung in Antrag. Da die Antwort sich immer nur auf allgemeine Vertröstungen beschränkte, erhoben sie schliesslich unmittelbar bei dem Prinz-Regenten Vorstellung mit der Bitte, noch im laufenden Jahre einen offenen Landtag ausschreiben lassen zu wollen (Gesuch vom 30. Juli 1817). Auch dann zog sich indessen die Sache noch hin, bis endlich durch eine Verordnung vom 6. September 1819 die gesamten Landstände des Herzogtums Braunschweig und des Fürstentums Blankenburg auf den 12. Oktober desselben Jahres zur Beratung des Entwurfes einer revidierten Landschaftsordnung zusammenberufen wurden.

¹⁾ Hans Georg Gottfried v. Plessen auf Büstedt, geb. 1765 zu Herzberg in Mecklenburg-Schwerin, gest. am 13. Januar 1837, im braunschweigischen Staatsdienst seit 1796, Schatzrat seit dem 23. Juli 1801, ein Mann von vielseitiger Bildung und gründlichem Wissen, der sich um das Zustandekommen der Verfassungsgeetze grosse Verdienste erworben hat.

Die Eröffnung des Landtages fand im Residenzschlosse zu Braunschweig in Gegenwart der minderjährigen Prinzen Karl und Wilhelm, wie des erblindeten Herzogs August durch den Grafen Münster, hannoverschen Staatsminister und Bevollmächtigten des Prinz-Regenten, unter großer Feierlichkeit statt. In einer längeren Rede entwickelte der Graf Münster die Grundsätze, von denen die Regierung bei der Ausarbeitung des Verfassungsentwurfes ausgegangen sei. Keine sogenannte zeitgemäße Verfassungsurkunde, keine auf bloße Theorien gebaute Repräsentativverfassung, sondern Erhaltung der auf frühere Verträge gestützten Landtagsordnung unter Bewahrung des vorhandenen Guten und besonnener Verbesserung des Mangelhaften. Kein bedenklicher Versuch einer unbewährten Neuerung, daher — entsprechend den Beschlüssen des Deutschen Bundes, die als höchstes Gesetz anzusehen sind — Beibehaltung der landständischen Verfassung. Doch nicht ohne einige Abänderungen des Bestehenden, wie sie die Zeitverhältnisse gebieten. Daher: Vereinigung der Vertretungen des Herzogthums Braunschweig und des Fürstenthums Blankenburg zu einer Landschaft, Auflösung der Kurie der Prälaten, die nicht mehr zu den großen Grundbesitzern gehören und somit nicht länger ein volles Drittel des ständischen Stimmengewichtes zu beanspruchen haben, jedoch Verwertung der Kenntnisse und Erfahrungen der (Titular-) Prälaten, indem man die letzteren unter Verteilung in die beiden anderen Kurien im Landtage beibehält. Ferner: Veranziehung der Besitzer freier Bauergüter, die keiner gutherrlichen Abhängigkeit unterworfen sind, zu den landständischen Beratungen, Einräumung des Stimmrechtes an die bisher überhaupt nicht vertreten gewesene Stadt Wolfenbüttel und stärkere Berücksichtigung der größeren Städte Braunschweig, Wolfenbüttel und Helmstedt im Verhältnis zu den übrigen.

Diesen allgemeinen Grundsätzen gemäß teilt der Entwurf der revidierten Landschaftsordnung im Titel I (Wesen und Bestandteile der Landschaft, Eigenschaften und Wahlen ihrer Mitglieder) die gesamte Landschaft in zwei Kurien, deren erste die Hälfte der bisherigen Prälatenkurie und die Besitzer der landtagsfähigen Güter, d. h. die Ritterschaft in sich schließt, während die zweite die andere Hälfte der Prälatenkurie, die Deputierten der Städte und die Abgeordneten der Besitzer ländlich freier, aber bisher nicht landtagsfähiger Güter auf dem platten Lande, wie in Städten und Flecken umfaßt. Ein ausreichender Grund für diese Neuerung ist schwer zu finden. Offenbar hatte man das Zweikammersystem vor Augen, wie es in den deutschen Mittelstaaten bis auf Baden und Hessen eingeführt und für Hannover geplant war, sah aber von einer folgerechten Durchführung bei den kleinen Verhältnissen des Herzogthums ab und schuf nun eine unglückliche Halbheit, die in dem schwerfälligen Gesetzbuche der Ständeverammlung die Schattenseiten jenes Systems unverfälscht zur Schau stellte. Daß man auch den Grundgedanken der bisherigen Ständeverfassung, die Einheit der Landschaft trotz ihrer Dreiteilung, nicht anzutasten beabsichtigte, beweist der § 1 des Entwurfes, laut dessen die beiden Kurien nach wie vor ein untrennbares Ganzes bilden sollen, und die Stände meinten in der Folge diesen Gedanken dadurch noch um so schärfer zum Ausdruck bringen zu

können, daß auf ihren Antrag die Bezeichnung „Kurie“ durch das Wort „Sektion“ ersetzt wurde. — Im einzelnen waren für die Stadt Braunschweig sechs, für Wolfenbüttel und Helmstedt je zwei Abgeordnete bestimmt, während die übrigen neun Städte nur je einen Abgeordneten zu stellen hatten (§ 5). In jeder Stadt ist der Bürgermeister oder in dessen Ermangelung der Rämmerer vermöge seines Amtes Deputierter, die übrigen Abgeordneten der größeren Städte sind für jeden Landtag von den Stadtdeputierten (den späteren Stadtverordneten) zu wählen (§ 11). Die Besitzer der Schrift- und Freisassengüter haben für den Bezirk eines jeden Kreisgerichtes, deren es nach der Bekanntmachung vom 22. Januar 1814 im Herzogtum 21 gab, je einen Abgeordneten zu stellen (§ 6 u. 12). Da die alte Prälatenkurie aus 12 Mitgliedern bestand und die Anzahl der „landtagsfähigen, adligen Güter“ (Rittergüter) sich auf 78 belief, so zählte hiernach die erste Kurie 84, die zweite 46 Abgeordnete. — Der Titel II handelt von den Pflichten und Rechten der Landstände. In betreff der Steuern stellt der § 15 den allgemeinen Grundsatz auf, daß die zur Erhaltung des verfassungsmäßigen Zustandes und zur Erfüllung der Landesverpflichtungen erforderlichen Steuern auch ferner nach Bedürfnis aufzubringen, ohne Zustimmung der Stände aber nicht zu verteilen, auszusprechen und zu erheben sind, daß jedoch, wenn zu anderen Staatszwecken oder Einrichtungen neue Abgaben oder Leistungen den Landeseinwohnern auferlegt werden sollen, es hierzu stets der Einwilligung der Stände bedarf. Die Erhebung, Verwaltung und Verrechnung der verwilligten und ausgeprochenen Steuern wird unter die Aufsicht und Leitung eines an die Stelle des alten Schatzkollegiums tretenden, gleich diesem in Hinsicht seiner Amtsführung sowohl dem Landesherrn, als den Ständen verpflichteten und verantwortlichen Landessteuerkollegiums gestellt, aus acht Räten bestehend, von denen die eine Hälfte vom Landesherrn, die andere von den Ständen ernannt wird (§ 19¹⁾). In dringenden Fällen, wo mit Ausschreibung einer nötigen Steuer bis zur nächsten Ständerversammlung nicht gezögert werden kann, darf die Landesherrschaft mit dem Landessteuerkollegium die erforderlichen Maßregeln einstweilen verein-

¹⁾ Eine tief eingreifende Änderung, die dem bisherigen Dualismus des landesherrlichen und des landständischen Steuerwesens (§ 2, E. 1—3, Anm. 2) ein Ende setzte. Bis zur westfälischen Zeit wurden die Steuern zum Teil in der Kammerkasse vereinnahmt (so die Accise aus der Stadt Braunschweig und ein Teil der Wolfenbütteler Accise, sowie bestimmte Prozentsätze der Branntweinsaccise und der Biersteuer aus der Stadt Braunschweig), zum Teil in der Landrentereikasse (die Schatzgefälle und Anteile der Biersteuer und Branntweinsaccise), zum Teil endlich in der Kriegskasse (die Kontribution, Service- und Fouragegelder, Stempelsteuer, ein Teil der Wolfenbütteler Accise und der Branntweinsaccise, sowie der Biersteuer). Alle drei Kassen hatten wiederum bestimmte Zuschüsse an die Wegeverbesserungs- und Unterhaltungskasse zu leisten. Die Kammerkasse stand unter herrschaftlicher, die Landrentereikasse unter landschaftlicher Verwaltung (Schatzkollegium mit dem Landrentmeister); die Kriegskasse ward durch einen herrschaftlichen Kommissar und einen landschaftlichen Nebenkommisnar verwaltet, und die Rechnungen wurden dem Geheimrats- und dem Schatzkollegium gemeinschaftlich abgelegt.

baren (§ 18). Bei Erlass von allgemeinen Verordnungen über wichtige Gegenstände, von Landesgesetzen, die „bleibende Normen für die bürgerlichen und rechtlichen Verhältnisse der Untertanen enthalten“, von neuen Ordnungen über die Zuständigkeit und das Verfahren der Gerichte und über wichtige Angelegenheiten der Landespolizei und Verwaltung sollen die Stände, so oft es die Umstände gestatten und rätlich machen, gutachtlich gehört werden (§ 27 u. 28). Es bleibt also insoweit bei den Privilegien von 1770. Auf den Landtagen dürfen die Stände Vorschläge zu allgemeinen Landesgesetzen, Verfügungen und Anstalten eingeben (§ 29), auch wegen bemerkter Mängel oder Mißbräuche bei der Gesetzgebung, Rechtspflege und Verwaltung sich über deren Abstellung gutachtlich äußern (§ 30). Zur Sicherung des verfassungs- und ordnungsmäßigen Ganges der Staatsgeschäfte wird die früherhin schon übliche Kontratsignatur der landesherrlichen Reskripte seitens eines Mitgliedes des Geheimratskollegiums für unerlässlich erklärt, dergestalt, daß eine nicht gegengezeichnete Verfügung des Regenten in Landesangelegenheiten als erschlichen angesehen werden soll (§ 32). Die dem Steuerkollegium von seiten der Landschaft zugeordneten Mitglieder bilden zugleich deren bleibenden Ausschuss für die zwischen den Landtagen nötig oder ratsam befundenen Mitteilungen. Wie die Landesherrschaft Nachrichten, Berichte und Gutachten nach Gutdünken vom Ausschusse einziehen kann, so darf auch dieser unaufgefordert, zumal bei ungewöhnlichen und dringenden Anlässen Vorstellungen und Anträge in landschaftlichen Angelegenheiten an den Landesherrn richten (§ 35). Der frühere große Ausschuss wird beseitigt. — Titel III gibt Bestimmungen über Versammlung der Stände auf dem Landtage und über die Geschäftsordnung. Eine Konvokation der Stände in Ausübung ihres alten Rechtes soll künftig nur stattfinden auf Grund besonderer Erlaubnis des Landesherrn (§ 37), der Landtag regelmäßig alle drei Jahre gehalten werden (§ 38). Jede Kurie berät für sich und faßt ihre Beschlüsse nach unbedingter Stimmenmehrheit (§ 43); kein Mitglied darf hinsichtlich seiner Abstimmung Instruktionen und Eingaben von anderen annehmen oder beachten (§ 44). Nur in dem Falle, daß ständischerseits ein Antrag an den Landesherrn gebracht werden soll, der eine wesentliche Abänderung der bisherigen Landes- oder Steuer-Verfassung enthält, bedarf es innerhalb jeder einzelnen Kurie der Zustimmung von wenigstens zwei Dritteln der Versammlung (§ 63). Erst das völlige Einverständnis beider Kurien stellt einen gültigen Beschluß der Landschaft dar (§ 65), bei einer Meinungsverschiedenheit tritt eine für den Einzelfall zu wählende Ausgleichskommission zum Zwecke der Herbeiführung einer Verständigung zusammen (§ 66). Ist eine solche nicht zu erreichen, so wird das Ergebnis der Verhandlungen jeder Kurie in einem Bericht gesamter Landschaft aufgenommen und der Landesherrschaft mitgeteilt; neue Beratung ist während derselben Tagung dann nicht mehr zulässig (§ 67 u. 68). Vor Schluß des Landtages sollen die Gegenstände und Punkte, über die zwischen der Landesherrschaft und den Ständen eine Vereinbarung erzielt ist, in herkömmlicher Weise in einem Landtagsabschiede oder Rezeß zusammengetragen werden (§ 75). — Der letzte Abschnitt des Entwurfes enthält einige

allgemeine Bestimmungen über Tagegelder¹⁾ und setzt fest²⁾, daß der jedesmalige Landesherr die Erbhuldigung der Untertanen nicht eher verlangen und sich leisten lassen dürfe, als er nicht die Landschaftsordnung förmlich und bündig angenommen und bestätigt, auch wegen Aufrechterhaltung der über die Primogenitur im fürstlichen Hause Braunschweig-Wolfenbüttel bestehenden Verträge und des pacti Henrico-Wilhelmini die hergebrachte Versicherung schriftlich ausgestellt habe (§ 77).

Sofort nach der Eröffnung des Landtages traten die Mitglieder der braunschweig-wolfenbüttelschen Landschaft zur Wahl eines Landyndikus zusammen und beschloffen in ihren ersten Sitzungen, daß bis auf weiteres entgegen dem regelmäßigen, früheren Brauch nicht nach Kurien, sondern nach Kopfszahl abgestimmt werden solle, setzten auch eine Kommission aus Mitgliedern der drei Kurien zur Vorberatung des Verfassungsentwurfs ein. Einige Tage darauf zeigten ihnen die Blankenburger Stände an, daß sie zu gemeinschaftlichen Vorberatungen bereit seien und zu diesem Zwecke gleichfalls Deputierte ernannt hätten, übrigens dem die völlige Vereinigung der beiden Landschaften des Herzogtums ausdrückenden § 1 des Verfassungsentwurfes nur unter gewissen Einschränkungen zustimmen könnten³⁾.

Die Beratungen der Kommission begannen am 27. Oktober 1819 und waren am 20. Dezember zu Ende geführt. Eine Anzahl von Streitfragen ist in dieser Zeit schon endgültig abgetan. Ein Antrag auf Wiederherstellung der Stifter und Klöster ward von der Regierung abgelehnt, weil darüber während der Minderjährigkeit des Landesherrn nicht entschieden werden könne, dagegen der Wunsch genehmigt, daß neben dem im Entwurf allein vorgesehenen engeren Ausschuß auch der große Ausschuß mit seinen bisherigen Zuständigkeiten beibehalten werden möge. Er soll aus neun, aus beiden Sektionen zu wählenden Mitgliedern bestehen und vom engeren Ausschuß in allen zwischen den Landtagen etwa vorkommenden Angelegenheiten von Wichtigkeit zugezogen werden (E. L. D. § 36). Die noch unerledigt gebliebenen Forderungen der Kommission bezogen sich hauptsächlich auf die Einsetzung einer besonderen Verwaltung für die Klostergüter, auf eine andere Fassung des § 15 des Entwurfes, die dem Art. 24 der Privilegien von 1770 entsprechend außer Zweifel stelle, daß neben der Aufbringung des zur Defension des Vaterlandes Erforderlichen die Stände

¹⁾ Grundsatz ist dabei, daß jedes nicht aus eigenem Rechte erscheinende Mitglied von seinen Wählern für Reisekosten und Aufenthalt bei dem Landtage zu entschädigen ist.

²⁾ In Erweiterung des Artikels 9 der landschaftlichen Privilegien vom 9. April 1770.

³⁾ Namentlich wurde verlangt, daß in solchen Fällen, in denen ein Beschluß der vereinigten Landschaft mit der Grundverfassung (vorunter insbesondere die Steuerverfassung inbegriffen wurde) des Fürstentums Blankenburg unverträglich sei, das getrennt abzufassende Votum der Blankenburger Stände der Regierung „specialiter vorgetragen werden müsse“. Die Forderung ist später nicht weiter verfolgt.

nur zur Reichs-, Kreis- und Prinzessinensteuer verpflichtet seien, auf Abänderung der für völlig unzulänglich erachteten Bestimmungen über das Recht der ständischen Mitwirkung bei der Gesetzgebung, endlich auf Beseitigung der dem Konvokationsrecht gesetzten Schranke¹⁾. Auch über diese Punkte erzielte man in einer Zusammenkunft mit den Ministern am 23. Dezember 1819 ein Einverständnis, das den Wünschen der Kommission durchweg Rechnung trug. Somit stand der Wiederaufnahme der Plenarverhandlungen ein Hindernis nicht länger im Wege, und es wurden die Mitglieder der beiden Landschaften auf den 17. Januar 1820 wieder zusammenberufen. Nach einer Berichterstattung des Landynditus über den Gang und das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen erklärte die Versammlung einstimmig ihre Zufriedenheit mit dem erreichten Abschluß, beauftragte die Kommission, den vom Fürstlichen Geheimratskollegium ihr übersandten, den gefaßten Beschlüssen entsprechend eingebesserten Entwurf der „Erneuerten Landschafts-Ordnung“ in ihrem Namen durch Unterschrift und Siegel zu vollziehen und ermanagelte nicht, in einem Dankschreiben an den Prinzregenten die Regententugenden Sr. Königl. Hoheit und die Weisheit seiner Räte in das hellste Licht zu stellen, ohne dabei freilich das eigene Verdienst völlig unter den Scheffel zu legen. Ungeachtet nun alles in bester Ordnung war, ließ die Verkündigung des Verfassungsgesetzes einige Monate hindurch auf sich warten, bis im Mai 1820 den Deputierten der Landschaft vom Geheimrat v. Schmidt-Philfeld mitgeteilt wurde, daß der Regent die neue Landschaftsordnung unterm 25. April zwar bestätigt habe, ihrer Publikation aber noch ein Bedenken entgegenstehe. Denn die Bestimmung des § 15, laut deren auch die zur Erfüllung der Bundesverpflichtungen erforderlichen Steuern nicht ohne Zustimmung der Stände verteilt, ausgeschrieben und erhoben werden sollten, könne die Meinung erwecken, als dürften die Stände durch Verzögerung ihrer Zustimmung einen Aufschub in der Ausführung der Bundesbeschlüsse herbeiführen; das Verhältnis zu den übrigen deutschen Staaten erfordere aber die Beseitigung jeder zweifelserregenden Wortstellung. Die Deputierten setzten die übrigen Mitglieder der Landschaft von dem nachträglichen Begehren des Prinzregenten in Kenntnis, erwirkten deren Zustimmung zu der Streichung des beanstandeten Satzes und machten dem Geheimratskollegium von diesem Beschlusse Anzeige. Unterm 19. Juni 1820 ist darauf die Veröffentlichung der erneuerten Landschaftsordnung in der vorgeschriebenen Weise erfolgt.

¹⁾ Einem Antrage, die erneuerte Landschaftsordnung gemäß der Gestattung des § 60 der Wiener Schlussakte unter die Garantie des Deutschen Bundes zu stellen, war vom Geheimratskollegium entgegengehalten, daß der Hauptzweck des Bundes ohnehin auf die Aufrechterhaltung und Sicherung des Rechtszustandes in Deutschland gehe, hierunter aber die Rechte und Verhältnisse der Landesherrschaft und Stände gegeneinander vorzüglich inbegriffen seien (Manuskript vom 18. Dezember 1819). Von den Ständen ist der Antrag dann nicht weiter verfolgt und auch auf dem Landtage 1820/23 nicht wieder aufgenommen, weil die E. L. O. die bestehende Verfassung im allgemeinen nicht abändert, sondern nur das, was früherhin in tatsächlicher Geltung gewesen sei, ausdrücklich festgesetzt habe (Protokoll der ersten Sektion vom 17. Juni 1822).

Vald hernach fanden die für die Vertreter der Stadtgemeinden, wie des freien bauerlichen Grundbesitzes erforderlichen Ergänzungswahlen statt und durch Verordnung vom 9. Oktober 1820 wurden die Stände auf den 23. November desselben Jahres zum allgemeinen Landtag zusammenberufen. Es harrten ihrer, abgesehen von der Feststellung der Etats, zahlreiche und bedeutsame Aufgaben auf dem Gebiete des Landesschuldenwesens, der Steuergesetzgebung¹⁾, des Justizwesens, der gewerblichen und Gildverhältnisse. Der Tätigkeit und dem Geschick der eingesetzten Kommissionen gelang es, die bei manchen Fragen scharf hervortretenden Gegensätze auszugleichen und überall ein Einvernehmen mit der Landesregierung herbeizuführen. Nach Feststellung des Landtagsabschiedes ist der Landtag am 12. August 1823 geschlossen. —

In einem Patent vom 6. Juni 1823 hatte der Regent die Erklärung abgegeben, am bevorstehenden 30. Oktober, dem Tage, an welchem der Herzog Karl sein 19. Lebensjahr vollendet haben werde, die vormundschaftliche Regierung niederlegen zu wollen, in der Hoffnung, daß der Herzog „bei der sorgfältigen Vorbereitung, welche Se. Liebden genossen, nunmehr sich im Stande befinden werde, Sich der Lasten der Regierung zum wahren Wohl und Nutzen Seiner Lande selbst zu unterziehen“. Es ist bekannt, wie schmachvoll diese Hoffnung getrogen hat. Des Herzogs Verhalten gegenüber den Ständen, die ihm durch den engeren Anschluß schon im Juli 1823 zum bevorstehenden Regierungsantritt den Ausdruck ihrer Ergebenheit und ihres Vertrauens hatten darbringen lassen, erregte von vornherein einiges Mißtrauen. Zwar hatte er sich das bei einem Thronwechsel übliche Geschenk der Landschaft im Betrage von 20 000 Talern²⁾ in Gnaden gefallen lassen, aber er stellte in seinem Patent vom 30. Oktober 1823 die Reversalen nicht aus, wie er dagegen freilich auch von der Forderung des Erbhuldigungseides einstweilen ab sah. Der Landtag wurde auch dann nicht einberufen, als die Beratung der neuen Etats zur dringendsten Notwendigkeit geworden war. Auf eine mündliche Anfrage der Mitglieder des Ausschusses nach dem Grunde der Unterlassung gab — im Frühjahr 1826 — einer der Geheimen Räte ausweichende Antwort und riet, mit amtlichen Anträgen noch zu warten, da es nicht auf einige Monate ankomme und die Versammlung wohl bis in den Herbst verschoben werden dürfe. Nur diese Zeit aber erfolgte die Entlassung des verdienten Geheimrats v. Schmidt-Rhijfeld aus dem Staatsdienste, und unterm 10. Mai 1827 erschien das bekannte Patent des Herzogs, das den Rechtsbestand aller dem letzten Jahre der Regierungsvormundschaft angehörenden Verordnungen und Institutionen in Frage stellte.

¹⁾ Darunter namentlich die Gesetzesvorlage betreffs der Ausgleichung der öffentlichen Abgaben, durch welche die bisherigen Steuerbefreiungen der Ritterschaft gegen Entschädigung (Steuer-Reluktionscheine) in Wegfall gebracht wurden.

²⁾ Diese althergebrachte Spende stellt ein Entgelt dar für die Bestätigung der landständischen Privilegien seitens des jeweiligen Regierungsnachfolgers. Sie ist in der Regel vom Empfänger zu milden Zwecken verwendet, so vom Herzog Karl Wilhelm Ferdinand zur Errichtung des Krankenhauses in der Stadt Braunschweig. Auch der Herzog Wilhelm hat sie bei seinem Regierungsantritt erhalten.

Es bewog den engeren Ausschuß, in einer Eingabe an den Landesherrn die Vermutung, daß vielleicht in einigen Punkten Änderungen der erneuerten Landschaftsordnung gewünscht würden, auszusprechen und um Bezeichnung der in Betracht kommenden Einzelheiten zu bitten, damit man sich darüber mit seinen Auftraggebern ins Einvernehmen setze: es werde ein Leichtes sein, dem ganzen deutschen Vaterlande Zeugnis darzulegen, daß im Herzogtum Braunschweig Herr und Stände „in ihren Ansichten hinsichtlich des gemeinen Besten niemals verschiedener Meinung sein können und daß in treuer Willfährigkeit die letzten nie den landesväterlichen Wünschen ihres Durchlauchtigsten Herzogs entgegen sind ¹⁾“. Die Erwiderung des Herzogs erkannte die geäußerten patriotischen Gesinnungen an und bemerkte, daß es allerdings zweckmäßig erscheine, wenn für die landständischen Verhältnisse ein fester und dauerhafter Rechtszustand eintrete, weshalb vom Staatsministerium ²⁾ über die notwendig scheinenden Veränderungen in der erneuerten, bis jetzt nicht anerkannten Landschaftsordnung Bericht erstattet und dann ferner mit der Landschaft kommuniziert werden solle (Reskript vom 30. Mai 1827). Es erscheint unbegreiflich, wie der Ausschuß, anstatt infolge dieses Reskripts, das eine unumwundene Mißachtung der vereinbarten Verfassung aussprach, nach dem Beispiel seiner Vorfahren zu einer Konvocation der Landschaft zu schreiten, keinerlei Anstalt traf, den Rechtszustand zu wahren ³⁾. Auch als bekannt geworden war, daß die vom Herzog eingesetzte Kommission die ihr vorgelegte Frage, ob die erneuerte Landschaftsordnung Beeinträchtigungen landesherrlicher Rechte enthalte, bis auf einen einzigen Punkt ⁴⁾ verneint habe, begnügte sich die Vertretung der Stände damit, in einem neuen Gesuch an den Herzog Versicherungen ihrer treuen Ergebenheit abzugeben, auf das seit Jahrhunderten ungetrübt erhaltene Verhältnis zwischen Herrn und Ständen hinzuweisen und schließlich Sr. Hochfürstl. Durchlaucht die alleruntertänigste Bitte um baldige Berufung des Landtages dringend ans Herz zu legen (Schreiben der vereinigten Ausschüsse vom 7. Oktober 1828). Aber das Gesuch blieb unbeantwortet. Inzwischen wuchs die Mißstimmung im Lande in bedrohlichem Maße, wiederholt liefen von Mitgliedern der Stände Mahnungen zu pflichtmäßiger Wahrung der Verfassungsrechte ein, und bald nahmen auch die Händel des Herzogs mit dem König von England einen Verlauf, der für die Selbständigkeit des Herzogtums fast schien bedenklich werden zu können. Da war denn ein entschiedenes Vorgehen nicht länger zu vermeiden. In der Sitzung vom 21. März 1829 beschloßen die vereinigten beiden Ausschüsse, zur

¹⁾ Das Schreiben, dessen unterwürfiger Ton durchaus nicht angenehm berührt, ist von dem Oberappellations- und Geheimrat v. Strombeck abgefaßt und datiert vom 26. Mai 1827.

²⁾ Die nach dem Vorgange Hannovers durch Verordnung vom 31. Mai 1827 eingeführte Bezeichnung für das bisherige „Geheimratskollegium“.

³⁾ In der späteren Versammlung der Stände sind ihm auch schwere Vorwürfe über seine Unschlüssigkeit nicht erspart geblieben.

⁴⁾ Den § 32, laut dessen jedes landesherrliche Reskript als erschliden gelten soll, wenn ihm die Kontrafsignatur des Ministers fehlt.

Ergänzung der im größeren Ausschuss entstandenen Lücken, sowie zur Beratung über die vom Herzog gegen den Rechtsbestand der Landschaftsordnung erhobenen Einwände vom Konvokationsrecht Gebrauch zu machen, und unterm 11. April wurde das Ausschreiben an die Ständemitglieder erlassen. Vergeblich hatte der Herzog diese Beschlüsse zu verhindern gesucht, hatte durch den Geheimrat v. Strombeck, ein Mitglied des Ausschusses, mittheilen lassen, daß er eine Schmälerung der ständischen Rechte keineswegs beabsichtige, vielmehr geneigt sei, selbst solche billige Wünsche zu gewähren, die vielleicht von der vormundtschaftlichen Regierung abgesehen seien ¹⁾, und hatte auch die Konvokation der Stände genehm halten wollen, dafern sich der Zweck der Zusammenkunft allein auf die Ergänzung des größeren Ausschusses beschränken werde. Als sich der Ausschuss jedoch nicht beirren ließ, trug der Herzog unterm 9. April bei der Bundesversammlung zu Frankfurt darauf an, die Landschaftsordnung für unverbindlich zu erklären, und legte dem Ausschusse gegenüber, da weder durch die landschaftlichen Privilegien von 1770, noch selbst durch die Landschaftsordnung von 1820 die Befugnis zum Zusammentreten der Stände „auf eigene Autorität“ begründet werde, in einem Schreiben vom 20. April gegen die geschehene Konvokation Verwahrung ein. Doch die Stände ließen sich von dem einmal eingeschlagenen Wege nicht mehr abbringen. Am 21. Mai trat die Landschaft zur Beratung zusammen. Nach einem einleitenden Vortrage des Landssyndikus hielt der Schagrat v. Plessen, zum Präsidenten der Versammlung gewählt, eine Ansprache, in der er die Nothwendigkeit der Ergreifung entscheidender Maßregeln entwickelte, zu diesem Zweck die schleunige Eingabe eines Refurses an die Bundesversammlung für unerlässlich erklärte und es den Ständen zu einer dringenden Pflicht machte, die Landschaftsordnung aufrecht zu halten. Als ein Mitglied der Versammlung riet, zunächst die Entscheidung der zwischen dem Herzog und dem König Georg bei der Bundesversammlung anhängigen Streitfache abzuwarten, die nahe bevorstehen müsse, erhoben sich viele Stimmen gegen diese Ansicht, keine zu deren Unterstüßung. Die zur Abstimmung gestellte Frage, ob sofort der Refurs an die Bundesversammlung ergriffen werden solle, ward mit allen Stimmen gegen eine ²⁾ bejaht. Am Tage darauf machten die vereinigten Ausschüsse dem Herzog von diesem Beschluß schriftliche Mittheilung, genehmigten eine vom Landssyndikus Pricelius entworfene Beschwerdeschrift an die Bundesversammlung ³⁾ und sandten zu deren Überreichung,

¹⁾ Nach einer Registratur v. Strombecks vom 15. März 1829, deren Zuverlässigkeit vom Herzog in einer seiner der Bundesversammlung eingereichten Rechtfertigungsschriften zwar bestritten, indessen wohl nicht anzuzweifeln ist.

²⁾ Die des Propstes Bernard, welcher sich der Abstimmung unter dem Vorgeben enthielt, daß ihm die Sache noch zu neu sei. Bernard, früher Steuerdirektor, gehörte zu den Günstlingen des Herzogs und war gleich dem Hofrat Fricke mittels der Ernennung zum Propst in die Stände eingeschoben. Die auf diese Weise in die Landschaft Beförderten hatten einen Revers zu unterschreiben, daß sie nur für des Herzogs Interesse stimmen oder ihre Würde aufgeben sollten.

³⁾ Im Druck veröffentlicht als: „Darlegung der zwischen dem Durchl. Herzoge Karl von Braunschweig-Lüneburg und Höchstdessen Landständen obwaltenden Differ-

wie zur etwa weiter erforderlichen Vertretung der ständischen Rechte den Landshofikus sowie zwei ihrer Mitglieder, den Kammerherrn v. Grammsamleben¹⁾ und den Oberhauptmann v. Kalm-Haldter, nach Frankfurt ab. Es schien nochmals, als ob der Herzog einlenken wollte. Durch ein Reskript vom 25. Mai ließ er der getreuen Landschaft eröffnen, daß er die vor der Usurpation bestandenen landtschaftlichen „Verhältnisse“ und namentlich die landtschaftlichen Privilegien vom 9. April 1770 damit anerkenne und nicht abgeneigt sei, mit den Ständen über Modifikationen, die durch die veränderten Zeitumstände für nötig erachtet werden möchten, Verhandlungen eröffnen zu lassen. Allein diese Verheißung fand keinen Glauben²⁾. Die vereinigten Ausschüsse erwiderten, daß eine Anerkennung der Privilegien ohne Anerkennung der Abänderungen, die jene durch die E. L. D. erfahren hätten, und der letzteren selbst den Ansichten der Stände nicht entspreche und daß sie daher pflichtwidrig handeln würden, wenn sie das Anerbieten des Herzogs als eine geeignete Grundlage für weitere Unterhandlungen entgegen nehmen wollten (Schreiben vom 30. Mai 1829). Die Spannung zwischen den streitenden Teilen verschärfte sich noch, als im Herbst des Jahres v. Gramm, in seiner Eigenschaft als Titular-Kammerherr zur Ableistung des Huldigungseides aufgefordert, sich dessen als Mitglied der Landschaft, bis die Bestätigung der Landschaftsordnung und der Erlass der Reversalen Höchsten Orts erfolgt sein werde, geweigert hatte und ihm darauf der Zutritt bei Hofe und zu allen unter dem Hofetat stehenden Orten³⁾ untersagt, jedem Staatsdiener aber irgend welcher Verkehr mit ihm aufs strengste verboten war (Reskripte vom 12. und 14. November 1829). Die Ausschüsse wandten sich an den Herzog mit der Bitte, durch Aufhebung der harten Verfügung und durch Erteilung eines förmlichen Abschiedes an ihren Mitstand die Kränkung zu verweisen, die er und sie mit ihm erlitten hätten (Eingabe vom 18. November 1829), aber der Herzog ließ das Schreiben durch das Staatsministerium ungelesen zurückschicken: nicht eher, so lautete sein Bescheid, werde auch das Ministerium von den Ausschüssen schriftliche Anträge wieder entgegennehmen, als bis bei der Bundesversammlung die in den Beschwervedschriften der Landstände aufgestellte Behauptung, daß die zu wieder-

renz, die unterm 25. April 1820 publicirte erneute Landtschaftsordnung betreffend“, Frankfurt 1829.

¹⁾ Kammerherr und Landdrost Ludwig Theodel Aug. v. Gramm auf Samleben, geb. am 24. August 1791, gest. am 22. Juni 1858, gehörte bis zum Jahre 1849 der Ständeversammlung an als eines ihrer einflussreichsten und fähigsten Mitglieder, von stark liberaler Gesinnung und mit einer ausgesprochenen Neigung zur Opposition. Im Frühjahr 1848 wurde er als Vertrauensmann der Stände nach Frankfurt gesandt, um dort in der Bundesversammlung bei der Revision der Bundesakte mitzuwirken, war Präsident des Landtages von 1848 und legte 1849 zunächst dieses Amt, bald hernach auch sein Mandat als Abgeordneter wegen Kränklichkeit nieder.

²⁾ Jenes Reskript war nicht kontrahiert, mußte daher den Ständen als erschlichen gelten. Lag darin eine Falle, die ihnen gestellt werden sollte?

³⁾ Dahin gehörten unter anderem das Hoftheater, das Museum, die Bibliothek zu Wolfenbüttel, die Domkirche.

holten Malen und stets ohne Vorbehalt erfolgte Annahme und Beantwortung solcher Eingaben durch das Staatsministerium als tatsächliche Anerkennung des Rechtsbestandes der erneuerten Landschaftsordnung auch von Seiten des Landesherrn angesehen werden müsse, zurückgenommen und infolge dieser Erklärung die ohnehin ganz ungegründete Klage beim Bunde zurückgezogen sei (Rückschreiben vom 20. November 1829). Damit war denn jedem dienstlichen Verkehr der ständischen Vertretung mit der höchsten Staatsbehörde ein Ende gesetzt.

Inzwischen nahm das Verfahren bei der Bundesversammlung¹⁾ seinen regelrechten, wenn auch langsamen Fortgang. Eine Streitschrift folgte der anderen, ein Versuch der Stände, eine Beschleunigung der Entscheidung herbeizuführen, blieb ohne Erfolg. Erst unterm 20. August 1830 konnte ihr Bevollmächtigter in Frankfurt (v. Cramm) die erfreuliche Tatsache melden, daß die von der Bundesversammlung eingesetzte Reklamationskommission sich einstimmig zu dem Antrage ermannt habe, der hohe Bund wolle dem Herzoge von Braunschweig eröffnen, daß er in Gemäßheit des 54. und 56. Artikels der Wiener Schlußakte die in anerkannter Wirksamkeit bestehende erneuerte Landschaftsordnung nicht anders als auf verfassungsmäßigem Wege abändern könne. Als aber die Bundesversammlung selbst — in der Sitzung vom 4. November 1830 — sich endlich in der Lage sah, das entscheidende Votum abzugeben²⁾, war in Braunschweig die Katastrophe längst eingetreten, der Herzog Karl außer Landes und die Regierung vom Herzog Wilhelm, zunächst unter Zustimmung seines Bruders, bis auf weiteres übernommen.

Als bald nach der Flucht des Herzogs hatten sich die beiden Ausschüsse versammelt. Sie übermittelten ihrem Bevollmächtigten in Frankfurt zur Verhütung einer Einmischung des Bundestages eine Darstellung der Sachlage, sandten Vertrauensmänner an die Höfe von Berlin und Hannover ab, suchten nach dem Eintreffen des Herzogs Wilhelm dessen Abneigung zur Ergreifung von Maßnahmen, die auf eine Thronentsetzung seines Bruders hinielen künften, zu überwinden und beriefen am 27. September die Landschaft zusammen. Diese genehmigte den Entwurf einer Adresse, in der die Regierungsweise des Herzogs Karl eingehend geschildert und der Herzog Wilhelm „bei der auf die Grundsätze des allgemeinen Staatsrechtes sich stützenden Unmöglichkeit, daß der Herzog Karl die Regierung fortsetze“, gebeten wurde, die Herrschaft dauernd zu übernehmen. In der Frühe des 27. September ließ bei dem Herzog ein Schreiben seines Bruders ein, das ihn mit der einstweiligen Ausübung der Regierungsrechte, vorbehaltlich jedoch der Aufrechterhaltung der jetzt bestehenden organischen Grundgesetze des Landes bevollmächtigte. Noch an demselben Tage entsprach er den Wünschen der Stände durch ein

¹⁾ Eine ausführliche, aktenmäßige Darstellung desselben ist enthalten in der Schrift: Die braunschweig-hannoverschen Angelegenheiten und Zwistigkeiten vor dem Forum der deutschen Großmächte und der Bundesversammlung, 1863.

²⁾ Bekanntlich wurde der Antrag der Kommission, wenn auch nur mit Stimmenmehrheit, von ihr angenommen.

Patent, in welchem die einstweilige Übernahme der Regierung, und zwar ohne Erwähnung der erteilten Vollmacht¹⁾ bekannt gemacht wurde. Dagegen hatte die Bitte der Landschaft um endgültige Beseitigung der früheren Herrschaft in einem Schreiben des Herzogs, das den Ständen den Dank für das ihm entgegengebrachte Vertrauen aussprach, eine ausweichende Antwort dahin gefunden, daß er sich zwar nicht entschließen könne, die zu diesem Zweck erforderlichen Maßregeln selbst zu ergreifen, es aber geschehen lassen werde, wenn die Landschaft sich mit den geeigneten Anträgen unmittelbar an den König von Großbritannien und Hannover wende, durch dessen Vermittelung das gewünschte Ziel unzweifelhaft zu erreichen sei. Unverzüglich kamen die Stände diesem Wink nach, indem sie zur Überreichung eines entsprechenden Gesuches an den König Wilhelm IV. den Grafen Oberg nach London entsandten²⁾. Die Dinge nahmen denn auch zum Heile des Landes den erhofften Verlauf. In einem Patente vom 21. November gab der König der Landschaft die willkommene Zusage, daß sie, nachdem der Versuch einer gütlichen Verhandlung mit dem Herzog Karl an dessen bekannter Sinnes- und Handlungsweise gescheitert sei, zur Abhilfe ihrer gerechten Beschwerden von ihm Schutz und Beistand zu erwarten habe und daß er mit dem Herzog Wilhelm die Maßregeln beraten und ergreifen werde, die geeignet seien, ihm die Ausübung der Regierungsrechte zu sichern. Als nun der Herzog Karl die seinem Bruder ausgestellte Vollmacht zurück-

¹⁾ Die Verschweigung der Vollmacht geschah auf dringende Vorstellung der ständischen Vertretung. „Am 27. September morgens 3 Uhr gelangte vom Herzog Karl aus London an den Herzog Wilhelm ein Schreiben mit Bitte um einstweilige Übernahme der Regierung und mit der beigefügten Vollmacht, beglaubigt durch den von dort zurückgekehrten Hauptmann v. Grabau, an. Se. Durchlaucht hatten sich darauf dahin geäußert, daß Sie diese Beweise des Vertrauens Ihres Herrn Bruders unmöglich mit Undank belohnen, Sich in der Art, wie Sie früher Willens gewesen, auf die Eingabe der Stände äußern und nur in Erwähnung der Ermächtigung vom Herzoge Karl die Regierung übernehmen könnten. Höchst Denjenigen ist darauf erwidert, daß eine Regierung innerhalb der Grenzen der Befugnisse, welche die Vollmacht erteile, den bestehenden Beschwerden nicht Abhilfe verschaffen, das Land in Hinsicht auf die Fortdauer der getroffenen Einrichtungen derselben Ungewißheit aussetzen werde, welche nach Beendigung der Vormundschaft eingetreten sei, und die eröffnete Aussicht zur Herstellung der Regierung des Herzogs Karl nicht allein der Wiederbelebung des Vertrauens der Untertanen im Wege stehen, sondern höchstwahrscheinlich sogleich neue Unruhen ermeden werde. Da nun auch die letzterwähnte Befürchtung sich sofort bestätigte, als das Publikum von der im Namen des Herzogs Karl beabsichtigten Übernahme der Regierung etwas erfuhr, so entschloß sich der Herzog Wilhelm, die Worte: „nach dem Wunsche unseres vielgeliebten Bruders als Generalgouverneur“ aus dem Patente wegzulassen und die Antwort an die Stände so, wie sie gestern beschlossen war, abgehen zu lassen“ (Registatur des Landyndikus Pricelius vom gleichen Tage, in den landschaftlichen Akten).

²⁾ Die Adresse, vom 28. September 1830, ruft den Schutz des Königs als des zeitigen Ältesten des Welfenhauses und nahen Agnaten des Herzogs Wilhelm, der „jetzt unsere einzige Hoffnung ist“, an, bezieht sich darauf, daß die Stände auf solchen Beistand um so mehr Anspruch hätten, als sie dem König mit Kundigungsseiden verpflichtet seien, und erbittet eine Vermittelung dafür, daß der Herzog Karl zur Niederlegung der Regierung bewogen werden möge.

nahm, verkündete der Herzog Wilhelm dem Lande den Entschluß, eingedenk seiner höheren Pflichten die Verwaltung des Herzogtums bis dahin, daß dessen endliches Schicksal entschieden sein werde, fortzuführen (Patent vom 26. November 1830). Am 2. Dezember fand das Vorgehen des Herzogs auch die Genehmigung der Bundesversammlung, deren Beschluß zugleich den Agnaten des Herzogs Karl anheingab, diejenige Definitivanordnung für die Zukunft, welche bei dem beklagenswerten Stande der Dinge die dauernde Ruhe und gesetzliche Ordnung im Herzogtum Braunschweig erheische, in Gemäßheit der Hausgesetze und des in deutschen und anderen souveränen Staaten üblichen Herkommens zu beraten und zu bewirken. In der Bundestagsitzung vom 10. März 1831 legten die Gesandten Hannovers und Braunschweigs die getroffene agnatische Anordnung vor, welche die Regierung im Herzogtum Braunschweig bei der absoluten Regierungsunfähigkeit des Herzogs Karl für erledigt erklärte und auf den Herzog Wilhelm als den nächsten Agnaten mit allen verfassungsmäßigen Rechten und Pflichten eines regierenden Herzogs von Braunschweig übertrug, und noch ehe die Bundesversammlung über die staatsrechtliche Behandlung der heiklen Sache sich schlüssig gemacht hatte, erschien das Patent des Herzogs Wilhelm vom 20. April 1831, das unter Bezugnahme auf die agnatische Vereinbarung die endgültige Übernahme der Regierung aussprach, vom Erlaß der verfassungsmäßigen Reversalen Kenntnis gab und die Ableistung des allgemeinen Huldigungseides anordnete. Dieser vollendeten Tatsache gegenüber ließ sich die Bundesversammlung daran genügen, den Vorgang „in ihr Protokoll zu verzeichnen und den Bundesregierungen die Beurteilung desselben und alles Weitere anheimzustellen, dabei aber ausdrücklich zu bemerken, daß durch diese ohne Zutun des Durchlauchtigsten Bundes vollzogene Anordnung keinen begründeten Rechten und insbesondere nicht den Successionsrechten einer etwaigen Descendenz des Herzogs Karl von Braunschweig präjudiziert werden könne“ (Protokoll der Bundesversammlung vom 4. Mai 1831).

§ 4.

Die Neue Landschaftsordnung und der Finanznebenvertrag.

Befreit von der Gefahr weiterer Anfechtungen und gefestigt durch das Vertrauen der Bevölkerung, wandte die neue Regierung ihre Sorgfalt unverzüglich auf die Ordnung der inneren Angelegenheiten des Landes. Eine Verordnung vom 11. Juni 1831 rief die Landschaft auf den 30. September desselben Jahres zusammen. Unter den in der Thronrede angekündigten Vorlagen war vor allem der Entwurf einer revidierten Landschaftsordnung genannt. Daß ein solcher eingebracht wurde, nachdem eben erst die Rechtsgültigkeit der erneuerten Landschaftsordnung von 1820 durch den Beschluß der Bundesversammlung außer Frage gestellt war, darf auffällig erscheinen. In der Begründung der Vorlage ist denn auch gesagt, daß bei Abänderungen einer Verfassung, die erst vor einem Jahrzehnt entstanden und das achtungswürdige Denkmal einer väterlichen Regierung sei, die sorgfältigste Erwägung habe stattfinden müssen, daß

man jedoch den allgemeinen Wünschen des Landes und der Stimme der Erfahrung das Ohr nicht habe verschließen dürfen und daß namentlich in Beziehung auf die der Verbesserung bedürftige Zusammensetzung der Stände die vormundtschaftliche Regierung selbst ihr Werk nicht als abgeschlossen angesehen habe. Auch ist nicht außer Betracht zu lassen, daß in der unmittelbar vorausgehenden Zeit mehrere deutsche Staaten¹⁾ Verfassungen erhalten hatten, in denen die alte, ständische Gliederung mehr oder weniger beseitigt und eine stärkere Vertretung des Bauernstandes eingeführt war — ein Umstand, der auf die Entschließung der braunschweigischen Regierung schwerlich ohne Einfluß geblieben sein wird.

Nach Ansicht der Motive hat der Entwurf der revidierten Landschaftsordnung die wesentlichen Grundlagen der bisherigen Verfassung ganz oder doch ihrem Geiste nach beibehalten und unterscheidet sich von ihr hauptsächlich nur dadurch, daß die dort aufgestellten Grundsätze eine vollständigere und zeitgemäßere Entwicklung und eine festere und klarere Bestimmung erhalten haben. Auch ein Bericht des Ministeriums an den Herzog, der wohl zur Beschwichtigung gewisser Bedenken gegen die so schleunige Einbringung der Vorlage erstattet worden ist, betont nachdrücklich, daß diese eigentlich nur das schon Bestehende näher ausführe. In bezug auf Einteilung und Anordnung des Stoffes folgt der Entwurf allerdings durchaus der E. L.-O. Auch die Bestimmungen des Titels I über die Vertretung des Landes beruhen auf deren Grundsätzen. Die Motive bemerken, daß schon die E. L.-O. keine eigentlich ständische Verfassung sei, da man die Prälaten als wissenschaftlich gebildete und geschäftskundige Männer, die bei allen die Religion, Jugendbildung, Rechtsgesetzgebung und Staatsverwaltung betreffenden Angelegenheiten Rat und Belehrung erteilen könnten, in der Ständeverammlung beibehalten habe, daß auch die Rittergutsbesitzer nicht die Vertreter eines Standes, sondern des größeren Grundeigentums seien, da jeder ohne Unterschied der Geburt ein Rittergut erwerben könne, und daß die Abgeordneten der Städte die Interessen des Handels und der Gewerbe, die Freisassen die kleineren Grundeigentümer zu vertreten hätten; aber die Art und Weise, in der die Vertretung dieser verschiedenen staatsbürgerlichen Interessen geordnet sei, sei ungenügend. Vor allem habe die Trennung in zwei Sektionen beseitigt werden müssen. Ein wahres Zweikammersystem, derart, daß jede Kammer eine für sich bestehende getrennte Staatsgewalt bilde, sei im Herzogtum weder geschichtlich begründet, noch jemals in wirklicher Ausübung gekommen, noch passe es auf ein Land von der Größe des unseren; der in den beiden Sektionen geschaffene Mittelzustand zwischen dem Ein- und Zweikammersystem aber biete zwar manche Nachteile des letzteren dar, dahingegen keinen seiner Vorteile, besonders nicht den sehr wesentlichen, daß der Beschluß einer Kammer stets noch der nachfolgenden Beratung der anderen unterworfen

¹⁾ Sachsen-Meiningen (1829), Schwarzburg-Sondershausen (1830), Rurhessen (5. Januar 1831), Sachsen-Altenburg (29. April 1831). Außerdem lagen Verfassungsentwürfe vor für Sachsen (1830) und Hannover (1831).

werde. Die Vereinigung beider Sektionen in einer Versammlung fördere den Geschäftsgang, ermögliche eine vielseitigere und fruchtbarere Beratung und werde durch Beseitigung der jetzt zwischen den verschiedenen Ständen errichteten Scheidewand in der Ständeverversammlung selbst größere Einigkeit, im Lande größeres Vertrauen erwecken. Eine notwendige Folge der Annahme einer Kammer sei dann aber eine erhebliche Verringerung der bisherigen Zahl der Mitglieder der Stände.

Nach Maßgabe dieser allgemeinen Grundsätze soll die Ständeverversammlung bestehen aus 45 Abgeordneten, und zwar aus 6 Abgeordneten der Prälaten und je 13 der Rittergutsbesitzer, der Städte, der Freisassen und Bauern (Entw. § 4). Sämtliche Abgeordnete werden auf die Dauer von sechs Jahren frei gewählt: es gibt also künftig nicht mehr, wie es noch nach der E. V.-D. der Fall war, erbliche Landstandschaften, Abgeordnete von Amts wegen und Abgeordnete auf Lebenszeit. Von den Ständemitgliedern müssen 10 Abgeordnete der Ritterschaft Eigentümer eines in dem Wahlbezirke, für den sie gewählt werden, belegenen Rittergutes, 10 Abgeordnete der Städte Handel- oder Gewerbetreibende mit einem bestimmten Kommunaleinkommen oder stimmführende Mitglieder des Magistrats und in dem Wahlkreise, welcher sie sendet, wohnhaft, 10 Abgeordnete der Freisassen und Bauern Eigentümer eines in dem Wahlkreise, für den sie gewählt werden, liegenden Freisassenhofes oder eines Bauerngutes (d. h. eines solchen Gutes, das nach Bauernrecht vererbt wird) sein und zugleich zu den Höchstbesteuerten des Wahlbezirks gehören; die übrigen 3 Abgeordneten der Ritterschaft, der Städte, der Freisassen und Bauern können unter den wissenschaftlich gebildeten Männern des Herzogtums, soweit diese überhaupt wählbar sind und ein gewisses Einkommen besitzen, gewählt werden (§ 5, 48 bis 51¹⁾). Für jeden Abgeordneten wird zugleich ein Stellvertreter gewählt, der dieselben Eigenschaften wie jener haben muß und einberufen wird, wenn der Abgeordnete den Auftrag niederlegt oder nicht fortbesorgen kann (§ 7). Unter den Inhabern der 12 landtagsfähigen Prälaturen wählt die Regierung diejenigen aus, die auf dem Landtage erscheinen sollen (§ 9 und 10), die landtagsfähigen Rittergüter des Herzogtums werden in vier, die Städte in sechs Wahlbezirke geteilt (die Stadt Braunschweig hat sechs Abgeordnete zu wählen), in Beziehung auf die Wahl der Abgeordneten der Freisassen und Bauern sieben Bezirke gebildet (§ 11 bis 16). Die Zahl der Mitglieder des Ausschusses wird auf fünf Abgeordnete bestimmt, der größere Ausschuß nach dem Beispiel der meisten neueren Verfassungen aufgehoben (§ 17²⁾). Die §§ 22 bis 90 enthalten die näheren

¹⁾ In den Motiven wird anerkannt, daß die doppelt so starke Vertretung des Grundbesitzes unter Umständen zu einer Gefährdung der städtischen Interessen führen könne. Allein „es würde eine offenbare Ungerechtigkeit sein, wenn man in einem Lande, das wesentlich ein Ackerbau treibendes ist und wo die Bevölkerung der Städte nicht einmal ein Drittel der ganzen Population ausmacht, den Städten eine gleiche Zahl von Repräsentanten wie den Grundeigentümern hätte geben wollen. Überdies sprach für das angenommene Verhältnis das bisher bestehende“.

²⁾ Motive: „Die Natur der Geschäfte des landständischen Ausschusses macht es wünschenswert, daß er nicht zu zahlreich sei; deshalb hat es denn auch nicht zweck-

Bestimmungen über Wahlberechtigung, Wählbarkeit und Wahlverfahren. Die städtischen Abgeordneten werden durch Wahlberechtigte und durch Wahlmänner gewählt; wahlberechtigt sind die stimmführenden Mitglieder des Stadtmagistrats, die Stadtverordneten, welche dreimal als solche gewählt sind, und die Prälaten der bisherigen zweiten Sektion in der Stadt, in welcher sie ihren Wohnsitz haben (§ 39); die Wahlmänner erhalten ihren Auftrag durch die „Wähler“, zu denen alle diejenigen gehören, die entweder das Bürgerrecht gewonnen haben oder Eigentümer eines Hauses im Stadtbezirke sind und Kommunalsteuern zahlen (§ 36). Die Abgeordneten der Freisassen und Bauern werden ebenfalls durch Wahlmänner erwählt (§ 40); das Recht, letztere zu ernennen, hat jeder Eigentümer oder Nutzniesser eines Reithofes, sowie jeder, der Stimmrecht bei den Beschlüssen der Gemeinde hat und Kontribution, wie Proviantgeld¹⁾ bezahlt (§ 41). Wähler, Wahlmänner und Wahlberechtigte haben bis auf die Mitglieder der Ritterschaft, denen es nachgelassen ist, ihre Abstimmung in einem versiegelten Schreiben dem Vorsitzenden des Wahlkollegiums zuzuschicken, in Person bei den Wahlen zu erscheinen (§ 56) und haben vor der Wahl an Eidesstatt anzugeloben, ohne allen Einfluß und Nebenrücksichten so, wie sie es vor Gott und ihrem Gewissen verantworten zu können denken, nach ihrer besten Überzeugung stimmen zu wollen (§ 55).

Der Titel II des Entwurfs handelt von den Rechten und Pflichten der Landschaft. Bei dem Finanzwesen hat das ständische Steuerbewilligungsrecht gegenüber den Bestimmungen der E. L. D. insofern eine wesentliche Erweiterung erhalten, als es sich auch auf allgemeine Abgaben, die bei der Ausführung polizeilicher Einrichtungen oder bei der Leitung des Handels auferlegt werden, namentlich auf Zölle, Weggelder und Pachthauseinrichtungen, sowie auf die Gerichtsporteln erstrecken soll (§ 96). Eine Neuerung von der einschneidendsten Bedeutung für die ganze Finanzwirtschaft des Staates wird in Vorschlag gebracht in den Bestimmungen der §§ 101 bis 103 über die Trennung des fürstlichen und Domänenhaushalts vom eigentlichen Staatshaushalt²⁾. Während die Stände nach der früheren Finanzverfassung nur die Etats über neu anzulegende Steuern mit dem Landesherrn gemeinschaftlich zu regulieren hatten (E. L. D., § 24), wird ihnen nunmehr das Recht zugestanden, mit der Landesregierung die Einnahme- und Ausgabeetats des gesamten eigentlichen Staatshaushalts im voraus, für eine Finanzperiode von sechs Jahren festzustellen (§ 105); auch die bisher der Mitwirkung der Stände entzogenen Etats über Einnahme und Ausgabe des Klosterfonds unterliegen der Feststellung der Land-

mäßig geschienen, zwei verschiedene Ausschüsse, den engeren und größeren, beizubehalten, eine Einrichtung, die zwar in die E. L. D. von 1820 übergegangen ist, aber noch aus der Zeit stammt, wo oft in 30 Jahren kein Landtag gehalten wurde.“

¹⁾ Das Proviantgeld war an Stelle der Getreidelieferungen getreten, die (zuerst im 30jährigen Kriege zur Anlegung von Kornmagazinen) von den Untertanen erfordert wurden; es ist späterhin nach dem Kontributionsfuß erhoben und hat zuzeiten bei hohen Kornpreisen die Summe von 10 000 Tlren. überstiegen.

²⁾ Näheres darüber siehe S. 42 fg.

schaft (§ 112). Das durch die E. L.-D. eingesetzte Steuerkollegium soll als Landessteuer- und Finanzkollegium in seiner Eigenschaft als eine vom Landesherrn und den Ständen gemeinschaftlich zu besetzende und von beiden abhängige Behörde fortbestehen und hat neben den Steuern fortan auch die für den Staatshaushalt bestimmten Kammereinkünfte zu verwalten, der engere Ausschuß bleibt aber nicht mehr wie bisher dieser Behörde einverleibt, sondern die Landschaft erhält das Recht, die Hälfte der Mitglieder des Kollegiums zu wählen, ohne hierbei an Mitglieder der Ständeversammlung gebunden zu sein (§ 107, 109). In Beziehung auf die Gesetzgebung ist die Mitwirkung der Stände erheblich erweitert, der Grundsatz aufgestellt, daß kein Gesetz ohne ihre Zustimmung oder doch nicht ohne ihren Rat gegeben werden kann (§ 113 bis 117). Bei dem Militärwesen findet sich die bedeutungsvolle Bestimmung, daß keine Truppen in fremden Sold gegeben werden dürfen (§ 120). In betreff der Rechtspflege ist die Unabhängigkeit der Gerichte unter den ausdrücklichen Schutz der Verfassung gestellt, auch die Unabsetzbarkeit der Richter gesetzlich ausgesprochen (§ 121 bis 123) — wie die Motive bemerken, als sprechende Beweise von dem festen Willen der Regierung, jeden Mißbrauch der Gewalt unmöglich zu machen und den Gesetzen die gehörige Achtung zu verschaffen. Der Ausschuß erhält die Stellung einer beaufsichtigenden und beratenden Behörde, einer beschließenden nur in Fällen, in denen eine zeitige Versammlung des Landtages untunlich oder Gefahr im Verzuge ist; in solchen Fällen können mit Bewilligung des Ausschusses neue Steuern einstweilen und vorbehaltlich der nachträglichen Genehmigung der Ständeversammlung auferlegt, ohne diesen Vorbehalt aber Staatsanleihen geschlossen und Staatsgüter veräußert oder verpfändet werden (§ 136, 137). Dem Ausschuß steht es auch zu, in den (im Entwurf einzeln festgestellten) Fällen, in denen die Stände vom Konvokationsrecht Gebrauch machen dürfen, den Landtag zusammenzurufen (§ 140).

In dem Titel III (von den Landtagen und der Behandlung der Geschäfte auf denselben) sind zahlreiche Bestimmungen der E. L.-D., namentlich zur Geschäftsordnung aufgenommen. Die nach dem Fortfall der beiden Sektionen der Landschaft im Entwurf aufgestellte Regel, daß unbedingte Stimmenmehrheit entscheidet (§ 151), soll, abgesehen von dem aus der E. L.-D. herübergenommenen Ausnahmefall (Abänderung der Landes- oder Steuerverfassung), eine weitere Ausnahme dann erleiden, wenn „die Entscheidung eigentümliche privatrechtliche Verhältnisse der Ritterchaft, der Städte, der Bauern oder eigentümliche staatsbürgerliche Interessen einer dieser drei Ständeklassen betrifft“ (§ 152). In solchen Fällen kann die beteiligte Ständeklasse wie die Regierung auf Abstimmung nach Ständen antragen (§ 153). Bei der Abstimmung hat alsdann jeder Stand nur eine Stimme, und ein Vorschlag ist nur bei Einstimmigkeit aller drei Stände als angenommen anzusehen (§ 154). Die Motive bemerken, daß diese Bestimmungen getroffen seien als das geeignetste Auskunftsmittel, um bei einem Widerstreit der verschiedenen, in der Art der Zusammensetzung der Stände zum Ausdruck gelangenden staatsbürgerlichen Interessen eine jede Ständeklasse in ihren wohlverworbenen Rechten unter durchaus konstitutio-

neßen Formen zu schützen. „Darin besteht hauptsächlich die bürgerliche Freiheit, daß ohne gesetzlichen Grund niemandem ein wohlervorbenes Recht ohne seine Zustimmung entzogen werden kann. Dieser gerechte Grundsatz ist so alt als unsere deutschen Rechtsinstitute; er findet sich in der Verfassung jeder Dorfgemeinde, wie in der ehemaligen Reichsverfassung und in der deutschen Bundesakte. Man wird ihn nie ungestraft verletzen, und indem man ihn in Zweifel stellt, macht man alle Rechtsverhältnisse wanken.“ Infolge der veränderten Zusammensetzung der Ständeversammlung ist das Recht der Regierung, den Landtag aufzulösen, aus den neueren Verfassungsurkunden in den Entwurf aufgenommen (§ 160). Die landständischen Verhandlungen sollen ohne Verzug durch den Druck bekannt gemacht werden (§ 161¹⁾).

Der letzte Titel enthält nur noch einige allgemeine Bestimmungen, namentlich über den Erlass der Reversalen (§ 194), die Einsetzung eines Kompromißgerichts bei einem entstehenden Streit über die Auslegung der Verfassung (§ 196) und über die Zahlung von Tagegeldern an die Abgeordneten (§ 197).

Der Entwurf²⁾ gelangte sogleich nach der Eröffnung des Landtags an die Stände und ist von den beiden Sektionen, die sich zu diesem Zwecke, nicht ohne Bedenken über die verfassungsmäßige Zulässigkeit eines solchen Verfahrens, vereinigt hatten, unter dem Vorsitz des Schatzrats v. Plessen³⁾ vom 1. Oktober 1831 an einer allgemeinen Beratung unterzogen. Sie diente dazu, die Ansichten der Versammlung über die hauptsächlichsten Neuerungen des Entwurfs zu klären und der zur näheren Vorprüfung desselben niederzusetzenden Kommission für eine Reihe von Fragen bestimmte Wünsche und Anleitungen mit auf den Weg zu geben. Schon in der ersten Sitzung stellte sich über die Beseitigung der bisherigen Sektionen und die Aufhebung des Übergewichts der Ritterschaft allseitiges Einverständnis heraus, dagegen hielt man für zweckmäßig, anstatt der vom Landesherrn ernannten Prälaten gewählte Vertreter der höheren Wissenschaften in die Landschaft zu entsenden. Die in der Vorlage gegebenen Bestimmungen über die Art und Weise der zu bewirkenden Trennung des fürstlichen und des Staatshaushalts hielt man für bedenklich und schritt zur Wahl einer

¹⁾ An die Zeit der alten Stände — vgl. oben S. 16, Anm. 1 — erinnert der § 149 des Entwurfs: „Im Verhandlungsaal werden den Abgeordneten der Ritterschaft und zwei bisher zur ersten Sektion der Stände gehörigen Prälaten die Plätze zur Rechten, den Abgeordneten der Städte und zweien Prälaten von der ersten und zweiten Sektion in der Mitte und den Abgeordneten der Freisassen und Bauern nebst den zwei übrigen Prälaten zur Linken angewiesen. Welche Abgeordnete der Prälaten denen der Ritterschaft, der Städte und Bauern beizuordnen seien, bestimmt die Landesregierung.“ Propheten rechts, Propheten links, das Weltkind in der Mitte! — Der Paragraphe ist auf Antrag der Kommission gestrichen.

²⁾ Eine Rezension desselben, die auf die späteren Anträge der Stände wohl nicht ohne Einfluß geblieben ist, enthält die Schrift des seinerzeit angesehenen liberalen Publizisten Pölig, Votum über den Entwurf der revidierten Landschaftsordnung des Herzogtums Braunschweig, 1831.

³⁾ Des Präsidenten der ersten Sektion; den Vorsitz in der zweiten führte der Magistratsdirektor Bode-Braunschweig.

besonderen Deputation, die bei dem Ministerium über den eigentlichen Sinn der vorgeschlagenen Änderungen näheren Aufschluß erbitten solle. Es kam in Frage, ob es sich nicht empfehle, alljährlich einen Landtag zu halten und unter dieser Voraussetzung den Ausschuß als entbehrlich in Wegfall zu bringen, doch fand der Antrag keinen Anklang, man meinte, wenn die Etats nur von 3 zu 3 Jahren festzustellen seien, so müßten die Stände sich häufig ohne genügenden Beratungsstoff versammeln und würden dann, nach Stoff suchend, „manches zutage fördern, was besser unberührt geblieben wäre“. Dagegen soll die Kommission prüfen, ob nicht auch der größere Ausschuß wieder einzuführen sei. Für und gegen Öffentlichkeit der Verhandlungen wird gestritten, endlich noch in Anregung gebracht, daß der Vorlage, ähnlich wie es in anderen Verfassungsurkunden geschehen sei, ein Abschnitt über die allgemeinen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten eingefügt werde.

Bald nach Beendigung dieser ersten Lesung wurde der Landtag am 12. Oktober 1831 „in Erwägung des Herannahens der asiatischen Cholera“ bis auf weiteres vertagt, worauf die Kommission¹⁾ unter dem Vorsitz des Grafen Oberg ihre Arbeit begann. Über manche Fragen kam man ohne Schwierigkeit hinweg. In Beziehung auf die Zusammensetzung der Stände entschied man sich, eine Änderung des § 4 des Entwurfs dahin in Vorschlag zu bringen, daß die Landschaft bestehen solle aus 45 Abgeordneten, von denen 10 aus den Rittergutsbesitzern, 15 aus den Handel oder Gewerbe treibenden Bewohnern der Städte oder den stimmungsführenden Mitgliedern der Magistrat, 10 aus den Besitzern der Freisassen- und Bauernhöfe und 10 mit der Maßgabe, daß zwei von ihnen der höheren Geistlichkeit des Landes entnommen werden müßten, sonst ohne Rücksicht auf Standesverhältnisse und Wohnort zu wählen seien. Die Einteilung der Wahlbezirke rief manche Abänderungsvorschläge hervor. Beibehaltung des größeren Ausschusses in einer Besetzung von 13 Abgeordneten, beschränkte Öffentlichkeit der Verhandlungen unter Ausgabe einer bestimmten Anzahl von Einlaßkarten ward gewünscht, die im § 152 des Entwurfs vorgesehene Abstimmung nach Ständen unter Vorbehalt eines Vermittelungsantrages verworfen und damit ein sehr bedenklicher Rückfall in die alte ständische Ordnung beseitigt. Eine Erweiterung der Mitwirkung bei der Gesetzgebung, so daß kein Gesetz ohne Zustimmung der Stände zu erlassen sei, bezeichnete man als erstrebenswert, nicht minder die grundgesetzliche Anerkennung des Rechtes der Untertanen, mit Bittschriften und Beschwerden sich an die Landschaft zu wenden. Daneben zahlreiche Anträge von mehr nebensächlicher Bedeutung. Auch die äußere Anordnung des Stoffes in der Vorlage gab zu vielfachen Ausstellungen Anlaß. Die Aufeinanderfolge der Einzelbestimmungen des Titels II (Rechte und Pflichten der Landschaft) befriedigte nicht, weshalb eine

¹⁾ Sie bestand aus dem Landdrost v. Gramm-Sambleben, dem Grafen v. Oberg, Kammerrat v. Beltheim, Hofrat Bruns, und Geheimrat v. Strombeck als Deputierten der ersten, dem Magistratsdirektor Bode, Hofrat Hettling, Steuerrat Langerfeldt, Gutsbesitzer v. Unger-Gr. Stöckheim und Kaufmann Graßau als Deputierten der zweiten Sektion.

Umarbeitung dieses Theiles des Entwurfes vorgenommen wurde. Man hielt es für richtiger, die ziemlich zahlreich im Titel III der Vorlage enthaltenen Bestimmungen über das Wahlverfahren aus dem Entwurf fortzulassen und sie mit einigen nötig scheinenden Ergänzungen in ein besonderes Wahlgesetz aufzunehmen; Hettling¹⁾ erhielt den Auftrag, ein solches auszuarbeiten. Diese Beschlüsse führten dann zur wiederholten Besprechung der schon in den Plenarberatungen aufgeworfenen Frage, ob nicht die Vorlage zu einer Verfassungsurkunde, wie deren in mehreren anderen Bundesstaaten kürzlich erlassen worden seien, umzugestalten, die Ordnung der Verhältnisse der Landschaft zu einem umfassenden Landesgrundgesetz zu erweitern sei²⁾. Demgemäß wurden auch nach dieser Richtung hin dem Staatsministerium Vorschläge unterbreitet.

In den Mittelpunkt aller Kommissionsarbeiten jedoch stellte sich die Aufgabe, hinsichtlich der Trennung des fürstlichen und Domanalhaushalts vom eigentlichen Staatshaushalt eine der Regierung und Landesvertretung annehmbare Grundlage für eine Verständigung zu finden. Sie hat unendliche Mühe gemacht.

Das Kammergut des fürstlichen Hauses diente seit alten Zeiten, soweit es nicht für den Unterhalt des Regentenhauses in Anspruch genommen wurde, den Zwecken der Landesverwaltung. Wie sich das Verhältnis zuletzt entwickelt hatte, lag den Ständen nur ob, die für Erfüllung der bundesmäßigen Verpflichtungen, für Aussteuer der Prinzessinnen des fürstlichen Hauses und für die notwendige Verteidigung des Vaterlandes erforderlichen Ausgaben durch Steuern aufzubringen, daneben auch die Zinsen der Landeschuld abzuführen. Zu den Kosten der Landesverteidigung wurden außer dem Unterhalt des Militärs herkömmlicherweise die Legationskosten gerechnet. Auf dem Landtage von 1821 hatte die Landschaft aus Rücksicht auf die Unzulänglichkeit der Kammereinkünfte auch die Kosten des neu errichteten, mit Waldeck und den beiden lippe'schen Fürstenthümern gemeinschaftlichen Oberappellationsgerichts auf die Landessteuerrasse³⁾ übernommen. Im übrigen wurde der Staatsbedarf, namentlich die persönlichen wie sachlichen Ausgaben für Rechtspflege und allgemeine Landespolizei durchweg aus der Kammerkasse bestritten. Auf die Verwaltung dieser Kasse hatten die Stände keinerlei Einfluß. Erwiesen sich die Einnahmen des Kammerguts und die hergebrachten Steuern zur Deckung des Staatsbedarfs unzureichend, so trat allerdings die Nothwendigkeit an die Regierung heran, die Unzulänglichkeit der ihr zu Gebote stehenden Mittel der Landschaft glaubhaft darzulegen, um durch

¹⁾ Joh. Heinr. Aug. Hettling, geb. 1786 zu Blankenburg a. H., seit 1826 Hofrat beim Landesgerichte zu Wolfenbüttel, 1831 auch Propst von Marienberg und als solcher Mitglied der Ständeversammlung, später Oberappellationsgerichtsrat und seit 1850 Präsident des Obergerichts, gest. zu Wolfenbüttel am 28. Oktober 1857.

²⁾ In jener Beschränkung des Entwurfs hatte schon die oben erwähnte Schrift von Bölig einen wesentlichen Mangel neben vielfach anerkannten Vorzügen desselben erblickt.

³⁾ Unter Verwaltung des vom Landesherrn und den Ständen gemeinschaftlich belegten Landessteuercollegiums, s. oben S. 25.

Verlag von Friedr. Vieweg & Sohn in Braunschweig.

Neue gesetzliche und technische Vorschriften betreffend

Calciumcarbid und Acetylen

in Deutschland, Österreich und der Schweiz.

Mit Erläuterungen und mit Anweisungen zur Prüfung von Acetylenanlagen
von **Prof. Dr. J. H. Vogel, Berlin.**

Preis geh. M. 2.40, geb. M. 3.40.

Als vor reichlich zehn Jahren die Acetylenbeleuchtung aufkam, wurden in allen Kulturstaaten Verordnungen erlassen über die bei der Herstellung und Verwendung des Acetylens sowie bei der Lagerung des Calciumcarbides zu beobachtenden Vorsichtsmaßregeln. Damals war man noch nicht hinreichend über die Eigenschaften des Acetylens unterrichtet, so daß sich angesichts der außerordentlich raschen Zunahme der Acetylenbeleuchtung mehr und mehr das Bedürfnis nach einer gründlichen Umarbeitung der behördlichen Verordnungen herausstellte. Dementsprechend sind letztere auf Grund der inzwischen gesammelten Erfahrungen neuerdings in Deutschland, Österreich und auch in einem Teile der Schweiz wesentlich abgeändert und erweitert worden.

Auch der Deutsche Acetylenverein hat in den verfloßenen beiden Jahren seine technischen Vorschriften und Normen für Acetylenapparate und Carbid einer gründlichen Umarbeitung unterzogen.

In der vorliegenden Schrift sind diese neuen behördlichen und technischen Verordnungen und Vorschriften übersichtlich zusammengestellt und mit Erläuterungen versehen. Damit dürfte in erster Linie allen denjenigen gedient sein, welche sich mit der Prüfung und Begutachtung von Acetylenanlagen zu befassen haben.

Ferner werden daraus aber auch alle diejenigen, welche Acetylenapparate herstellen, vertreiben oder installieren, die nötige Belehrung darüber schöpfen können, welche Einrichtungen sie zu treffen und welche Vorschriften sie zu befolgen haben, um in den verschiedenen Staaten allen Anforderungen gerecht zu werden.

Schließlich werden auch die Besitzer von Acetylenanlagen, namentlich diejenigen von größeren Orts- oder Blockzentralen, daraus ersehen können, welcher Art die Anforderungen sind, deren Innehaltung bei der behördlichen Abnahme der Acetylenanlagen gefordert wird, so daß sie an der Hand dieser Schrift selbst in der Lage sein werden, eine Kontrolle dahin auszuüben, ob Pläne und Bausausführungen der Unternehmer so gehalten sind, daß ein Einschreiten der Behörden oder irgend welche Unregelmäßigkeiten im Betriebe nicht zu erwarten stehen. In diesem Sinne sei namentlich die Schrift den Vorständen der zahlreichen kleineren Ortschaften empfohlen, für welche heute das Acetylenlicht wegen seiner Billigkeit und Einfachheit in erster Linie als zentrale Beleuchtungsart in Frage kommt.

Inhaltsverzeichnis.

Deutsches Reich.

	Seite
Verordnungen, durch welche die Aufstellung und der Betrieb von Acetylenapparaten und die Lagerung von Calciumcarbid geregelt werden	1
Preußen	2
Polizeiverordnung, betreffend die Herstellung, Aufbewahrung und Verwendung von Acetylen sowie die Lagerung von Carbid	2
Inkrafttreten der preußischen Polizeiverordnungen	6
Die Verordnung in den übrigen deutschen Bundesstaaten	8
Königreich Sachsen	8
Königreich Württemberg	8
Großherzogtum Baden	8
Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin	8
Großherzogtum Mecklenburg-Strelitz	8
Großherzogtum Oldenburg	8
Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach	9
Herzogtum Anhalt	9
Herzogtum Braunschweig	9
Herzogtum Sachsen-Altenburg	9
Herzogtum Sachsen-Meiningen	9
Fürstentum Lippe	10
Fürstentum Reuß ältere Linie	10
Fürstentum Reuß jüngere Linie	10
Fürstentum Schaumburg-Lippe	10
Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt	10
Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen	10
Fürstentum Waldeck-Pyrmont	10
Freie Hansestadt Bremen	11
Freie und Hansestadt Hamburg	11
Elsaß-Lothringen	11
Königreich Bayern	11
Großherzogtum Hessen	20
Herzogtum Sachsen-Koburg und Gotha	22
Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaft der Gas- und Wasserwerke für Acetylgasfabriken	23
Gesetz, betreffend die Kosten der Prüfung überwachungsbedürftiger Anlagen im Königreich Preußen	27
Polizeiverordnung, betreffend den Verkehr mit verdichteten und verflüssigten Gasen in Preußen	29
Inkrafttreten der preußischen Polizeiverordnungen	39
Vorschriften über die Beförderung des Carbides	40
Beförderung mit der Bahn	40
Beförderung mit der Post	41
Beförderung mit Seeschiffen	41
Beförderung mit Flußschiffen	41
Technische Vorschriften und Normen des Deutschen Acetylenvereins	48
Vorschriften des Deutschen Acetylenvereins für Acetylenapparate	48
Vorschriften des Deutschen Acetylenvereins für die Aufstellung von Acetylenapparaten in Schaubuden	52

das Ausland bisher besessen haben. Neben einer eingehenden Behandlung des Acetylen und Carbid in chemischer und physikalischer Bedeutung gibt es in einer Reihe von Kapiteln alles Wissenswerte aus dem Gebiete der Technik und Verwertung des Acetylen. Die verschiedenen Apparatsysteme mit ihren Vorzügen und Nachteilen, die Reinigungs- und Brennerfrage, die Installation von Hausanlagen und Zentralen, die Acetylenbeleuchtung in wirtschaftlicher Beziehung und die Verwendung des Acetylen zu anderen als Beleuchtungszwecken usw. usw., das alles ist in ebenso eingehender, wie sachgemäßer und allgemeinverständlicher Weise behandelt. Besondere Aufmerksamkeit ist dem so sehr wichtigen Gebiete des Zentralbaues gewidmet, und bei seiner Bearbeitung haben alle Erfahrungen der letzten Jahre, technische wie wirtschaftliche, sorgfältige Berücksichtigung gefunden.

Die Vielseitigkeit des Inhalts, wie die gediegene und erschöpfende Behandlung des Stoffes dürften dem Werke eine rasche Verbreitung in allen Fachkreisen sichern. Der Techniker, wie der Gelehrte, der Erbauer von Acetylenanlagen, wie der, der sie zu prüfen oder zu begutachten hat, jeder wird in dem Buche Auskunft und Belehrung über die Fragen finden, die für ihn von Interesse sind, so daß es allen, die auf dem Acetylengebiete technisch oder wissenschaftlich tätig sind, als Ratgeber warm empfohlen werden kann.

Auch die Ausstattung des Werkes ist in jeder Beziehung mustergültig, wie wir das von der bekannten Verlagsfirma nicht anders gewöhnt sind, und es sei namentlich die saubere und sorgfältige Ausführung der zahlreichen, dem Texte beigegebenen Abbildungen hervorgehoben, die von großem Wert für den Gebrauch des Buches ist."

Prof. Dr. Adolf Fraenkel am k. k. technologischen Gewerbemuseum in Wien in den „Mitteilungen des Österreichischen Acetylenvereins in Wien“:

„Der deutschen Acetylenindustrie fehlte es bisher an einem geeigneten Sammelwerke. Das bekannte Buch von Liebetanz, „Calciumcarbid und Acetylen“, die einzige umfangreichere Zusammenstellung, erwies sich nach mancher Richtung nicht ohne Mängel. Der von Ludwig verdutschte Pellissier (Praktisches Handbuch der Acetylenbeleuchtung und Calciumcarbidfabrikation, Berlin 1898), ursprünglich das „Klassische Werk über Acetylen und Calciumcarbid“, hat sich infolge der raschen Entwicklung dieses Gebietes — insbesondere für die Zwecke des Praktikers — bald als unzulänglich gezeigt, und so blieb denn eigentlich nur die Zuflucht zu dem umfassenden, aber im englischen Original erschienenen Werke von Lewes (Acetylene, a Handbook for the student and manufacturer, 1900).

Diesem fühlbaren Mangel haben nun die in ihrem Fachgebiete längst wohlbekannten drei Autoren abgeholfen. Sie haben in ihrem eben erschienenen „Handbuch“ ein Werk geliefert, welches jedem, der mit der Acetylenindustrie in Fühlung steht — dem Erbauer oder Installateur von Anlagen, den mit der Prüfung derselben betrauten Personen oder Behörden, wie endlich dem Theoretiker, der darin auch einen sehr netten Überblick über die ganze wissenschaftliche Literatur findet —, höchst willkommen sein wird.

Fügen wir (nach einer knappen Darlegung des Hauptinhalts des Werkes, dessen Vielseitigkeit dadurch charakterisiert wird) noch hinzu, daß sämtliche Kapitel mit größter Gründlichkeit und Sachkenntnis bearbeitet sind, so glauben wir sagen zu dürfen, daß die deutsche Acetylenindustrie in dem vorliegenden Buche ein Erzeugnis begrüßen kann, das ihrer als einer der ersten und größten Vorkämpferinnen für das Acetylen nicht nur würdig ist, sondern zur Ehre gereicht.

Die besonders sorgfältige Ausstattung des Werkes seitens der bekannten Verlagsfirma sei auch noch rühmend hervorgehoben."

Chemische Zeitschrift:

Die Verfasser des Handbuches sind allen, die mit Calciumcarbid und Acetylen zu tun haben, bestens bekannt; sie haben die Acetylenindustrie von Anfang an gestützt und gefördert und sind daher mit derselben in allen Einzelheiten aufs genaueste vertraut. Deshalb waren sie auch berufen, ein umfangreiches Werk über das Acetylen zu schreiben, in dem sie ihre eigenen und von anderen gesammelten Erfahrungen niederlegten zu Nutz und Frommen aller, die sich wissenschaftlich oder technisch mit Acetylen zu beschäftigen haben. Eingeteilt ist das Buch in folgende größere Kapitel: Die Carbide im allgemeinen; Calciumcarbid; Acetylen für Licht-, Kraft- und Heizzwecke; besondere Anwendungen des Calciumcarbides und Acetylens; wissenschaftlicher Teil. Die Behandlung der einzelnen Kapitel ist erschöpfend, Literaturangaben gestatten außerdem, die Originalarbeiten nachzusehen; ebenso sind die vielen Abbildungen zweckentsprechend ausgewählt und vorzüglich reproduziert. Das Werk kann bestens empfohlen werden.

Felix B. Ahrens.

Bestellschein.

Bei der Buchhandlung von

bestelle hiermit:

Vogel, Prof. Dr. J. H., Neue gesetzliche und technische Vorschriften betreffend Calciumcarbid und Acetylen in Deutschland, Österreich und der Schweiz.
Preis *M.* 2.40.

Dasselbe geb. Preis *M.* 3.40.

Handbuch für Acetylen in technischer und wissenschaftlicher Hinsicht von Dr. N. Caro-Berlin, Dr. A. Ludwig-Berlin, Prof. Dr. J. H. Vogel-Berlin. Herausgegeben von Prof. Dr. J. H. Vogel. Geheftet Preis *M.* 29.—.

Dasselbe geb. in Lwd. Preis *M.* 30.—.

Verlag von Friedr. Vieweg & Sohn in Braunschweig.

Ort und Datum:

Name:

Bevilligung einer außerordentlichen Steuer oder durch Übernahme eines Theiles der Kammer Schulden auf das Land die nötige Beihilfe zu erlangen. Es leuchtet ein, daß diese Art der Wirtschaftsführung die unangenehmsten Verwickelungen zwischen Regierung und Ständen nach sich ziehen mußte und geeignet war, die Staatswohlfaht ernstlich zu schädigen. Die Landschaft geriet leicht in Versuchung, alle Landesaussgaben tunlichst auf die Kammerkasse abzuschieben, wogegen die Regierung sich auf den Einwand zurückzog, daß die Kammerkasse sie zu tragen außerstande sei. Dieser Widerstreit beherrschte eigentlich seit den letzten beiden Jahrhunderten die ganze Verfassungsgegeschichte des Staates. Zugleich aber gefährdete die bestehende Einrichtung auch die Wohlfaht des Landes insofern, als sie für eine ordnungsmäßige Bewirtschaftung des Kammergutes durchaus keine Sicherheit darbot. Gewiß hatte der Landesherr, schon um hinsichtlich der Gestaltung seiner Hofhaltung seinen Neigungen und Launen keinen Zwang antun zu müssen, das dringendste Interesse daran, die Einkünfte des Kammergutes möglichst in die Höhe zu bringen, allein die Gefahr lag doch nahe, daß dabei weder auf die Bedürfnisse des Landes, noch auf die Zukunft Rücksicht genommen wurde — es sind Beispiele genug dafür vorhanden — und daß namentlich zum Zweck einer augenblicklichen Vermehrung der Einnahmen die notwendigen Wirtschafts- und Verwaltungsausgaben auf Kosten der nachhaltigen Ertragsfähigkeit der Güter herabgedrückt wurden. Zu verschiedenen Malen, zuletzt noch bei der Beratung der E. L. = D., hatten daher die Stände den Versuch gemacht, eine gewisse Teilnahme an der Verwaltung des Kammerguts zu erlangen, allein stets ohne Erfolg.

Nun gingen die Vorschläge der Regierung, wie sie in den §§ 101 bis 103 der Vorlage enthalten waren, dahin, daß durch eine Übereinkunft zwischen dem Landesherrn und den Ständen die Summe festzusetzen sei, die jährlich von den Kammereinkünften nach Abzug der Kosten des fürstlichen und Domanialehaushalts auf andere Staatszwecke verwendet werden könne, daß dann diese Aversionalsumme durch Besteuerung der Domänen, wie durch Überweisung anderer Kammereinkünfte aufgebracht und an die Landessteuerrasse gezahlt werden solle und daß nach Maßgabe dieser — seitens der Landesherrschaft kündbaren — Übereinkunft alle Lasten des Staatshaushalts, sowie jeder zur Erreichung des Staatszwecks erforderliche Aufwand und alle dahingehörigen Ausgaben, die bisher von den Einkünften der Domänen und Regalien gezahlt seien, aus der Landessteuerrasse zu bestreiten sein würden. Wie oben erwähnt, hatten diese Bestimmungen schon bei den ersten Plenarberatungen der Landschaft Widerspruch gefunden. Die Stände vertraten dabei die Ansicht, daß das Kammergut nicht nur etwa ausschließweise zu allgemeinen Landeszweden in Anspruch zu nehmen sei, sondern daß es von jeher vorzugsweise dafür gebiet, der Bedarf des Landesherrn hinter den Anforderungen des Staates daher von Rechts wegen zurückstehen habe. In folgeredter Durchführung dieses Grundjages kamen sie zu dem Ergebnis, daß, wenn überhaupt eine Auseinandersetzung der Nutzungsberechtigten eingeleitet werden solle, nicht das Land, sondern der Landesherr die Rolle des Abfindlings zu übernehmen habe. Demnach war bereits in der

Plenarſitzung vom 4. Oktober 1831 auf Antrag Bodes¹⁾ eine Umkehrung der von der Regierung vorgeſchlagenen Übereinkunft dahin gutgeheißen, daß eine gewiſſe Anzahl von Domänen ausgeſondert werden möge, deren Ertrag für den fürſtlichen Hofſtaat beſtimmt bleibe, wogegen alle übrigen Güter, Regalien und ſonſtigen bei der Kammer verwalteten Einkünfte dem Finanzkollegium zur Beſtreitung des Staatshaushalts zu überweiſen ſeien. Die Ausführbarkeit dieſes Planes ward in der Kommiſſion eingehend beraten, auch vom Miniſterium in Erwägung genommen; es ergaben ſich indeſſen bald Bedenken, die in den Kommiſſionsſitzungen vom 10. und 11. November 1831 lebhaft erörtert ſind. Bruns²⁾ wies darauf hin, daß mit der Ausſonderung von Domänen dem Landesherrn gerade die Nutzung deſſenjenigen Teiles des Staatsvermögens in die Hände gegeben werde, der den bereitſten und ſicherſten Ertrag vom Grundeigentum unmittelbar gewähre, daß auf das Land aber die Gefahr des Wechſels in den Erträgen der übrigen Domanialnutzungen und Gefälle übergehe und daß die getrennte Verwaltung der für den Landesherrn ausgeſchiedenen und der dem Lande verbleibenden Domänen erhebliche Koſten verurſache, die bei der gemeinſchaftlichen Verwaltung des geſamten Kammerguts größtentheils erſpart würden. Langerſeldt³⁾ machte darauf aufmerkſam, daß nach den letzten Kammerkassenrechnungen die geſamten Domänen des Landes nur einen Ertrag von 155 713 Thlr. abgeworfen hätten und daß man daher zur Beſchaffung der für den fürſtlichen Haushalt angeforderten Mittel auch auf die Forſten ihrem Hauptbeſtande nach⁴⁾ werde greifen müſſen. Übereinkommend erkannte man an, daß den einfachſten

¹⁾ Wilhelm Bode, geb. am 18. Mai 1779 zu Königsutter, ſeit 1825 Magiſtratsdirektor zu Braunſchweig, in dieſer Stellung um Förderung des ſtädtiſchen Gemeinweſens, wie namentlich um Hebung des Volkſchulweſens, der Wohltätigkeits- und Armenanſtalten unabläſſig bemüht, daneben ſeinen Neigungen zu geſchichtlichen Studien folgend, bis in ſeine letzten Jahre hinein ſchriftſtelleriſch vielfach tätig, im Ruheſtand ſeit 1848, geſt. am 20. Mai 1854. Auf dem Konvokationsſtage von 1829 in den großen Ausſchuß gewählt, gehörte Bode der Ständeverſammlung und dem Ausſchuß, dem letzteren als Präſident, ununterbrochen bis 1849 an.

²⁾ Joh. G. Theod. Bruns, geb. am 10. Mai 1786 zu Helmſtedt, 1831 Hofrat am Landesgericht in Wolfenbüttel, gleich ſeinem Freunde und Gefinnungsgeſoſſen Kettling ein ſcharffinniger, gelehrter Jurist, geſt. am 17. September 1835 als Direktor des Kreisgerichts in Braunſchweig. Er war der Vater des bekannten Romanſten Georg Bruns in Berlin und des nicht minder berühmten Tübinger Profeſſors der Chirurgie Viktor von Bruns.

³⁾ Jak. Friedr. Langerſeldt (Vater des ſpäteren Miniſters, Geheimrats Langerſeldt), geb. am 29. April 1773 zu Hannover, urſprünglich Kaufmann, aber ſchon am Beginn des 19. Jahrhunderts in der Stadtverwaltung zu Braunſchweig, namentlich auf dem Gebiete des Armenweſens als Oberkommiſſar tätig, am 6. Dezember 1820 von der 2. Sektion der Landſchaft zum Mitgliede des Landesſteuerkollegiums gewählt, in der Ständeverſammlung von 1831 vielbeſchäftigt und beſonders in Finanzangelegenheiten ſehr angeſehen. Er wurde gegen Ausgang des Jahres 1832 als Mitglied des Herzogl. Finanzkollegiums in den Staatsdienſt übernommen, ſchied aus der Ständeverſammlung aus und ſtarb als Geheimer Finanzrat a. D. zu Braunſchweig am 15. Dezember 1849.

⁴⁾ Geſamtertrag der Forſten damals auf 150 601 Thlr. angegeben.

Ausweg aus den obwaltenden Schwierigkeiten die Vereinbarung einer Zivilliste für den Landesfürsten darboten werde, war aber bei der bekannt gewordenen Abneigung ¹⁾ des Herzogs gegen einen derartigen Ausgleich im Zweifel, ob es rätlich sei, den Gedanken weiter zu verfolgen. Indessen stimmte man schließlich doch allseitig einem Antrage von Bruns bei, der, wenn er auch — nicht der Form nach, aber in der Sache selbst — dem Vorschlage einer Zivilliste sich näherte, seinen Einzelheiten nach geeignet schien, die Bedenken der Regierung zu überwinden. Dieser Antrag ging dahin: Das gesamte Staatsvermögen, einschließlic des Kammergutes, wird durch die verfassungsmäßige Finanzbehörde unter landesherrlicher Oberaufsicht und ständischer Mitaufsicht verwaltet. Vom Ertrage des Kammergutes verbleibt dem Landesherrn für den Bedarf seiner Hofhaltung jährlich diejenige Summe, welche ein Drittel von der gesamten Jahreseinnahme aus den Erträgen des in Grundeigentum, Kapitalvermögen und Realprästationen bestehenden Kammergutes ausmacht. Diese Quote wird entweder für das einzelne Rechnungsjahr oder für die Finanzperiode nach der jährlich oder in einem größeren Zeitdurchschnitt wirklich erhobenen Einnahme festgestellt, wobei die für abgelöste Dienste und Grundabgaben, ferner als Kaufsumme für veräußerte Domanalzubehörungen und Berechtigungen zur Einnahme gelangenden Kapitalien zur Tilgung von Staatsschulden verwandt und mit einem Zinsertrag von 4 Proz. in der Einnahme vom Kammergut berechnet werden. Die auf dem Kammergut haftenden Schulden werden ausschließlich von der Staatskasse verzinst und planmäßig abgetragen. Um welchen aliquoten Teil die dem Landesherrn vorbehaltene Summe im Falle seiner Vermählung oder der notwendigen Gewährung von Wittumsberechtigungen, wie von Apogagen für Prinzen des fürstlichen Hauses zu erhöhen ist, unterliegt der weiteren Übereinkunft zwischen Landesherrn und Ständen.

Nachdem man noch beschlossen hatte, der Regierung nötigenfalls so weit entgegenzukommen, daß ein bestimmter Mindestbetrag des landesfürstlichen Reservats festgestellt und Nachzahlung des demnach etwa Erforderlichen verbürgt werden solle, sandte die Kommission den Antrag in einer vorsichtig verallgemeinerten Fassung (Bestimmung einer Quote des reinen Domanialeinkommens zur Bestreitung des fürstlichen Bedarfes und gemeinschaftliche Verwaltung des Dominalgutes durch ein gemischtes Kollegium) unterm 12. November 1831 an das Staatsministerium ab, aber schon wenige Tage darauf kam die Antwort, daß er hauptsächlich wegen der geforderten Mitverwaltung des Kammergutes nicht annehmbar sei. Sonach schien kaum etwas anderes übrig zu bleiben, als zum ursprünglichen Ausgangspunkte der Verhandlungen — Ausscheidung eines Teiles der Kammergüter für den Unterhalt des Landesfürsten und der Hofstatt — wieder zurückzukehren. Auf dieser Grundlage ward daher auch in

¹⁾ Ihren Grund glaubte man in der Besorgnis des Herzogs vor einer Mediatisierung der kleineren deutschen Fürsten erblicken und auf die Erwägung zurückführen zu müssen, daß in einem solchen Falle Einkünfte, die auf Grundbesitz ruhten, für sicherer zu halten seien als eine Geldrente.

den nächsten Monaten verhandelt. Zu Anfang Dezember legte die Kommission dem Ministerium einen von Bode ausgearbeiteten Entwurf des mit der Regierung abzuschließenden Vertrages vor. Nach diesem Entwurf sollen die Einkünfte gewisser, noch näher zu bestimmender Kammerämter, Forsten und Bergwerke in die Herzogl. Hofstaatskasse fließen, dagegen das gesamte, zur Bestreitung der Staatsausgaben dienende Einkommen von Staatsgütern, Domänen und Steuern in einer Kasse, der Staatsfinanzkasse, eingezogen und berechnet werden. Diese Kasse wird unter das Staats-Finanzkollegium gestellt und von dessen Mitgliedern soll die Hälfte durch die Stände gewählt werden, vorbehaltlich des Bestätigungsrechtes des Landesherrn und unbeschadet der Fortdauer ihrer, Eigenschaft als „ständischer Diener und beratender Mitglieder des engeren Ausschusses“. Da die Kosten des Hofstaates fortan in einer besonderen Kasse zur Vereinnahmung und Verrechnung gelangen würden, so hatte der Entwurf diejenigen Aufwendungen zusammengestellt, die unter dem Bedarf des Landesfürsten und des fürstlichen Hauses zu begreifen seien. Alle nicht auf den Hofstaat sich beziehenden Etats, auch die der Klostergüter und des von der Universität Helmstedt herrührenden Studienfonds sollten vom Staats-Finanzkollegium also bei dessen Zusammenfassung unter Mitwirkung der Stände, revidiert, festgestellt und kontrolliert werden. Weitere Bestimmungen regeln Organisation und Geschäftskreis dieser Behörde.

Die Regierung erklärte sich mit dem Grundgedanken dieses Entwurfes zwar einverstanden, wich aber in Einzelfragen ganz erheblich von den Wünschen und Hoffnungen der Kommission ab. In einem vom Ministerium der Kommission übermittelten Gegenentwurf¹⁾ wurden sämtliche Domänen, Forsten und Bergwerke, Salinen, Glas- und Zieglhütten, Steinbrüche, Kalk- und Gipsbrennereien, Braunkohlengruben und Torfstiche, die Porzellanfabrik und die Münze (also der jetzt im § 162 der N. L. = D. angegebene Vermögensinbegriff) als Herzogl. Kammergut nebst den Herzogl. Schlössern und den der Hofhaltung gehörigen Gebäuden, Anlagen und Inventarien für den Landesherrn in Anspruch genommen, so daß für Zwecke des Staates nur zurückblieben die Einkünfte aus den zu den Domänen gehörigen, der Ablösung unterworfenen Behten, Diensten, Korn- und Geldgefällen. Zugleich aber trat der Entwurf dem Versuch der Kommission, den Ständen durch die aus ihnen zu wählenden Mitglieder des Finanzkollegiums auf die gesamte Finanzverwaltung des Landes Einfluß zu sichern, entgegen, indem er diese Behörde nur aus vom Landesherrn ernannten Beamten zusammensetzte und gleich den übrigen Landesbehörden der Regierung unterstellte.

¹⁾ „Entwurf einer zwischen der Landesherrschaft und den Landständen über die Trennung des fürstl. Haushaltes vom Staatshaushalt und über die Organisation der Finanzverwaltungsbehörde zu treffenden Vereinbarung.“ Er enthält 64 Paragraphen, von denen die meisten die Verfassung und den Geschäftskreis der zu bildenden Finanzverwaltungsbehörden, der Kammer, der Obersteuereidirection, der Oberbaudirection und des Finanzkollegiums betreffen. Sie haben die Grundlagen zu den später erlassenen einzelnen Organisationsgesetzen abgegeben.

Die Kommission war durchaus nicht gewillt, die in diesen Vegenvorschlägen enthaltenen Forderungen zuzugestehen. Sie hob hervor, daß die Auscheidung der Hauptmasse des Kammergutes weit über den Bedarf des Landesfürsten, auch wenn er die auf dem Kammergut lastenden Ausgaben übernehme, hinausgehe, daß für die Zukunft eher eine Steigerung als eine Abnahme in den Kammereinkünften zu erwarten sei und daß schon zur Sicherstellung des „Staatsgrundvermögens“ gegen Eigenmächtigkeiten, wie sie unter der Regierung des Herzogs Karl vielfach vorgekommen seien, eine Einwirkung auf die Verwaltung des Kammergutes den Ständen nicht versagt werden dürfe. Das Ministerium erwiderte, daß bei erheblichen Steigerungen der Kammereinkünfte die Besteuerung der Domänen und Forsten den Ständen das geeignetste Mittel an die Hand gebe, um die Überschüsse in die Staatskasse zurückfließen zu lassen, daß aber eine Einmischung der Landschaft in die Verwaltung des landesfürstlichen Domaniums zu keiner Zeit zugelassen sei und auch künftig hin um so weniger in Frage kommen könne, als in der dem Finanzkollegium anheimfallenden Aufsicht über Rechnungs- und Kassenwesen beim Kammergut die unter den obwaltenden Verhältnissen einzig mögliche Sicherung gegen Gefährdungen zu finden sei. Dagegen erklärte sich die Regierung, um die Bedenken der Kommission zu beschwichtigen, bereit, in den Vertragsentwurf einige Zusatzbestimmungen aufzunehmen, deren eine die fortdauernde Rechtsgültigkeit des Edikts vom 1. Mai 1794 ausdrücklich anerkannte und deren andere den Ständen die Befugnis einräumte, Nachweisungen darüber zu verlangen, daß auf die Unterhaltung der Gebäude bei den Domänen, sowie auf die Forstkulturen und auf die Instandhaltung der Berg- und Hüttenwerke die zur Sicherung eines nachhaltigen Ertrages erforderlichen Verwendungen gemacht worden seien (Schreiben vom 17. Februar 1832). Da aber diese Zugeständnisse der Kommission nicht genügten, so schien man zu Ausgang Februar 1832, nachdem seit den ersten Plenarberatungen fast sechs Monate verflossen waren, von einer Einigung noch ebensoweit entfernt zu sein als beim Beginn der Verhandlungen.

Inzwischen muß jedoch, noch während diese Erörterungen im Gange waren, in vertraulichen Besprechungen einzelner Mitglieder der Kommission mit dem Ministerium, namentlich dem *spiritus rector* desselben, Geheimrat v. Schleinitz¹⁾,

¹⁾ Wilhelm v. Schleinitz, geb. am 4. Juni 1794 zu Blankenburg a. S., hatte als Student 1814 den Feldzug nach Brabant mitgemacht, wurde 1818 Assessor am Landesgericht, 1823 von den Ständen zum ordentlichen Mitgliede dieses Gerichts gewählt, trat 1830 in das Ministerium zunächst nur als beratendes Mitglied ein, übernahm aber schon das Jahr darauf als wirklicher Geheimrat die Leitung der Justiz und der auswärtigen Angelegenheiten und ward 1843 Staatsminister. Ein äußerst scharfsinniger und kenntnisreicher Jurist von gründlicher Bildung und staatsmännischer Tüchtigkeit, dem das Land namentlich auf dem Gebiete des Rechtswesens vieles zu danken hat, von einer Energie, die sich gelegentlich zur Herrschsucht steigerte und nicht frei von einem gewissen Hange zum Bureautrismus, dem feudalen Adel verhaßt, aber auch bei den Beamten seines Dienstzweiges mehr gefürchtet als beliebt, dabei seiner vielseitigen Fähigkeiten wegen der Regierung unentbehrlich und von erprobter Rechtsschaffenheit. Schleinitz ist der einzige vormärzliche Minister in Deutsch-

die Frage einer Zivilliste wieder in Anregung gebracht sein¹⁾. Es scheint, als ob Bode im Verlaufe der Unterhandlungen die bedenklichen Seiten des bislang von ihm befürworteten Planes mehr und mehr erkannt habe und nun mit Entschiedenheit für Aufstellung einer „fixierten, indispatabeln Zivilliste“ eingetreten sei. Er verhandelte im Beirat des Landyndikus darüber mit den Ministern, und auf seinen Vortrag erklärte die Kommission am 2. März 1832 sich geneigt, auf Feststellung einer jährlichen Summe für den Bedarf des Landesherrn und seines Hofstaates einzugehen, wenn diese Summe auf das Gesamt-Domanium ohne Ausscheidung einzelner Gegenstände radiziert werde, wobei es sich von selbst verstehe, daß „die bisherige staatsrechtlich feststehende Qualität des Domanium durchaus nicht alteriert werde“, — jedoch unter dem Vorbehalt, daß der Etat über das Kammergut künftig ebennmäßig, wie die Etats über die anderen Zweige der Staatsverwaltung, mit den Ständen festgestellt würden.

Es läßt sich mit einigem Grund vermuten, daß der Herzog bei seinem anfänglichen Widerstande gegen die Überweisung einer Zivilliste weniger von den in der Kommission ihm untergelegten Bedenken (S. 45, Anm. 1) geleitet wurde, als von der Beforgnis, daß die Annahme einer festen Geldrente einer Verzichtleistung auf die ihm bzw. seinem Hause an dem Domanium zustehenden privaten Rechte gleich erachtet werden könne. Da nach den letzten Erklärungen der Kommission diese Deutung fortan ausgeschlossen war und auch die Zeit zum Abschluß drängte, so zögerte die Regierung nicht länger, ihrerseits ihre Forderungen zu stellen²⁾, die im wesentlichen darauf hinausliefen, daß als Be-

laod, der seine Stellung auch in den Stürmen des Jahres 1848 bewahrt hat. Er starb am 3. November 1856. Ein jüngerer Bruder von ihm war der spätere preussische Hausminister Alexander v. Schleinitz. Näheres über ihn enthält der Lebensabriß (von P. Zimmermann) in der allgemeinen deutschen Biographie, Bd. 31, S. 459.

¹⁾ Die Akten der landschaftlichen Registratur sind hier lückenhaft. Verschiedene Schriftstücke, auf die in den Kommissionsprotokollen Bezug genommen wird, fehlen. Auch wird die Feststellung der Zeitfolge der vorhandenen Schriftstücke dadurch erheblich erschwert, daß vieles gar nicht mit einem Datum versehen ist. Die Unvollständigkeit der Akten ist schon auf dem Landtage von 1834 zur Sprache gekommen. Übrigens hatte die Kommission bei dem Beginn ihrer Beratungen beschlossen, die Verhandlungen mit dem Ministerium, soweit irgend angängig, nur mündlich zu führen. Manche Änderungen im Entwurfe der R. L.-O. und des Nebenvertrages sind offenbar mit dem Geheimrat v. Schleinitz nur mündlich beredet und dann sofort in den späterhin der Landschaft vorgelegten, neuen Entwurf eingetragen. — Aus den Akten des Herzogl. Staatsministeriums, deren Einsicht mir freundlichst gestattet ist, läßt sich über den Verlauf der Verhandlungen, die zum Abschluß des Finanz-Nebenvertrages führten, überhaupt nur sehr wenig entnehmen.

²⁾ Sie sind enthalten in der „schließlichen Erklärung über die bei der beabsichtigten Sonderung des Fürstl. Haushalts vom Staatshaushalt annoch unerledigt gebliebenen Gegenstände“. Das Schreiben ist bei der Kommission eingegangen am 13. April 1832 und nachträglich datiert als Schreiben vom 22. Februar 1832. Ist letztere Datierung richtig, so bestätigt sie, daß schon während der Verhandlungen über Aussonderung des Kammergutes für den Landesherrn auch das Ministerium den Ausweg der Feststellung einer Zivilliste ernstlich ins Auge gefaßt hat.

trag des landesfürstlichen Reservats die Jahressumme von 245 000 Talern¹⁾ nebst den Zinsen des sogenannten Bevernischen Kapitals²⁾ und zur Deckung der Kosten des Neubaus und der ersten Einrichtung eines neuen Residenzschlosses die Bewilligung einer auf den Kredit des Kammergutes aufzunehmenden Anleihe von 600 000 Talern³⁾ in Anspruch genommen werde. Über diese Bedingungen und über die Frage, ob die Finanzen des Landes ohne Erhöhung der Steuern und ohne Beschränkung der zur Schuldentilgung zu verwendenden Summen die Zahlung der landesfürstlichen Rente im angeforderten Betrage würden ermöglichen lassen, ist dann noch zwischen der Kommission und dem Ministerium bis Ende Juli 1832 verhandelt. Ebensovienig indessen, wie jene ihr Begehren, der Ständeversammlung eine Mitwirkung bei der Feststellung der Kammerkassenetats zu sichern, durchzusetzen vermochte, gelang es ihr, eine Herabminderung des Reservates auf die von ihr für ausreichend erachtete Summe (220 000 Taler) zu erreichen. Die Regierung beharrte dabei, daß der beanspruchte Jahresbetrag zur Erhaltung des Ansehens und der Würde des fürstlichen Hauses erforderlich sei und zugleich von den Einnahmen des Landes ohne neue Steuerauflagen erübrigt werden könne. Das einzige Zugeständnis an die Kommission lag darin, daß auf ihren Wunsch das der Hofhaltung des Landesherrn vorbehaltene Landgestüt auf den Kammerkassenetat übertragen wurde, der entsprechende Etatsansatz zu jährlich 8000 Taler von der Zivilliste demnach in Abstrich kam und somit die Jahressumme der letzteren auf 237 000 Taler sich beschränkte. In der Erkenntnis, daß auf weitere Nachgiebigkeit nicht zu rechnen und daß in manchen anderen Verfassungsfragen von der Regierung doch ein weitgehendes Entgegenkommen bewiesen sei, ließ die Kommission schließlich ihren Widerstand fallen und war bereit, bei der Ständeversammlung den Abschluß eines Finanzvertrages auf den gegebenen Grundlagen zu befürworten.

Mittlerweile hatten auch die Beratungen über die revidierte Landschaftsordnung selbst einen guten Fortgang genommen. Der Geheimrat v. Schleinitz war anfänglich zwar von dem Wunsche der Stände, die Landschaftsordnung zu einem umfassenden Landesgrundgesetz ausgestaltet zu sehen, durchaus nicht erbaut, bemerkte, daß die Regierung Bedenken tragen müsse, den einmal eingeschlagenen Weg zu verlassen, zumal sie ihn auf dringenden Wunsch eines

¹⁾ Vom Staatsministerium war, als es noch in dessen Absicht lag, die Domänen, Forsten, Bergwerke usw. bis auf die ablösbaren Gefälle dem Landesherrn zur Nutzung zu überweisen, eine Berechnung aufgestellt, nach welcher die Einnahmen der dem Landesfürsten verbleibenden Kammergüter auf 435 679 Taler und die auf diesen Gütern lastenden Ausgaben (Unterhaltungskosten, Besoldungen, aufzulegende Steuern) auf 194 414 Taler sich beläßen, so daß zur Bestreitung der Hofhaltung ein Überschuß von 241 265 Talern zurückblieb.

²⁾ Näheres darüber: Finanz-Nebenvertrag, Art. 1.

³⁾ Die Gesamtkosten des Baues waren auf 822 000 Taler veranschlagt. Zur Minderung dieser Kosten oder anderer Staatsausgaben war der Herzog erbötig, während der nächsten sechs Jahre sich jährlich 25 000 Taler von dem Betrage der Zivilliste absetzen zu lassen. F. R. W. Art. 1.

großen Theiles der Landeseinwohner betreten habe und die höheren politischen Gründe, die ihn veranlaßt hätten, in sehr verstärktem Maße fortbauerten, und machte auch sonst aus seiner Abneigung gegen eine „neumobige“ Verfassung kein Geheimniß¹⁾. Als dann aber die Kommission dem Ministerium eine „vorläufige Zusammenstellung der Grundprinzipien, auf deren Aufnahme in die Landschaftsordnung sie ihre ferneren Anträge richten müsse“²⁾, mit der Bitte einreichte, daß die Regierung zur Vervollständigung des Grundgesetzes auch die Bestimmungen zusammentragen lassen möge, die über Regierungsform, Theilbarkeit des Landes, Thronfolge, Regentschaft und dergleichen im pactum Henrico-Wilhelminum und anderen Hansverträgen enthalten seien³⁾, unterwarf er diese Vorschläge im einzelnen wohl einer scharfen Kritik und beseitigte manches, was ihm mit dem „monarchischen Prinzip“ nicht im Einklang zu stehen schien, doch beharrte er nicht länger bei der grundsätzlichen Verneinung. Nach wiederholten Verhandlungen mit den Deputierten der Kommission (Bruns, Hettling, v. Cramm) ließ er Anfang Juli 1832 dieser selbst eine auf der Grundlage ihrer Vorschläge zusammengestellte „Neue Redaction der Landschaftsordnung“ (zweiter Entwurf) zugehen, die den gesamten Rechtsstoff in sich aufgenommen hatte, welcher uns gegenwärtig in der neuen Landschaftsordnung vorliegt, und die auch in der Einteilung in Kapitel und Abschnitte, wie in der Reihenfolge der einzelnen Paragraphen ihr völlig gleicht. In Beziehung auf die Zusammensetzung der Ständeversammlung enthält sie wesentliche Unterschiede von der früheren Vorlage. Die Zahl der Abgeordneten der Ritterschaft und der Freisassen und Bauern ist je um drei, die der Städte um einen Abgeordneten vermindert, die Vertretung der Prälaten, soweit sie auf Ernennung seitens des Landesherrn beruht, den Wünschen der Stände gemäß beseitigt. Die der Ritterschaft, den Städten, den Freisassen und Bauern verbliebenen Abgeordneten müssen nun sämtlich aus diesen drei Standesklassen

¹⁾ In seinen Bemerkungen zum Kommissionsentwurf heißt es: „Überdies lehrt auch schon jetzt die Erfahrung, daß die schönen allgemeinen Phrasen, die zu einer solchen Verfassung gehören, und die eigentlich keinen praktischen Wert haben, doch gerade ihrer Allgemeinheit wegen eines großen Mißbrauchs fähig sind, wie denn z. B. in Hessen aus der Freiheit der Person das Recht der Zivilbedienten abgeleitet wird, dem Landesfürsten mit großen Schnurrbärten wider dessen Willen vor die Augen zu kommen. Es wird daher notwendig sein, auf dem eingeschlagenen Wege zu bleiben.“

²⁾ Diese Zusammenstellung, die von Bruns herrührt, handelt in ihren einzelnen Theilen 1. von den allgemeinen Rechten und Pflichten der Landeseinwohner; 2. vom Staatsdienst; 3. von der Rechtspflege; 4. von Kirchen, Unterrichtsanstalten und milden Stiftungen; 5. von den Gemeinden und Gemeindebehörden, entsprechend den Kapiteln II (§ 24 bis 40), V (§ 153 bis 160), VII (§ 191 bis 210), VIII (§ 211 bis 230) und III (§ 40 bis 56) des jetzigen Inhaltes der N. L.-O. Die Kapitel IV (§ 57 bis 152) und — wenigstens in den grundlegenden Bestimmungen — VI (161 bis 190) lagen im Entwurfe der revidierten L.-O. bereits vor; die gleichfalls darin enthaltenen Bestimmungen über das Wahlverfahren und die Geschäftsordnung sind in besondere Gesetze übertragen.

³⁾ Das spätere Kapitel I (§ 1 bis 23) der N. L.-O.

genommen werden. Dagegen treten der Ständeversammlung zu 16 Abgeordnete, die gemeinschaftlich von diesen drei Standesklassen aus „Männern der höheren Geistesbildung“ gewählt werden, und zwar sollen nach der Landschaftsordnung (§ 79) zwei von ihnen der höheren Geistlichkeit bis zum Superintendenten einschließlicly angehören, nach dem Wahlgesetz dagegen (§ 71) vier aus den auf Lebenszeit ernannten 12 Prälaten gewählt werden und nur, falls diese aus gesetzlichen Gründen die Wahl im voraus ablehnen, aus einer vom Staatsministerium aufzustellenden, die nicht entschuldigten Prälaten und höhere Staatsbeamte umfassenden Liste von 12 Personen entnommen werden dürfen, während für die übrigen 10 weitere Beschränkungen nicht bestehen. Somit setzte sich die Ständeversammlung zusammen aus 48 Abgeordneten, nämlich 10 der Ritterschaft, 12 der Städte, 10 der Fleckenbewohner, Freisassen und Bauern und 16 gemeinsam zu wählenden Abgeordneten (§ 60). Die Ritterschaft war zu einem Wahlkreise vereinigt, die Einteilung der städtischen und ländlichen Wahlbezirke mehrfach verändert (§ 61 bis 64). Der größere Ausschuß war nicht wiederhergestellt, die Zahl der Mitglieder des allein vorgesehenen, an die Stelle des ehemaligen engeren Ausschusses tretenden neuen Ausschusses dagegen um zwei vermehrt, auch bestimmt, daß eine jede der drei Standesklassen in diesem Ausschuß durch je ein Mitglied vertreten sein müsse (§ 87). Bei der Abstimmung sollte es der Mehrheit von zwei Dritteln sämtlicher Stimmen fernerhin bei Änderungen nur der Landesverfassung, nicht auch der Steuerverfassung bedürfen (§ 141). Die Abstimmung nach Ständen war ersetzt durch die Bestimmung, daß bei einer beabsichtigten Änderung in der Vertretung einer der drei Standesklassen es neben der hier erforderlichen Stimmenmehrheit (zwei Dritteln der Landschaft) zugleich auch der Mehrzahl der Stimmen des beteiligten Standes bedürfe (§ 142).

Zugleich mit diesem Entwurfe oder doch bald hernach gingen der Kommission die wegen der Organisation der Finanzverwaltungsbehörden zu erlassenden Gesetze, sowie der Entwurf des Wahlgesetzes, der Geschäftsordnung für die Landesversammlung und eines Zivilstaatsdienstgesetzes zu. Sie beriet über alle diese Vorlagen in der Zeit vom 5. Juli bis zum 18. August 1832. Ihre Verhandlungen gingen schnell vonstatten. Die zu der neuen Redaktion der Landschaftsordnung gestellten Anträge sind nicht zahlreich, der erheblichste betrifft die ständische Mitwirkung bei der Gesetzgebung. Das Ministerium fügte die Änderungen, mit denen es einverstanden war, in den Entwurf ein und ließ die so eingebesserte Vorlage (dritter Entwurf) als „Neue Landschaftsordnung“ mittels Reskripts vom 12. August 1832 sämtlichen Ständemitgliedern zugehen. Am 27. August trat dann die Landschaft wieder zusammen. Unter den zahlreichen Vorlagen, über die sie zu beschließen hatte, befand sich auch der inzwischen ausgearbeitete Entwurf des „Nebenvertrages, die Ordnung des Finanzwesens betreffend“, in welchem außer den Vereinbarungen über die Zivilliste und der Feststellung der Etatschemata eine Reihe von Bestimmungen aufgenommen war, die man sonst dem Landtagsabschiede vorzubehalten pflegte. In der Ständeversammlung wurde zu der „Neuen Landschaftsordnung“ nur

eine mäßige Anzahl von Änderungsanträgen eingebracht, und zu lebhafteren Verhandlungen führten eigentlich allein die §§ 9 (Rechte der Stände bei Feststellung des Militäretats) und 168 (Kammeretat und Rechnungen). Bei Beratung des letzteren griff v. Gramm mit Entschiedenheit den schon von der Kommission vertretenen Anspruch wieder auf, daß auch die Feststellung des Kammeretats unter ständischer Mitwirkung auf gleiche Weise erfolge wie die des Staatshaushaltsetats. Indessen wurde sein Antrag von der ersten Sektion nur mit geringer Stimmenmehrheit angenommen, von der zweiten zurückgewiesen¹⁾ und schließlich dem Anheingeben der Ausgleichskommission entsprechend von beiden Sektionen abgelehnt²⁾. Während das Wahlgesetz nur zu wenigen Ausstellungen Anlaß bot, rief der Entwurf der Geschäftsordnung eine mehrtägige Verhandlung über die Frage der Öffentlichkeit der Ständeberatungen und in deren Folge gleichfalls widersprechende Beschlüsse der Sektionen hervor, bis man übereinkam, von der Zulassung von Zuhörern in den Sitzungen der Stände einstweilen noch abzusehen, aber die Sitzungsprotokolle — allerdings ohne Nennung der Namen der Antragsteller und Redner — durch den Druck zu veröffentlichen³⁾.

Nachdem der gesamte Arbeitsstoff durchberaten war, trat eine neugewählte Kommission⁴⁾ mit den Mitgliedern des Ministeriums zum Zweck einer gütlichen Einigung über die letzten zurückgebliebenen Streitpunkte zusammen. Man verständigte sich bald; nach Eingang der Rückäußerungen der Regierung auf die Anträge der Landschaft nahmen die Stände am 3. Oktober 1832 die Plenarversammlungen wieder auf. Schon am 16. Oktober waren sie zum Abschluß gebracht. Ohne Zögern wurde noch am gleichen Tage zur entscheidenden Abstimmung geschritten. Landesgrundgesetz, Wahlgesetz, Geschäftsordnung, Finanz-

¹⁾ Auch jetzt berieten die Sektionen gemeinsam, doch stimmte eine jede für sich besonders ab.

²⁾ Das Nähere siehe in Anmerkung 2 zu § 168 der R. L.-O.

³⁾ Die sofortige Zulassung von Zuhörern fand man bedenklich, da zur öffentlichen Rede eine formelle, erst durch Übung zu erlangende Ausbildung gehöre, über deren Vorhandensein die künftige Ständeversammlung, zumal wenn sie in den ersten Finanzperioden alljährlich zusammentrete, allein zu urteilen imstande sein werde. Gegen die Veröffentlichung der Namen in den zu druckenden Protokollen war schon in der Kommission von gewichtiger Seite (Hettling) geltend gemacht, daß sie der Eigensucht, die auch in der Regel Servilismus und verkehrten Liberalismus erzeuge, das Feld eröffne, um sich nach Umständen in der einen oder anderen Farbe zu zeigen, wogegen die Scheu vor dem öffentlichen Reden manches gebiegene Urtheil erstickt und die Rücksicht auf äußere Verhältnisse viele abhalten werde, sich so frei und unbefangen wie unter Kollegen vor dem gesamten Publikum zu äußern. — Es sind demgemäß in den gedruckten Sitzungsprotokollen die einzelnen Redner nur mit den verschiedenen Buchstaben des Alphabets bezeichnet, und zwar unter einer fortlaufenden Reihenfolge der letzteren, die der Zeitfolge des Vortrages eines jeden Ständemitgliedes in der betreffenden Sitzung entsprach. Bei dieser Einrichtung ist es dann bis zum Jahre 1848 geblieben.

⁴⁾ Sie wurde am 15. September 1832 eingesetzt und bestand aus den Abgeordneten Bruns, v. Plessen, v. Gramm-Sambleben, Günther, Hettling und Bode.

nebenvertrag, die Gesetze über Organisation der Kammer, der Steuerdirektion, des Finanzkollegiums, der Kreisdirektionen und der Ministerialkommission, endlich das Zivilstandsdienstgesetz — sämtlich ein und derselben Schlußabstimmung unterstellt — fanden einstimmige Annahme. Das Präsidium ward ersucht, diesen Beschluß zur Kenntnis der Landesregierung zu bringen und dabei die Dankesgefühle auszusprechen, von denen die Ständeversammlung dem Herzog gegenüber wegen der huldvollen Berücksichtigung ihrer Wünsche durchdrungen sei. Einige Tage vergingen noch mit Feststellung der nötigen Übergangsbestimmungen; man verständigte sich dahin, daß bis zur Eröffnung der neuen Ständeversammlung die beiden Sektionen der Landschaft die Rechte der künftigen Versammlung, und zwar unter den noch bestehenden Formen, der engere und größere Ausschuß aber die dem künftigen Ausschuß obliegenden Befugnisse ausüben sollten, und man ermächtigte die Regierung, den Staatshaushaltsetat für das Jahr 1833, jedoch ohne Erhöhung der bisherigen Steuern, in der durch die neue Landschaftsordnung und den Finanznebenvertrag vorgeschriebenen Form aufzustellen und zu vollziehen. Der engere und der größere Ausschuß ward durch Neuwahlen ergänzt, der Landtagsabschied von einer Kommission entworfen und von der Landschaft genehmigt. Am 12. Oktober 1832 fand darauf der feierliche Schluß des Landtages statt. Im Bevernischen Schloß richtete nach Verlesung des Landtagsabschiedes der Präsident v. Plessen an den Herzog eine Ansprache, in welcher nochmals der Dank für das den Ständen entgegengebrachte landesväterliche Wohlwollen abgestattet und auf die hohe Bedeutung der neuen Landschaftsordnung hingewiesen wurde. „Wir überliefern sie“, heißt es in dieser Rede, „dem billigen Urteile der Mit- und Nachwelt, wohl wissend und es niemals verkennend, daß alles an der Hand der Erfahrung reift und die bessernde Zeit überall nachhelfen und ergänzen muß. Der Augenblick ist gekommen, in welchem wir von einer lieben, zum Teil Jahrhunderte hindurch gedauert habenden Gewohnheit scheiden, und in dieser Form erscheinen Höchstherrliche Stände nicht wieder . . . Mögen unsere Nachkommen das beste Vermächtnis, was wir ihnen überlassen, treu bewahren!“ Und mit einem Ausblick in die Zukunft, der vorschauend eine lange Reihe von Jahren umfaßt hat, durfte der Herzog Wilhelm seine Erwiderung schließen. „Sie kehren nun in Ihre Heimat zurück, und die alte Form schwindet, wenn Ihre Versammlung sich auflöst, aber in welcher Gestalt auch künftig die Abgeordneten dieses Landes sich um mich vereinigen mögen, Ich weiß, daß Ich die alte Gesinnung, die alte Treue wiederfinden werde.“

So war denn aus der revidierten Landschaftsordnung eine wirklich neue Landschaftsordnung geworden und aus der Landschaftsordnung, wenn nicht dem Namen — darin hatte die Abneigung an Höchster Stelle nicht überwinden werden können —, so doch der Sache nach eine „neumobige Verfassung“ nach Art der in anderen deutschen Ländern kürzlich entstandenen. Allmählich und zögernd, ohne jeden „momentanen Einschnitt“ hat sich die Wandlung vom alten Patrimonialstaat über die Zwischenstufe der E.-L.-D. hinweg zum modernen Rechtsstaate mit der Ministerverantwortlichkeit und dem

ständischen Recht der Budgetbewilligung vollzogen. Zwar hat auch in der N. L.=D. die Zusammensetzung der Ständeversammlung noch starke Anklänge an die alte ständische Gliederung, aber sie war doch auf eine breitere Grundlage gestellt, neben dem großen Grundbesitz die Bauernschaft zu ihrem Rechte gekommen und neben beiden Handel und Gewerbe nicht länger unvertreten geblieben. Wenn der Ständeversammlung durch die Bestimmungen über Wahlrecht und Wählbarkeit ein ausgesprochen konservativ-plutokratischer Anstrich gegeben war, so ist die N. L.=D. auch darin eben nur ein Kind ihrer Zeit geblieben, aber in Beziehung auf die Rechtsstellung, die sie den Ständen einräumt, darf sie wohl als eine der liberalsten der damaligen und mancher späteren Verfassungsurkunden angesehen werden. Es mag hier nur erinnert sein an die Bestimmungen, welche in Beziehung auf die Unabhängigkeit der Gerichte und die verfassungsmäßigen Grundrechte der Untertanen die Landstände geradezu als Wächter der Gesetze hinstellen (§ 103, 107), an die jedes vernünftige Maß eigentlich überschreitende Gebundenheit der Regierung in Beziehung auf die Verwaltung des Staatsgrundvermögens einschließlich des Kammergutes, insofern ohne Zustimmung der ständischen Vertretung kein Ar verkauft, kein Quadratmeter verlassener Straßenstrecke vertauscht, keine Wegegerechtigkeit an einem herrschaftlichen Grundstücke bestellt werden kann, an die weitgehende Zuständigkeit des Ausschusses und an das innerhalb gewisser Grenzen der Ständeversammlung belassene Konvocationsrecht. Durch die Gesetzgebung des neuen Deutschen Reiches ist manche Bestimmung unseres Landesgrundgesetzes beseitigt, hier und da hat auch die Landesgesetzgebung die allgemeinen Grundzüge, die die neue Landschaftsordnung ihr verschiedentlich vorzeichnet, verlassen müssen, und die Zusammensetzung der Landstände ist wiederholt umgestaltet, wie es der Wechsel der Zeit erforderte. Im großen und ganzen aber wird man sagen dürfen, daß die braunschweigische Landesverfassung, obwohl mehr als ein halbes Jahrhundert seit ihrer Entstehung vergangen ist, allen billigen Ansprüchen auch jetzt noch hinreichend Rechnung trägt, daß die Machtverteilung zwischen den beiden staatlichen Gewalten — der Landesregierung und der Landesvertretung — in wohlbedachter Weise durch sie geordnet ist und daß es nicht leicht sein würde, Besseres an ihre Stelle zu setzen.

§ 5.

Die späteren Änderungen der Neuen Landschaftsordnung¹⁾.

I. Das erste Jahrzehnt nach Erlass der neuen Landesgrundgesetzes war bis auf seine letzten Zeiten in leidlichem Einvernehmen zwischen Landesregierung und Landesvertretung verlaufen. Eine Reihe wichtiger Landesgesetze —

¹⁾ Über die Verhandlungen, die zur Ergänzung der N. L.=D. durch das Gesetz, die ohne besondere ständische Zustimmung zulässigen Veränderungen mit dem Grundvermögen des Kammergutes und des vereinigten Kloster- und Studienfonds betreffend, vom 20. Dezember 1834, sowie durch das — zum Teil auch abändernde — Gesetz,

die in ihren Wirkungen so wohlthätigen Ablösungs- und Gemeinheitsteilungsordnungen, die erste Städteordnung, ein umfassendes Kriminalgesetzbuch — hatte die Zustimmung der Landstände gefunden, der Bau der ersten Eisenbahnen war in die Wege geleitet und nach zeitweiligem Steuerverband mit Hannover der Anschluß an den preussischen Zollverein vollzogen. Aber es hatte von vornherein doch nicht an gewissen Reibungsflächen zwischen den beiden staatlichen Gewalten gefehlt. Die Streitfragen beschränkten sich anfänglich auf die Ordnung des Finanzwesens, griffen jedoch bald genug auf das politische Gebiet hinüber. Schon die Aufstellung der Etats für die erste Finanzperiode hatte die betrübende Gewißheit ergeben, daß die der Verständigung über den Finanznebenvertrag vorausgegangenen Berechnungen des vorausichtlichen Staatsbedarfs auf trügerischen Grundlagen beruhten; der erste Etatsvoranschlag schloß bereits mit einem Fehlbetrage ab. Auch die folgenden Jahre hatten mit finanziellen Verlegenheiten zu rechnen, denen die Stände durch wiederholte, dringende Anträge auf Einschränkungen der höheren Verwaltungsbehörden und auf Herabminderung des Militäretats¹⁾ abzuhelpen bestrebt waren. In beiden Hinsichten freilich ohne Erfolg. Namentlich erfuhren alle Versuche, in die Organisation des Heerwesens einzugreifen, von seiten der Regierung eine nachdrückliche Zurückweisung. Dieser nachhaltige Widerstand, sowie die beharrliche Ablehnung der auf Pressfreiheit und Öffentlichkeit der Landtagsverhandlungen gerichteten Anträge rief eine merkliche Verstimmung in den Kreisen der „Linken“ hervor, denen die leitenden Stellen durch die plötzliche Unterdrückung der liberalen „Deutschen Nationalzeitung“ sich ohnehin starker reaktionärer Neigungen verdächtig gemacht hatten²⁾. Die Spannung verschärfte sich, als nach Schluß des dritten ordentlichen Landtages, im Jahre 1842, die Regierung zwei durch ihr Verhalten in der Ständerversammlung ihr mißliebig gewordene, angesehene Staatsbeamte³⁾ auf andere Dienststellen unter Umständen versetzte, die nur die

betreffend die Übertragbarkeit der zu Bauten durch die Etats zur Verfügung gestellten Beträge, vom 1. Juli 1904, geführt haben, ist das Nähere bei der Erläuterung dieser beiden Gesetze selbst mitgeteilt.

¹⁾ Er belief sich schon in der ersten Finanzperiode auf 337 000 Taler bei einer Kopfstärke des braunschweigischen Kontingents von 2000 Mann.

²⁾ Die freisinnige Oppositionspartei segelte durchweg im Fahrwasser des französischen Liberalismus, dessen Theorien namentlich durch Rottke in Deutschland weite Verbreitung gefunden hatten. Das anerkannte Haupt der Partei im Landtage, persönlich deren gemäßigteren Richtung angehörend, war damals R. Steinacker (Advokat in Holzminden, 1843 Präsident der Ständerversammlung, gestorben 1846), einer der bedeutenderen Publizisten jener Zeit, ein hochsinniger und warmherziger Politiker, wegen der Lauterkeit seines Charakters überaus geachtet. Der radikalere Flügel der Linken stand unter der Führung Hollandts (Advokat in Braunschweig) und seines radikalen Gesinnungsgenossen Stolle (Kaufmann in Holzminden).

³⁾ Den Kreisdirektor, späteren Minister v. Beylo, welchem demnächst auch bei Beginn des vierten ordentlichen Landtages die Bestätigung zum Präsidenten der Landversammlung versagt wurde, und den Justizamtmann, nachmaligen Oberbürgermeister Caspari. Sie hatten bei den Verhandlungen über Aufhebung des Steuerverbandes mit Hannover gegen die Regierung votiert.

Deutung einer beabsichtigten Bestrafung zuließen. Unter dem frischen Eindruck dieser Maßregelungen erfolgten die Neuwahlen des Jahres 1842 die der Ständeversammlung bisher angehörigen Staatsdiener größtenteils durch Abgeordnete in unabhängiger Stellung und von entschieden freisinniger Färbung, so daß die Regierung fortan mit einer an Zahl und Bedeutung erheblich verstärkten Gegnerschaft zu rechnen hatte, während ihr zugleich auf konservativer Seite eine zuverlässige Stütze nicht zur Verfügung stand. Am wenigsten in der Ritterschaft, die, mit dem freieren Zuge der neueren Gesetzgebung wenig zufrieden und gereizt durch die entschiedene Abweisung, welche ihrem Begehren der Wiederherstellung ihrer alten korporativen Rechte und Freiheiten trotz ihrer Immediat-eingaben an den Herzog selbst zu wiederholten Malen widerfahren war, das Ministerium offen befehdete und, soweit in der Ständeversammlung vertreten, keineswegs abgeneigt schien, zu dessen Sturze¹⁾ selbst mit der radikalen Seite des Hauses engere Fühlung zu nehmen.

Doch verlief der nächste Landtag (1842 bis 1845) glimpflicher, als man hätte erwarten sollen. Es fehlte zwar wiederum nicht an scharfen Angriffen gegen die Staatsverwaltung, man unterzog den Militäretat der abfälligen, in einigen Hinsichten wohl nicht unberechtigten Kritik, forderte den sofortigen Erlaß eines Gesetzes über das Normaldienstesinkommen und die Pension der Offiziere und Militärbeamten, und man setzte eine besondere Kommission ein zur Prüfung der Frage, wie unbeschadet der landesfürstlichen Militärhoheit und der Bundesbeschlüsse Ersparnisse im Militärwesen in Zukunft zu ermöglichen seien. Aber ein von ritterschaftlicher Seite ausgehender Antrag auf Abstrich einer namhaften Summe vom Militäretat ward doch abgelehnt, und als sich am Schluß der Finanzperiode wieder einmal eine ansehnliche Fehlsomme (230 000 Taler) des Staatshaushaltsetats ergeben hatte, verständigte man sich mit dem Ministerium dahin, sie durch Einschränkungen der laufenden Amortisation der Kammer-schulden, durch stärkere Inanspruchnahme der Hauptfinanzkasse und durch Zurückstellung einiger schon verwilligter Ausgaben für Bauten zu decken (Landtags- abschied vom 6. Mai 1845, Nr. 21, Art. 4).

Allein die politischen Gegensätze blieben unausgeglichen. Überall in den deutschen Landen war um diese Zeit die Gärung im Wachsen begriffen; die Führer der radikalen Partei trugen Sorge dafür, daß sie auch im Herzogtum nicht zum Stillstand kam. So bedurfte es denn auf dem Landtage von 1846 eines verhältnismäßig recht geringfügigen Anlasses, um einen „Verfassungskonflikt“ heraufzubeschwören. Die Streitpunkte²⁾ bildeten der Abschluß einer Stappentkonvention mit Preußen, die nach Ansicht der Stände ihrer Genehmigung bedurft haben würde, und einige Ansätze des Militäretats, deren Bewilligung versagt worden war. Als nach Schluß des Landtages die Regierung einseitig ein Finanzgesetz erließ, das sich übrigens nur auf die von der Ständeversamm-

¹⁾ Wenigstens der beiden Minister v. Schleinitz und Schulz. Der Vorsitzende des Ministeriums, Staatsminister (und Oberjägermeister) Graf v. Belthheim, führte nur dem Namen nach die Leitung der Geschäfte.

²⁾ Näheres über Anlaß und Verlauf dieser Vorgänge s. § 185, Anm. 3.

lung anerkannten Etatposten beschränkte, erblickte die Mehrheit des ständischen Ausschusses darin nicht nur der Form, sondern auch der Sache nach eine offenkundige Verfassungsverletzung. Es wurde ernstlich erwogen, ob nicht auf Grund des § 113, 2 der N. L.-O. vom Konvokationsrecht zum Zweck der Erhebung einer Ministeranklage Gebrauch zu machen sei, allein nach längerem Schwanken beschied man sich, alle weiteren Schritte dem nächsten ordentlichen Landtage vorzubehalten. Ehe jedoch dessen Zeit gekommen war, sah sich die Landesvertretung unvermutet zu höheren und umfassenderen Aufgaben in Anspruch genommen.

Denn die stürmische Bewegung, welche nach Ausbruch der Februarrevolution in Paris die deutschen Gebiete ergriff und die Leidenschaften des Volkes bis in ihre Tiefen erregte, nötigte alsbald die Regierung, einen außerordentlichen Landtag zu versammeln. Der Tag der Eröffnung, auf den 25. April bestimmt, ward schon wenige Tage nach dieser Bekanntmachung auf den 31. März festgesetzt. In seiner Thronrede begründete der Herzog die Beschleunigung des Verfahrens damit, daß er im festen Vertrauen auf die Biederkeit und Besonnenheit seiner Braunschweiger nicht habe länger zögern wollen, dem Lande die wichtigsten politischen Rechte zu verleihen. Als solche hatte schon die Einberufungsverordnung Freiheit der Presse, öffentliche und mündliche Rechtspflege, Geschworenengerichte, Öffentlichkeit der landständischen Verhandlungen und allgemeine Landesbewaffnung in Aussicht gestellt. Die Antwort der Stände auf die Thronrede nannte unter den Wünschen, die, wie in ganz Deutschland, auch hier im Lande laut geworden und als Wirkgschaft, wie als Ergebnis einer freien Verfassung anzusehen seien, den Erlaß eines neuen Wahlgesetzes. Die Regierung kam diesem Anliegen bald nach Eintritt der Vertagung des Landtages mit dem Bemerken nach, daß die zu gewärtigende Umgestaltung des Deutschen Bundes mit ihren Folgen wohl selbst die Vereinbarung eines neuen Landesgrundgesetzes bedingen werde, daß aber zu einer solchen Aufgabe die gegenwärtige Versammlung nicht berufen erscheine. Zugleich brachte sie den Entwurf eines die Zusammensetzung der Landschaft ändernden Gesetzes ein. Beide Vorlagen wurden alsbald von der zu diesem Zwecke um zwei Mitglieder verstärkten Justizkommission in Beratung genommen¹⁾.

Der Gesetzentwurf, die Zusammensetzung der Versammlung der Abgeordneten des Landes und des Ausschusses derselben betreffend, läßt die Abgeordnetenversammlung bestehen aus 13 Vertretern der Städte und 25 der Landgemeinden. Die Städte bilden 7, die Landgemeinden 13 Wahlbezirke. Die Hälfte sämtlicher Abgeordneten kann frei gewählt werden — und zwar nach den Bestimmungen des Wahlgesetzes durch indirekte Wahlen, bei denen zur Wahl der Wahlmänner

¹⁾ Die Mitglieder der Kommission waren: v. Campe (der spätere Staatsminister, damals Obergerichtsrat), Triepß (Advokat in Braunschweig, Führer der „gemäßigten Linken“, seit 1851 Obergerichtsrat in Wolfenbüttel und als solcher wiedergewählt, bekanntlich zuletzt Justiz- und Kultusminister), Hollandt (mit Triepß vom ständischen Ausschuss im März 1848 als Vertrauensmann zum Vorparlament nach Frankfurt entsandt, auch Mitglied der Nationalversammlung), Haase und Stolle. Hinzuge treten waren: v. Gramm-Samleben und Mansfeld.

jeder volljährige männliche Landeseinwohner in seiner Gemeinde oder seinem Wahlkreise zugelassen, und als Wahlmann in den Städten jeder stimmberechtigte Bürger, in den Landgemeinden jeder stimmberechtigte Eigentümer oder lebenslängliche Nutznießer eines Wohnhauses wählbar ist. Für die andere Hälfte der Abgeordneten werden besondere Voraussetzungen der Wählbarkeit erfordert, in den Städten: Mitgliedschaft des Magistrats oder Betrieb von Handel, Gewerbe, Ackerbau, auf dem Lande: Grundbesitz, dort wie hier zugleich aber: Zugehörigkeit zu den Höchstbesteuerten, also diejenigen Voraussetzungen, die die R. L.-D. für die Wahlen der städtischen und ländlichen Abgeordneten allgemein aufgestellt hatte.

Die Kommission empfahl zunächst, die beiden vorgelegten Gesetze nur als provisorische zu erlassen und darüber, welche Bestimmungen erforderlich seien, um die für die hohe Stellung der Abgeordneten geeigneten Männer zu ermitteln und deren Wahl, soweit gesetzlich möglich und überhaupt zulässig, zu sichern, den Ausdruck des Volkes durch neue Wahlen zu veranlassen. Weitere Anträge gingen dahin, direkten Wahlen den Vorzug zu geben, die in den Entwürfen beibehaltenen Wahlen von Stellvertretern der einzelnen Abgeordneten zu beiseitigen und für sämtliche Abgeordneten die nämlichen Eigenschaften als Voraussetzung der Wählbarkeit zu erfordern, so jedoch, daß bei der Hälfte der Abgeordneten die Wahlberechtigung nur auf die Höchstbesteuerten beschränkt werde¹⁾. In der Beratung der Ständeversammlung entspann sich über den letzteren Antrag der Kommission ein Kampf, der fast zwei volle Sitzungstage andauerte, aber mit der Annahme des Vorschlages endete. Zugleich beschloß man im Verfolg eines Antrages v. Gramms, die Zahl der Abgeordneten von 38 auf 54 zu erhöhen, von denen 20 in zehn städtischen und 34 in 18 ländlichen Bezirken zu wählen seien, so daß in jedem Bezirk, mit Ausnahme der Ämter Walkenried und Thedinghausen, die Wahl von zwei Abgeordneten — und zwar eines von ihnen durch die Höchstbesteuerten —, in den beiden genannten Ämtern aber eines frei zu wählenden Abgeordneten erfolgen solle. Wenige Tage nach diesen Beschlüssen, am 22. August 1848, legte das Ministerium eine neue Redaktion des Gesetzes über die Zusammensetzung der Landesversammlung, in welcher sämtliche Änderungsanträge bis auf einige unwesentliche Abweichungen in der Fassung Aufnahme gefunden hatten, und ein in Übereinstimmung damit auf der Grundlage direkter Wahlen neu ausgearbeitetes Wahlgesetz der Ständeversammlung vor. Die erstere dieser beiden Vorlagen fand am 25. August einstimmige Annahme, während das Wahlgesetz, im Fortgang der Beratung nochmals an die Kommission zurückverwiesen und von der Regierung abermals nach Maßgabe der Kommissionsbeschlüsse umgestaltet, in der Sitzung vom 1. September 1848 die Zustimmung der Ständeversammlung mit allen gegen eine Stimme erhalten hat. Beide

¹⁾ Eine Minderheit der Kommission, geführt von v. Gramms-Sambleben, schlug dagegen vor, insofern an die Vorlage sich anlehnd, die Hälfte der Abgeordneten nicht von, sondern aus den Höchstbesteuerten wählen zu lassen.

Gesetze sind unterm 11. September 1848 (Gesetz- und Verordnungsammlung Nr. 43 und 44) als provisorische veröffentlicht.

II. Der Landtag, welchem die endgültige Vereinbarung der Verfassungsgesetze vorbehalten war — der sechste ordentliche Landtag —, ist hervorgegangen aus den Wahlen, die auf Grund des provisorischen Wahlgesetzes vom 11. September 1848 alsbald vollzogen waren. Wenn der Ausfall dieser Wahlen einen zutreffenden Maßstab für das Urtheil über den Wert des allgemeinen Wahlrechts abgeben könnte, so würden alle Einwendungen dagegen verstummen müssen, insofern auch bei derjenigen Hälfte der Abgeordneten, die nicht von den Höchstbesteuerten zu wählen war, die Wahlen, namentlich in den ländlichen Bezirken, sich vielfach auf erprobte höhere Beamte lenkten, die ihre Unabhängigkeit der Regierung gegenüber durchaus zu wahren wußten, zugleich aber bei den zahlreichen und wichtigen Aufgaben des Landtages sich als Arbeitskräfte außerordentlich brauchbar erwiesen. Die Ständeverammlung vereinigte in sich eine seltene Fülle von Talent und Wissen, und es ist bewundernswert, was sie in jenen unruhigen Jahren in ernster, hingebender Tätigkeit geleistet hat. Von so mancherlei von geringerer Bedeutung abgesehen, mag hier nur Erwähnung finden die vollständige Umgestaltung der Gerichtsverfassung, eine Zivil- und Strafprozeßordnung, die von der deutschen Rechtswissenschaft uneingeschränkt als mustergerichtlich anerkannt worden sind, die Neuorganisation der Landesverwaltung, einschließlich der Finanz-, Eisenbahn- und Postverwaltung, die revidierte Städte- und Landgemeindeordnung, Wege- und Wassergesetze, Einführung der Grundsteuer, Neuordnung der Wehrpflicht, auf dem Gebiete des Kultus endlich die Gesetze über die Einrichtung von Kirchenvorständen und über die Gemeindegemeinden.

Am 19. Dezember 1848 war der Landtag zusammengetreten. In einer kurzen Ansprache hatte der Herzog darauf verwiesen, daß er bei dem Erwachen eines neuen Geistes für die Einigung Deutschlands sich offen demselben angeschlossen und seinerseits die dem Lande gemachten Verheißungen größtenteils schon erfüllt habe, nunmehr aber auch von der Versammlung die gewissenhafteste Achtung wohlervorbener Rechte und gesetzlich bestehender Vorschriften erwarte: nicht im Umsturz, sondern in angemessener Umgestaltung des Bestehenden liege der wahre Beruf der Gegenwart; eine geregelte freie Entwicklung und die fortschreitende Wohlfahrt aller sei das Ziel seiner Bestrebungen. Dankbar erkannte auch die Abgeordnetenversammlung an, daß ihr Fürst durchweg dem Geiste huldige, der dem großen deutschen Vaterlande eine schönere Zukunft verheiße. Eine Verfassung, welche die wahre Freiheit und Wohlfahrt des Volkes verbürge, indem sie es berechtige, bei seinen allgemeinen Angelegenheiten, Staatseinrichtungen und Gesetzen selbstthätig mitzuwirken und innerhalb der Schranken der Gesetze seine Angelegenheiten selbständig zu ordnen, sei das Ziel der Bestrebungen und Wünsche aller deutschen Volksstämme. „Auf diesen Grundlagen das Staatsgebäude, an dessen Spitze die Vorsehung Erw. Hoheit gestellt hat, umbilden und ausbauen zu helfen, ist die wichtigste Aufgabe, zu welcher Höchstdieselben uns berufen haben. Wir werden ihr unsere gewissenhafteste Sorgfalt und unseren regsten Eifer widmen, und indem wir dabei wohlervorbene

Rechte und verfassungsmäßige oder gesetzlich bestehende Vorschriften gebührend achten werden, wird Gerechtigkeit für alle unser leitender Grundsatz sein.“ (Erwiderung auf die Thronrede, 23. Dezember 1848.)

Einstweilen hatte freilich die Lösung dieser Aufgabe hinter dem Verlauf der Verfassungsberatungen im Frankfurter Parlament zurückzutreten. Als diese am 27. März 1849 glücklich zu Ende geführt waren, erkannte zugleich mit den Bevollmächtigten von 27 anderen Bundesstaaten auch die braunschweigische Regierung die Reichsverfassung nach den Beschlüssen der zweiten Lesung als für sie verbindlich an (Note vom 14. April 1849) und erklärte sich mit der Übertragung der erblichen Kaiserwürde auf den König von Preußen einverstanden. Der Landtag stimmte diesem Vorgehen einmütig zu¹⁾ und veranlaßte das Ministerium, den Text der Verfassung sofort durch amtliche Veröffentlichung zur Kenntnis des Landes zu bringen. Als kurz hernach (28. April 1849) Friedrich Wilhelm IV. die Annahme der Krone endgültig ablehnte und, um auf dem Wege gütlicher Verständigung mit den einzelnen Bundesstaaten die Verfassungsreform ohne Österreich durchzuführen, mit Sachsen und Hannover das Dreikönigsbündnis abschloß, trat die braunschweigische Regierung dem Bunde unverzüglich bei. In einer stürmischen Sitzung, die wegen des wüsten Lärmens auf der Galerie unterbrochen werden mußte, genehmigte in namentlicher Abstimmung der Landtag gegen die Stimmen der radikalen Linken den Beitritt zum Bündnis (3. August 1849²⁾) und ward dann zur Beruhigung der Gemüter bis zum 9. November vertagt.

Schon wenige Wochen nach der Beendigung der Frankfurter Verfassungsberatungen, am 12. Mai 1849, hatte die gesamte Linke die verheißene Reform der einheimischen Verfassung wieder in Fluß zu bringen gesucht, indem sie anheim gab, es möge das Staatsministerium um sofortige Vorlegung eines abgeänderten Landesgrundgesetzes und um Einbringung eines endgültigen Wahlgesetzes ersucht werden. Der Antrag war der Verfassungskommission überwiesen, die auf Grund mündlicher Abrede mit dem Geheimrat v. Schleinig nun den Entwurf eines neuen Staatsgrundgesetzes³⁾ ausarbeitete und ihn — am 14. September 1849 — dem Ministerium zugehen ließ.

¹⁾ Sitzung vom 17. April 1849. Schon früher, am 23. Dezember 1848, hatte er auf Schmidts Antrag die Wünsche des Landes dahin ausgesprochen, daß die Würde und Macht der Reichsgewalt, wie die innere Wohlfahrt Deutschlands nicht anders gewahrt werden könne, als wenn ein erbliches Haupt an Deutschlands Spitze trete und die preussische Krone, als die mächtigste Deutschlands, zur deutschen Krone erweitert werde.

²⁾ Der Antrag war von der „Kommission für die deutschen Angelegenheiten“ vorberaten und von deren Mehrheit (v. Campe, Schaper, Präsident der Versammlung, Landesgerichtsprokurator in Wolfenbüttel, Caspari und Triefs) befürwortet. Die Minderheit (Aronheim, Grassau II, Hollandt) hielt unter allen Umständen an der Frankfurter Verfassung fest, obwohl deren Durchführung sich schon als unmöglich erwiesen hatte, fürchtete auch — aus gutem Grunde, wie sich bald ergeben sollte —, daß die süddeutschen Staaten dem Dreikönigsbündnis fern bleiben würden.

³⁾ Auch den Entwurf eines Gesetzes über die Verantwortlichkeit der Minister, der sonstigen Staatsbeamten und der Mitglieder des ständigen Landesausschusses. —

Hier hielt man indes, wie bei den fortdauernden politischen Wirren kaum anders zu erwarten, den geeigneten Zeitpunkt für die Umgestaltung der Verfassung noch nicht für gekommen. Die Verfassungskommission erhielt den kurzen Bescheid, es werde alles Weitere vorbehalten bleiben müssen, bis „die allgemeinen deutschen Verhältnisse sich näher entwickelt hätten“ (Rückschreiben vom 2. Oktober 1849). In dieser Zurückhaltung ließ das Ministerium sich auch weder durch erneute, dringende Eingaben der Kommission, noch durch einen im gleichen Sinne gefaßten Beschluß des Landtages selbst (Sitzung vom 17. November 1849) beirren. Ein volles Jahr und darüber verging, ehe die Regierung sich entschloß, an die Erledigung der Verfassungsreform heranzutreten. Inzwischen hatte in Deutschland die öffentliche Lage von Grund aus sich geändert. Die so hoffnungsfreudig eingeleitete Einheitsbewegung war kläglich in die Brüche gegangen, Preußen in Ulmitz unter russischem Drucke vor Oesterreich zurückgewichen und die alte Bundesherrlichkeit zu Frankfurt in voller Wiedererstehung begriffen. Dem politischen Kaufsehe folgte die unausbleibliche Ernüchterung, den Umsturzgelüsten des souveränen Volkes der Rückschlag der neu erstarkenden Herrschergewalten. Durchgreifende Abänderungen der N. L.-O., wie sie bei Eröffnung des außerordentlichen Landtages von 1848 im Hinblick auf die erwartete Beseitigung der bisherigen Bundesverfassung vorbehalten waren, kamen unter solchen Umständen nicht ferner in Betracht; genug, wenn in bezug auf die Zusammensetzung des Landtages und hinsichtlich des Wahlverfahrens ein gemäßigter Fortschritt gegenüber den verwickelten Bestimmungen des Landesgrundgesetzes und des Wahlgesetzes sich noch erreichen ließ.

Am 20. Dezember 1850 war der Landtag wieder einmal vertagt worden. Im Laufe dieser Vertagung, unterm 23. März 1851, ließ das Ministerium dem ständischen Ausschusse den Entwurf eines Gesetzes über die anderweite Zusammensetzung der Landesversammlung nebst dem eines Wahlgesetzes zur Überweisung an die eingesetzte Verfassungskommission ¹⁾ zugehen.

Der Entwurf des „Staatsgrundgesetzes“, von Schmid herrührend, enthält eine Reihe von Ausführungsbestimmungen zu den „Grundrechten des deutschen Volkes“ und wiederholt eine große Zahl der Paragraphen der N. L.-O. im Wortlaut. Die erheblichsten Änderungen: einjährige Finanzperioden und somit auch jährliche Landtage, Zusammenziehung der Landesversammlung aus 39 Abgeordneten unter Fortfall der Stellvertreter, Einteilung des Landes in vier städtische und sechs (mit den Verwaltungskreisen zusammenfallende) ländliche Wahlbezirke, direkte Wahlen in öffentlicher Wahlhandlung mit mündlicher Abstimmung, in jedem Kreise nach drei Klassen gesondert. (1. Klasse: diejenigen Höchstbesteuerten, die zusammen zwei Drittel der aus dem Kreise zu zahlenden Einkommensteuer aufbringen; 2. Klasse: die übrigen Stimmberechtigten des Kreises; 3. Klasse: in den städtischen Wahlkreisen die vereinigten Gemeindevertreter mit mündlicher Abstimmung, in den ländlichen die vereinigten Amts- und Bezirksräte des Kreises.) Ferner: Erfordernis der Zustimmung des Landtages zu allen Gesetzen und folgeweise Einschränkung der Zuständigkeit des Ausschusses, Erklärung des Kammergutes zum Staatseigentum, Einsetzung einer Regentschaft nicht nur bei Minderjährigkeit des Landesherren, sondern in allen Fällen, wo dieser „in der Unmöglichkeit ist, zu regieren“.

¹⁾ Mitglieder derselben: v. Schmidt-Philadelph, Obergerichtsrat in Wolfenbüttel, später Oberstaatsanwalt, Triesch, v. Hohnhorst, Kreisdirektor in Braunschweig,

Der erstgenannte Gesetzesentwurf stellte die Zahl der Abgeordneten auf 43 fest, von denen 10 die Stadtgemeinden, 11 die Landgemeinden, 19 die Höchstbesteuerten, 3 die evangelische Geistlichkeit zu entsenden hatten. Der Entwurf des Wahlgesetzes ließ durchweg unmittelbare Wahl zu, beseitigte aber die nach dem Gesetz von 1848 stattfindenden allgemeinen Wahlen, indem er als Wahlkörper für die Abgeordneten der Städte die Mitglieder des Stadtmagistrats und die Stadtverordneten, für die der Landgemeinden die Amtsräte des Kreises einsetzte. Nach längeren Verhandlungen einigte sich die Kommission dahin, eine Dreiteilung der Abgeordneten der Höchstbesteuerten nach Grundbesitz, Gewerbe und Beruf in Vorschlag zu bringen und auf Beseitigung der Abgeordneten der Geistlichkeit zu dringen: es fehle ein innerer Grund für solche Bevorzugung, weil auch kein anderer Stand besonders vertreten sei; seien sie aber gedacht als Vertreter der Kirche, so müsse man einestheils auch den anderen anerkannten Religionsgenossenschaften eine Vertretung gestatten, andererseits aber den Einwand erheben, warum denn die aus der Gemeinschaft aller Gläubigen bestehende Kirche mit Ausschluß der Laien nur durch Wahlen ihrer Lehrer an der staatlichen Vertretung teilnehmen solle. Gegenvorschlag der Kommission: 42 Abgeordnete, von denen auf die Stadt- und Landgemeinden je 10, das Amt Thedinghausen 1 und auf die Höchstbesteuerten 21 Abgeordnete entfallen, von letzteren wiederum 7 auf die Großgrundbesitzer, 6 auf die größeren Gewerbetreibenden, 8 auf die „höheren wissenschaftlichen Berufsstände“¹⁾. Im Wahlgesetz wurde hauptsächlich die Art der Zusammenfassung der Wahlkörper in den Städten und Landgemeinden beanstandet und eine Änderung dahin gewünscht, daß für die Städte den Mitgliedern des Stadtmagistrats und den Stadtverordneten eine Anzahl Wahlmänner, doppelt so groß als die der Stadtverordneten, zur Seite trete, in den Landgemeinden die Wahlkörper aber durch Wahlmänner zu bilden seien, von denen jeder Gemeinderat einen aus seiner Mitte zu bestimmen habe. Eine Zusammenkunft, die am 25. August 1851 zwischen dem Ministerium und der Kommission stattfand, führte über die Art der künftigen Zusammenfassung der Landesversammlung völliges Einverständnis herbei. In klarer Erkenntnis und besonnener Würdigung der Sachlage begnügte sich die Kommission mit dem unter den obwaltenden Zeitumständen überhaupt Erreichbaren und fand in ihrem Bestreben, alle wesentlichen Streitfragen aus dem Wege zu räumen, ehe die Vorlagen in der Versammlung zur Beratung kamen, jedes wünschenswerte Entgegenkommen. So gab sie denn ihren bisherigen Widerstand gegen die Vertretung der Geistlichkeit bzw. der Kirche auf, und die Regierung willigte in alles übrige. Auch über die erheblicheren Fragen im Wahlgesetz verständigte man sich. Das Staatsministerium stellte auf Grund

Uhde, Schulrat in Braunschweig, Schaper, Hollandt und Schmid, Amtsassessor in Schöningen, zuletzt Präsident des Oberlandesgerichts in Braunschweig, 1884 Mitglied des Regentenschaftsrates. Dem letzteren war das Referat übertragen.

¹⁾ Der Kommissionsbericht vom 1. Oktober 1851 bezeichnet die Abgeordneten dieser Berufsstände als den „senatorischen Kern, der den übrigen Elementen der Vertretung zur Sammlung und sicheren Führung dienen könne“.

der getroffenen Vereinbarungen neue Entwürfe der beiden Geseze auf, und die Kommission erstattete darüber unterm 1. Oktober 1851 einen gründlichen, lichtvollen Bericht, der die leitenden Gedanken der Geseze näher darlegt, auf deren Einzelfragen ausführlich eingeht und das System des allgemeinen Wahlrechts unbedingt abweist. „Den Ausgangspunkt bildet die Grundanschauung, daß das zum Staate vereinigte Volk nach seiner wahren Existenz nicht unterschiedlose Masse, Gesamtheit der einzelnen ist, sondern organische Gliederung von Berufs- und örtlichen Gemeinschaften, wie sie auf dem Grund und Boden als ihrer allgemeinen Unterlage ruhen, und daß sich aus den verschiedenen Lebensstellungen eine verschiedene Gesinnung entwickelt. Indem das Volk repräsentiert wird, soll deshalb nicht der Wille der einzelnen Menschen im Staate, sondern das innewohnende Interesse eines jeden Standes, einer jeden Berufsstellung und die aus diesen verschiedenen Lebensrichtungen hervorgehende Eine Gesamtgesinnung zur Geltung gebracht werden. Erst vermittelt der Stände und örtlichen Verbände werden die einzelnen Personen vertreten, so jedoch, daß in jedem Stande und jeder Gemeinde alle Mitglieder, die genügende Bürgschaft der Unabhängigkeit und Beteiligung an der öffentlichen Ordnung gewähren, in selbstthätiger Weise näher oder entfernter an der Vertretung teilnehmen. Das ist das Ideal, dessen Verwirklichung der Entwurf angestrebt hat.“ Mit dem nachdrücklichen Hinweis auf die derzeitige Konstellation des politischen Horizonts wurde die unverweilte Annahme der Hauptgrundsätze der Vorlagen empfohlen.

Am 14. Oktober 1851 begann die Beratung, eingeleitet durch einen Vortrag des Ministers v. Schleinig, in welchem die Erfordernisse eines gesunden Repräsentationssystems gekennzeichnet, die Mängel der Gesetzgebung von 1848 hervorgehoben und die wesentlichen Unterschiede des neuen Gesetzentwurfs gegenüber den Bestimmungen der N. L.=O. erörtert wurden. Die Landesvertretung eines monarchischen Staates, heißt es in dieser Ansprache, habe, um den ihr anvertrauten Wirkungskreis würdig erfüllen zu können, zwei Hauptbedingungen zu genügen. Sie müsse zunächst in einem organischen Zusammenhange mit den übrigen Staatseinrichtungen stehen. Dieser Zusammenhang werde nach unten dadurch hergestellt, daß ein Teil der Vertretung aus den Gemeinden, diesen ersten Elementen des Staatslebens, hervorgehe, nach oben dadurch, daß ein Stand vorhanden sei, ebenbürtig oder nahestehend der Krone, getragen durch dasselbe Rechtsprinzip wie diese, nämlich durch Erblichkeit und gegründet auf das festeste aller konservativen Elemente, den großen Grundbesitz. Die zweite Bedingung sei die, daß die selbständigen und wesentlichen Grundlagen des Staates und die Träger des höheren Staatslebens, die „verschiedenen Interessen“ ihre gehörige Berücksichtigung finden — der größere Grundbesitz, der größere Handels- und Gewerbebetrieb, die geistige und religiöse Bildung. Denn es könne nicht genügen, nur die materielle Wohlfahrt und Macht zu fördern, die nur Mittel zu einem höheren Zwecke sein dürften, und der letzte Staatszweck sei „Gerechtigkeit und ein vollkommenes Leben“. Wo die Kleinheit des Gebietes und die fehlenden Elemente zu einer wahren Pairskammer ein Zweikammersystem unmöglich machten, vermöge man freilich nur eine sehr unvoll-

kommene Analogie dieser Einrichtungen ins Leben zu rufen, aber am wenigsten scheine das bestehende Provisorium zu einem angemessenen Ersatz derselben geeignet, und durchaus verwerflich sei die Beibehaltung der in jenem zugelassenen direkten Wahlen. „Diese Kopfzahlwahlen sind mit keiner Staatsverfassung bei den Verhältnissen, wie sie bei uns bestehen, auf die Dauer verträglich, am wenigsten aber mit der Monarchie. Wir wollen aber die Monarchie mit monarchischen Institutionen¹⁾. Wir sind nicht kurzichtig genug, um zu glauben, daß man einen Thron mit republikanischen Institutionen umgeben könne, ohne zu bewirken, daß er in den Abgrund der Revolution versinkt. Wir wollen aber auch die Kopfzahlwahlen um deswillen nicht, weil sie die Verfassung gefährden; in stürmischen Zeiten werden sie deren Umsturz herbeiführen und in ruhigen Zeiten nicht die Kraft dazu haben, sie zu erhalten.“ Auf Grund dieser Erwägungen und der Tatsache, daß die Gesetzgebung unter Voraussetzungen entstanden sei, die sich nicht erfüllt hätten, habe die Regierung zu der Ansicht gelangen müssen, daß die N. L. v. 1832 als Ausgangspunkt wieder aufzunehmen sei, da sie im wesentlichen den richtigen Grundsätzen und den Verhältnissen des Landes entspreche. Den Schluß der Rede bildet ein eindringlicher Appell an die Versammlung, zu einer Einigung die Hand zu bieten.

Die erste Lesung des Gesetzes über die Zusammensetzung der Landesversammlung endete mit der Annahme eines Antrages Caspari-Reuter (Braak), demnach die Landesversammlung zu bilden war aus 43 Abgeordneten, nämlich 10 der Städte, 12 der Landgemeinden, 18 der Höchstbesteuerten — unter Beiseitigung der Dreiteilung — und 3 der Kirche. Nachdem dann auch das Wahlgesetz in erster Lesung erledigt war, trat die Kommission zur Vorbereitung der zweiten Lesung wieder zusammen. Ihre Anträge brachten wesentliche Änderungen gegenüber den Beschlüssen der ersten Lesung in Vorschlag, indem sie durch Verminderung der ländlichen Abgeordneten um ein Mitglied und durch Vermehrung der Höchstbesteuerten um drei Mitglieder die Gesamtzahl der Abgeordneten auf 45 feststellten, die durch die Anträge Caspari-Reuter hinausgestamotierten Verurtheilten und höchstbesteuerten Gewerbetreibenden, jene mit sechs, diese mit fünf Abgeordneten, wieder einführten, für den Kreis Blankenburg die Wahl eines von den Höchstbesteuerten aller Klassen gemeinsam zu wählenden Abgeordneten vorschlugen und die höchstbesteuerten Grundbesitzer nach dem Wertertrage ihres Besitzes in zwei Klassen, eine jede zur Wahl von fünf Abgeordneten berechtigt, einteilten²⁾.

In der Beratung vom 5. November 1851 fanden die Anträge der Kommission Widerspruch nicht allein bei der radikalen Linken, sondern auch bei den

¹⁾ Eine nachdrückliche Abgabe gegenüber einer früheren, damals unwiderrprochen gebliebenen Meinung Hollandts (Sitzung vom 8. April 1848), die Monarchie sei nur dann für „einigermaßen gesichert“ zu halten, wenn sie sich mit republikanischen Institutionen umgebe.

²⁾ Letzterer Vorschlag ist von der Kommission damit begründet, daß er den Wünschen der ländlichen Abgeordneten entspreche und gewissermaßen eine historische Berechtigung habe.

Vertretern der Landgemeinden, denen die Anzahl der auf das flache Land entfallenden Abgeordneten im Vergleich zu denen der Städte und des großen Grundbesitzes zu gering bemessen schien. Der Staatsminister v. Schleititz nahm daher, indem er eine Verständigung mit der Landesversammlung auf Grund der Kommissionsanträge in Aussicht stellte, nochmals Gelegenheit, den Ernst der Lage zu betonen und selbst auf die Möglichkeit einer Stropierung der Verfassungsänderung mit Hilfe des Bundestages hinzuweisen. War doch eben erst in Kurhessen der reaktivierte Bundestag mit gewaffneter Hand, den „Straßbayern“, zur Herstellung des gesetzlichen Zustandes gegen die Stände vorgegangen! „Welche Entschließung E. Hoheit fassen werde, wenn die Versammlung die Vorlage ablehne — warnte der Minister —, wisse er zwar nicht, wohl aber könne er vorhersehen, daß alle verfassungsmäßigen Mittel würden angewendet werden, um die Vertretung des Landes in einer den Verhältnissen entsprechenden Weise zu ordnen, und wenn diese Mittel nicht ausreichten, könne die Regierung sich auch auf das Bundesrecht stützen; er wünsche aber nichts weniger, als daß die Notwendigkeit sich ergebe, diesen Weg zu betreten.“

Gleichwohl erfolgte die Annahme der einzelnen Gesetzesparagrafen nach Maßgabe der Kommissionsanträge nur mit einer nicht erheblichen Stimmenmehrheit (28 gegen 21 Stimmen), für die Kommission ein unabweisliches Gebot, zu der Schlußabstimmung über das Gesetz unter allen Umständen eine Vermittelung mit den Wünschen der widerstrebenden ländlichen Abgeordneten anzubahnen. Eine solche wurde auch, ohne namhafte Zugeständnisse zu bedingen, gefunden. Als man am 18. November 1851 zur Abstimmung über das Ganze des Gesetzes schritt, erklärte Renter-Braak für sich und namens einiger Freunde, die gleich ihm in der zweiten Lesung der Minderheit angehört hätten, daß sie dem Gesetze zustimmen würden, wenn den Landgemeinden noch ein Abgeordneter zugelegt, die Gesamtzahl der Landtagsmitglieder daher auf 46 erhöht werde. Der Staatsminister stellte die Genehmigung dieses Wunsches durch die Landesregierung in Aussicht; ein Versuch der äußersten Linken, unter Berufung auf Bestimmungen der Geschäftsordnung die nachträgliche Zulassung des Vermittelungsvorschlages abzuwenden, wurde vom Präsidenten abgewehrt und nach einer kurzen Unterbrechung der Sitzung dem Gesetz mit der bezeichneten Änderung in namentlicher Abstimmung durch 37 gegen 15 Stimmen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt. Am Tage darauf gelangte auch das Wahlgesetz, das übrigens nur der einfachen Stimmenmehrheit bedurfte, gegen 12 verneinende Stimmen zur Annahme. Beide Gesetze sind veröffentlicht unterm 30. November 1851 (Gesetz- und Verordnungsammlung Nr. 48 und 49).

III. Die ersten, noch schwächern unternommenen Versuche, die Grundlagen der Gesetzgebung vom November 1851 umzugestalten, beschränkten sich auf das Wahlgesetz und endeten mit völligem Mißerfolg. Zunächst ward auf dem 11. ordentlichen Landtage (1864) der Antrag eines Abgeordneten (Baumgarten-Hasselfelde) auf Einführung eines unmittelbaren Wahlrechts bei den Wahlen der Abgeordneten der Stadt- und Landgemeinden völlig, auch unter Verwerfung

einer von der staatsrechtlichen Kommission empfohlenen Einschränkung abgelehnt¹⁾ und drei Jahre später eine Wiederaufnahme des Antrages auf Zulassung zugleich des allgemeinen Wahlrechtes wiederum kurzerhand zurückgewiesen, obwohl bei der Beratung die Ansicht laut wurde, das Wahlgesetz sei so künstlich und kompliziert, daß sich „mit Ausnahme der zunächst mit der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten beschäftigten Personen wohl wenige Landeseinwohner finden lassen würden, die imstande seien, ein Examen über dessen Inhalt zu bestehen“ (Verhandlung vom 8. August 1867). Erst auf dem 14. ordentlichen Landtag bewog eine von Bewohnern des Herzogtums eingereichte Bittschrift um Erlass eines zeitgemäßen Wahlgesetzes die Landesversammlung, sich eingehender mit der Frage einer Änderung der bestehenden Gesetzgebung zu beschäftigen. Bei den Verhandlungen ergab sich eine starke Meinungsverschiedenheit vornämlich über den Wert des allgemeinen Wahlrechts, weshalb man sich (Sitzung vom 11. März 1873) damit begnügte, an die Regierung unter Abstandnahme von irgend welchen bestimmten Änderungsvorschlägen das ganz allgemein lautende Ersuchen zu richten, das Gesetz über die Zusammenfassung der Landesversammlung und das Wahlgesetz einer Revision zu unterziehen — ein Ersuchen, dem die Regierung schon im Herbst desselben Jahres durch Vorlegung zweier Gesetzesentwürfe Folge gab. Sie enthielten gegenüber dem bisherigen Verfassungsrecht tiefgreifende Änderungen. Ihre Grundlagen waren: Verminderung der Zahl der Abgeordneten auf 33 — begründet mit der Einschränkung des Wirkungsbereiches der Landesversammlung infolge der Errichtung des Deutschen Reiches —, Beseitigung der besonderen Vertretung der Kirche — begründet mit dem Erlass der Synodalordnung vom 31. Mai 1871 —, Wahl der Abgeordneten wie bislang zur einen Hälfte aus Land und Stadt nach den ungefähren bisherigen Verhältniszahlen, zur anderen Hälfte durch Höchstbesteuerter und wissenschaftliche Berufsstände — begründet mit der Notwendigkeit, in der Landesvertretung das erforderliche Ebenmaß zwischen den bewegenden und erhaltenden Kräften beizubehalten — und schließlich direktes allgemeines Wahlrecht bei allen Wahlen. Welch eine Wandlung hatte sich demnach in wenigen Jahrzehnten in den staatspolitischen Anschauungen der leitenden Kreise vollzogen! Auf dem Landtage von 1851 hatte der Minister von Schleinitz die entschiedenste Verwahrung gegen die republikanische Institution des allgemeinen Stimmrechts eingelegt, das die Monarchie in den offenen Schlund der Revolution hinabstürzen werde; jetzt war sein Nachfolger, der Staatsminister v. Campe, im Grunde seines Herzens keineswegs von weniger konservativer Sinnesart, der Ansicht, daß zwischen Massenwahlrecht und Massenherrschaft doch eine weite Kluft liege, die nicht leicht übersprungen werde, solange diejenigen Potenzen, denen die Masse naturgemäß folge — Besitz, gesellschaftliche Stellung, Bildung und Intelligenz —, ihr Übergewicht geltend zu machen verständen.

¹⁾ Die Gesetzesnovelle vom 3. August 1864, Nr. 47, ist der Hauptsache nach durch den Erlass des Gewerbesteuergesetzes vom gleichen Tage, Nr. 46, notwendig geworden.

Die zur Vorprüfung der Vorlagen eingesetzte Kommission¹⁾ war mit den Grundzügen der Gesetze zwar einverstanden, hatte aber im einzelnen eine große Reihe von Änderungsanträgen zu stellen. Da sie mit ihren Wünschen bei dem Ministerium keine ungünstige Aufnahme fand, so sah sie dem Beginn der Plenarberatungen mit guten Hoffnungen entgegen. Allein bevor noch die Weihnachtsferien der vertagten Landesversammlung zu Ende gingen, fanden die Neuwahlen zum Reichstage statt und brachten die unerfreuliche Überraschung, daß die sozialdemokratischen Stimmen auf 352 000, d. i. auf fast die dreifache Anzahl gegenüber den Wahlen von 1871, angewachsen waren. Mit diesem Ergebnis war das Geschick wenigstens des Wahlgesetzes von vornherein besiegelt. Die Bedenkllichkeiten des allgemeinen Stimmrechts erschienen mit einem Schlage in ein ganz anderes Licht gerückt und hatten die Freunde der Vorlage, selbst innerhalb der Kommission, zum größten Teil in deren entschiedene Gegner umgewandelt. Es lohnt nicht, die Einzelheiten der Verhandlungen weiter zu verfolgen. In erster Lesung des Wahlgesetzes fiel der entscheidende § 2 (direkte allgemeine Wahl) mit 29 gegen 16 Stimmen. Als dann das Gesetz über die Zusammenfassung der Landesversammlung an die Reihe kam, war sofort zu ersehen, daß die ausgedehnten und unfruchtbaren Beratungen über das Wahlgesetz die Teilnahme der Versammlung eigentlich erschöpft hatten und daß, nachdem jenes gefallen, auch in betreff des anderen Gesetzes keine Neigung vorhanden war, den bisherigen Bestzustand der einzelnen Interessentengruppen unnötigerweise ändern zu lassen. Der Ausfall der Abstimmungen war denn auch über die Maßen betrüblich. Zu § 1 der Vorlage, der die Zahl der Landesabgeordneten feststellte, wurde angenommen nur der Antrag der Kommission, laut dessen die Anzahl der Abgeordneten aus den Höchstbesteuerten auf 18 bestimmt wurde, alles andere, die Vorschläge der Regierung, die Anträge der Kommission, ein Antrag aus der Versammlung auf Wiederherstellung einer Vertretung der Kirche, ging in einer Reihe ablehnender Beschlüsse spurlos unter (Sitzung vom 3. Februar 1874). Auch der Versuch der Kommission, in zweiter Lesung ein annehmbares Ziel zu erreichen, erwies sich als verlorene Liebesmühe. War in erster Lesung bei der Frage, aus wieviel Abgeordneten der einzelnen Interessengruppen die Landesversammlung bestehen solle, ein Mehrheitsbeschuß nur in Beziehung auf die Zahl der Höchstbesteuerten erreicht, so geschah es jetzt nur hinsichtlich der Abgeordneten der Landgemeinden: das allgemeine Wahlrecht ward abermals verworfen und der im Wahlgesetz über das Wahlverfahren handelnde Abschnitt mit allen Kommissionsanträgen in einer Abstimmung beiseite geschoben. Auf das Schreiben der Landesversammlung, welches die trostlosen Ergebnisse des dreitägigen Nebekampfes der Regierung mitteilte, erwiderte das Staatsministerium unterm 22. März 1874, daß die Vorlagen durch die Beschlußfassungen zu hinfällig und lückenhaft geworden seien, als daß ihre Durchführung noch tunlich erscheine, und daß die Landesregierung daher mit dem

¹⁾ Mitglieder Schmid, Köpp und Müller, letztere Beiden Rechtsanwälte in Wolfenbüttel, Bantler, Kaufmann in Braunschweig, Hauckler, Rechtsanwalt in Braunschweig.

Vorbehalt, in späterer Zeit darauf zurückzukommen, sich genötigt sehe, beide Gesetzesentwürfe zurückzuziehen. Als dann ungeachtet dieses Vorbehaltes die Sache auf sich beruhen blieb, griff der Abgeordnete Haensler einige Jahre später, auf dem 16. ordentlichen Landtage, auf die letzten Verhandlungen zurück in dem Antrage (Sitzung vom 13. Dezember 1878), die Landesversammlung möge die Regierung ersuchen, die auf dem 14. ordentlichen Landtage unternommene Revision der Gesetzgebung über die Zusammensetzung des Landtages und über das Wahlgesetz im wesentlichen auf dem Grunde der früheren Vorlage und des Kommissionsberichtes der Landesversammlung von neuem in Angriff zu nehmen. Allein man trug gerechte Scheu, den Kampf aller gegen alle so bald wieder zu beginnen. Im Einverständnis mit der Ansicht der Kommission, daß wohl die Verbesserungsbefähigung der Verfassungsgesetze aus theoretischen Gründen anzuerkennen sein möge, die Erfahrung aber nachteilige Wirkungen der geltenden Bestimmungen bisher nicht dargetan habe, ging die Landesversammlung in ihrer Sitzung vom 17. Juni 1879 über den erneuten Reformversuch zur Tagesordnung über.

IV. Nachdem auf dem 19. ordentlichen Landtage das Gesetz, betreffend die Änderung der Wahlperioden der Landesversammlung und der Finanzperioden, vom 26. März 1888, Nr. 12, vereinbart war, wurde auf dem 22. ordentlichen Landtage eine gründliche Umgestaltung des Wahlgesetzes, sowie eine Änderung in der Zusammensetzung des Landtages zugunsten der Vertretung der Stadt Braunschweig von neuem in Anregung gebracht durch eine Petition der Bürgervereine und der Bezirksvereine zu Braunschweig. Sie ward auch von der Kommission des Landtages befürwortet. In der Erwägung inessen, daß die geplante Einführung einer allgemeinen Einkommensteuer im Herzogtum ohnehin eine Änderung des Wahlgesetzes und des Gesetzes über die Zusammensetzung der Landesversammlung herbeiführen werde, beschloß die Landesversammlung in ihrer Sitzung vom 14. Februar 1895, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen. Schon der nächste Landtag leitete eine Steuerreform des Landes nach dem Vorbilde Preußens in die Wege. Das Gesetz vom 16. April 1896 hob die Personalsteuer auf und ersetzte sie durch eine allgemeine Einkommensteuer; der Erlaß eines Gemeindeabgabengesetzes und eines Ergänzungsteuergesetzes wurde vorbehalten und von der Regierung die Durchführung der neuen Besteuerungsart in der Weise zugestanden, daß von der Grund- und Gewerbesteuer bei Fortfall der bisherigen Steuererlasse, sowie der Überweisungen von Staatseinnahmen an Kreise und Gemeinden 75 Proz. als Staatssteuern außer Hebung gesetzt und in entsprechendem Maße den Gemeinden als Steuerquellen überwiesen werden sollten. Da die bisherige Zusammensetzung des Landtages mit dem bestehenden Steuerhystem eng zusammenhing, indem ein Teil der Abgeordneten ihr Amt lediglich dem zu zahlenden Höchstmaß von Grund- und Gewerbesteuer verdankte, so war mit einer so wesentlichen Umgestaltung der staatlichen Besteuerungsordnung die Notwendigkeit auch einer Änderung in der Zusammensetzung der Landesversammlung unabweislich gegeben. Unterm 3. November 1898 legte demnach die Regierung dem Landtage den Entwurf eines Gesetzes, betreffend

Änderung der Gesetzgebung über die Zusammensetzung der Landesversammlung, sowie eines Gesetzes, betreffend Änderung des Wahlgesetzes, zur Beratung vor. Hinsichtlich der einzuführenden Neuerungen hatte sie sich in beiden Gesetzen, von den Schwierigkeiten ausgehend, auf die alle seit 1851 unternommenen Änderungsversuche gestoßen waren, auf das unumgänglich Notwendigste beschränkt. Nach der ersterwähnten Vorlage hatten die Wahlkörper der höchstbesteuerten Grundbesitzer, Gewerbetreibenden und wissenschaftlichen Berufsstände nur je einen Abgeordneten weniger zu wählen, und es waren die hierdurch frei werden den drei Sitze für Abgeordnete aus der Zahl der höchstbesteuerten Einkommensteuerpflichtigen bestimmt. Die übrigen Änderungen betrafen hauptsächlich die Verteilung der Abgeordneten der höchstbesteuerten Grundbesitzer auf die beiden Klassen und die Zusammensetzung der Wahlkörper. Im Entwurf des Wahlgesetzes war unter anderem die nach den bisherigen Bestimmungen bei den Wahlen der Abgeordneten der Landgemeinden stattfindende doppelte Wahlmännerwahl beseitigt, der Wahlkörper der Berufsstände durch Erhöhung des zur Wahl berechtigenden Dienst- oder Berufs-Mindesteinkommens auf 4500 Mk. erheblich eingeschränkt, das zu der Wahl der höchstbesteuerten Einkommensteuerpflichtigen befähigende Einkommen in der Stadt Braunschweig auf mehr als 12 500 Mk., im übrigen Herzogtum auf mehr als 10 000 Mk. festgesetzt, für unentschuldigtes Ausbleiben im Wahltermin eine Geldstrafe eingeführt und an Stelle der bisherigen Stimmabgabe zu Protokoll geheime Wahl mittels verschlossener Stimmzettel gesetzt.

Die beiden Vorlagen riefen in der Landesversammlung eine allgemeine Enttäuschung hervor. In Beziehung auf die anderweite Zusammensetzung des Landtages war man von vornherein allseitig darüber einig, daß der Vorschlag der Regierung — Einreihung eines besonderen Wahlkörpers der höchstbesteuerten Einkommensteuerpflichtigen in das alte System unter sonst nahezu unveränderter Beibehaltung des letzteren — nicht als annehmbar erscheinen könne. Bei dem Wahlgesetz wurde mit gleicher Entschiedenheit die Beibehaltung der Bestimmung, die bei den Wahlen der Abgeordneten der Stadt- und Landgemeinden den Wahlkörper aus dem Magistrat und Stadtverordneten, bzw. dem Gemeindevorsteher und Gemeinderat nebst einer festgesetzten Anzahl von Wahlmännern zusammensetzte, beanstandet, von manchen Seiten auch Einführung direkter Wahlen als wünschenswert hingestellt. Im einzelnen gingen aber die Ansichten namentlich hinsichtlich der Zusammensetzung des Landtages je nach der Verschiedenheit des politischen Standpunktes, wie auch der Berufs- und Standesinteressen weit auseinander. Durchdrungen vom Bewußtsein der Notwendigkeit, schon im Hinblick auf die Aufrechterhaltung der eben erst eingeführten Steuerreform zu einer Verständigung über die Vorlagen zu gelangen, und mit Recht überzeugt davon, daß, wenn die gegebene Veranlassung nicht ausgenutzt werde, in absehbarer Zeit sich kaum wieder eine Gelegenheit darbieten werde, grundlegende Änderungen der Verfassungsgesetzgebung vorzunehmen, beschränkte die zur Beratung der Gesetzentwürfe eingesetzte Kommission¹⁾ sich nicht darauf, die ihr wünschenswert

¹⁾ Mitglieder: Semler, v. Seelen, v. Rosenstern, Rodemann, Reuter, Wehrenpfennig, Schwerdtfeger; Berichterstatter: v. Seelen, auf dessen redliches Bemühen und

erscheinenden Änderungen festzustellen, sondern veranlaßte auch die Landesversammlung, zu wiederholten Malen zu vertraulichen Besprechungen zusammenzutreten, um die vorhandenen Gegensätze zunächst klarzustellen, Schritt für Schritt deren Vermittelung anzustreben, durch vorläufige Abstimmungen über die Ausgleichsvorschläge die Wahrscheinlichkeit, auf einer bestimmten Grundlage demnächst die verfassungsmäßig erforderliche Stimmenanzahl vereinigen zu können, genau zu ermitteln, die Stellung der Landesregierung gegenüber durch ein zunächst einmütiges Vorgehen zu kräftigen und so Unterlassungen zu vermeiden, die bei den Verhandlungen des Jahres 1874 sich schwer gerächt hatten. Das eingeschlagene Verfahren führte zum Ziel: bei ihrer Berichterstattung vom 25. Januar 1899 war die Kommission auf Grund eines in jenen Vorberatungen erreichten Einverständnisses in der Lage, den Gegenentwurf eines Gesetzes über die Zusammensetzung der Landesversammlung, sowie Grundlinien für ein neues Wahlgesetz einzureichen. In jenem hatte weniger die Zahl der Abgeordneten (statt 46 jetzt deren 48) als das Verhältnis zwischen den auf Grund allgemeiner Wahlen berufenen Abgeordneten und den Vertretern der besonderen Ständeklassen eine durchgreifende Änderung erfahren. Während bislang beide Arten von Vertretung einander fast die Waage hielten (22 Höchstbesteuerte bzw. Vertreter der Kirche gegenüber 24 aus allgemeinen Wahlen hervorgehenden Abgeordneten), legte die Kommission das Schwergewicht auf den Teil der Volksvertretung, der nicht als Ersatz für die fehlende erste Kammer anzusehen war, und schlug vor, daß 30 Abgeordnete — darunter 8 der Stadt Braunschweig, ihrer Bedeutung und Einwohnerzahl entsprechend — durch allgemeine, 18 durch besondere Ständewahlen zu berufen seien. Von ersteren waren 15 Abgeordnete den Städten, 15 den Landgemeinden (unter Beseitigung des Vertreters für Thedinghausen) zugewiesen, während von den letzteren 3 auf die Großgrundbesitzer (unter Fortfall der bisherigen Einteilung in zwei Klassen), 5 auf die höchstbesteuerten Einkommensteuerspflichtigen, 4 auf die wissenschaftlichen Berufsstände und 2 auf die Geistlichen der evangelischen Landeskirche, die nunmehr als eine besondere Abteilung der Berufsstände erscheinen, gerechnet wurden. Die erheblichste Einbuße unter den Höchstbesteuerten hatte somit der Großgrundbesitz erlitten, dessen Vertretung von 10 auf 4 Abgeordnete herabgedrückt war. Die „Grundlinien für das Wahlgesetz“ behielten die bestehenden allgemeinen Voraussetzungen des Wahlrechts und der Wählbarkeit bei, beseitigten jedoch die Wahlberechtigung juristischer Personen und brachten für die allgemeinen Wahlen in Stadt und Land, da die Zulassung direkter Wahlen bei dem Staatsministerium auf Widerstand gestoßen war, indirekte Wahlen nach dem Dreiklassenwahlsystem auf der Grundlage der Gemeindevählerlisten unter Beseitigung des bisherigen Vorrechts der Gemeindebehörden in Vorschlag. Für diese Wahlen suchten sie das „Steuerzollprinzip“ bei der Verteilung der Wahlberechtigten in drei Klassen dadurch abzuschwächen,

verdienstvolle Arbeitstätigkeit das günstige Ergebnis der Vorverhandlungen nicht zum mindesten zurückzuführen ist.

daß in die erste Klasse mindestens 5 Proz., in die zweite mindestens 20 Proz. aller Wahlberechtigten zu setzen seien; auch gaben sie eine Reihe von Anhaltspunkten für die Abgrenzung der Wahlbezirke, Zahl der Wahlmänner in den einzelnen Bezirken, Wahlort und Wahlverfahren.

Am 31. Januar 1899 fand die Beratung über die Vorschläge der Kommission statt. Der Staatsminister v. Otto legte die Beweggründe dar, aus denen die Regierung in ihren Vorlagen zu einer einschneidenden Umgestaltung des Gesetzes über die Zusammensetzung der Landesversammlung und des Wahlgesetzes sich nicht habe bewegen finden können und wies in dieser Beziehung auf die Schwierigkeiten hin, denen die Landesregierung bei dem Reformversuch von 1873 begegnet sei, wie auf die seitdem wiederholt hervorgetretene Abneigung der Landesversammlung, in den Grundlagen der beiden Gesetze wesentliche Änderungen eintreten zu lassen. Indem er die Hoffnung aussprach, daß an der Hand der von der Kommission eingebrachten Vorschläge eine Verständigung sich werde erreichen lassen, erklärte er, daß die Landesregierung es an Entgegenkommen nicht werde fehlen lassen. Als man nach Schluß der allgemeinen Beratung in die Verhandlung über die einzelnen Paragraphen des Gesetzentwurfes über die anderweitige Zusammensetzung der Landesversammlung eintret, gelangten sie sämtlich, zum Teil ohne weitere Erörterungen, mit großer Stimmenmehrheit zur Annahme, und es fand darauf der Entwurf als Ganzes gegen acht, der der Grundzüge des Wahlgesetzes gegen fünf verneinende Stimmen Genehmigung. Unterm 17. Februar ließ das Ministerium einen im wesentlichen diesen Beschlüssen nachgebenden, neuen Entwurf des Gesetzes über Zusammensetzung der Landesversammlung, am 22. desselben Monats ein neues Wahlgesetz der Landesversammlung zugehen. Der erstere wich vom Entwurf der Kommission hauptsächlich insoweit ab, als die Zahl der Abgeordneten der Stadt- und Landgemeinden von je 15 auf 14 herabgesetzt und von den damit frei werdenden Sitzen einer den Gewerbetreibenden (des Wahlbezirks Kreis Braunschweig), der andere dem Amtsbezirk Ithedinghausen überwiesen war. Die Sitzungen vom 9. bis 11. März 1899 brachten die letzten entscheidenden Beratungen. Hinsichtlich der Zusammensetzung des Landtages beharrte die Landesversammlung gegenüber den angegebenen Änderungen des Regierungsentwurfes bei den Vorschlägen, die der Entwurf der Kommission enthalten hatte. Das Wahlgesetz erfuhr eine Reihe von Änderungen, die meist das Wahlverfahren betrafen, in ihrer Fassung zum Teil einiges zu wünschen übrig ließen¹⁾, im allgemeinen aber nicht von Erheblichkeit waren. Von seiten der Landesregierung wurde sofort das Einverständnis mit sämtlichen zu den beiden Vorlagen beschlossenen Änderungen ausgesprochen, und so konnte im unmittelbaren Anschluß an die Beratungen die Endabstimmung stattfinden. Am 9. März erhielt der Entwurf des Gesetzes über die Zusammensetzung der Landesversammlung mit 36 gegen 7, zwei Tage hernach der des Wahlgesetzes mit 37 gegen 6 verneinende Stimmen die verfassungsmäßige Zustimmung der

¹⁾ Der Kommission, die diese Änderungen in Vorschlag brachte, ist daraus jedoch kein Vorwurf zu machen, da die Geschäftslage eine außerordentliche Beschleunigung der Beratungen erfordert hatte.

Versammlung. Beide Entwürfe sind unterm 6. Mai 1899 durch Vollziehung seitens des Regenten zum Gesetz erhoben.

§ 6.

**Der Eintritt des Herzogtums in den Norddeutschen Bund.
Das Regentenschaftsgesetz.**

I. Als nach der Bundesratsitzung vom 14. Juni 1866 die Entscheidung über den österreichischen Mobilmachungsantrag gegen Preußen gefallen war, hatte der preußische Gesandte die Erklärung abgegeben, daß seine Regierung nunmehr „das Bundesverhältnis als erloschen betrachte und behandeln werde“, gleichwohl aber „an den nationalen Grundlagen, auf denen der Bund aufgebaut gewesen, wie an der über die vorübergehenden Formen erhabenen Einheit der deutschen Nation festhalte, und um für letztere den angemessenen Ausdruck zu finden, die Grundzüge einer neuen, den Zeitverhältnissen entsprechenden Einigung vorlege, bereit, auf dieser Grundlage einen neuen Bund mit denjenigen deutschen Regierungen zu schließen, welche die Hand dazu reichen würden“. Diese „Grundzüge zu einer neuen Bundesverfassung“ waren preußischerseits schon wenige Tage vor jener entscheidenden Bundestagsitzung durch Zirkulardepesche vom 10. Juni 1866 den deutschen Regierungen zur Erwägung übersandt. Sie bestanden aus 10 Artikeln. Nach Art. 1 sollte das Bundesgebiet künftig aus denjenigen Staaten, welche bisher dem Deutschen Bunde angehört hatten, bestehen, mit Ausnahme der österreichischen und niederländischen Landesteile, nach Art. 10 das Verhältnis des neuen Bundes zu den deutschen Gebieten des österreichischen Kaiserstaates durch besondere Verträge geregelt werden. Die Artikel 2 bis 8 enthielten über die gesetzgebende Bundesgewalt und deren Zuständigkeit, die Wahlen zur Nationalvertretung, die Vereinigung der Bundesstaaten zu einem einheitlichen Zoll- und Handelsgebiet und die Schöpfung einer Bundesmarine eine Reihe grundlegender Bestimmungen, die späterhin größtenteils in die Verfassung des Norddeutschen Bundes übergegangen sind. Der Art. 9 endlich teilte die Landmacht des Bundes in zwei Bundesheere, eine Nord- und eine Südarmerie, und übertrug für Krieg und Frieden den Oberbefehl über die erstere dem König von Preußen, über die andere dem König von Bayern.

Nachdem dann durch die Commation vom 15. Juni die Regierungen von Hannover, Sachsen, Kurhessen und Nassau vor die Wahl zwischen einem Bündnis mit Preußen unter Gewähr des bisherigen Landbesitzes und der Souveränitätsrechte „nach Maßgabe der Reformvorschläge vom 14. Juni“ oder aber der Kriegserklärung Preußens gestellt waren, erging von preussischer Seite an die kleineren norddeutschen Staaten mittels der identischen Noten vom 16. Juni gleichfalls der Antrag auf Abschluß eines Bündnisses „auf denjenigen Grundlagen, die mit einem baldigst zu berufenden Parlamente zu vereinbaren sein würden“, zugleich mit dem Ersuchen, die Truppen ungesäumt auf den Kriegsfuß zu setzen und dem König von Preußen zur Verfügung zu halten.

Im Falle der Zusage wurde auch hier überall „die Unabhängigkeit und Integrität des Gebietes nach Maßgabe der in der Bundestagsitzung vom 14. mitgetheilten Grundzüge des Bündnisses“ gewährleistet.

Die braunschweigische Regierung hatte zwar in der Bundesversammlung sich gegen den österreichischen Mobilmachungsantrag erklärt, dessen Begründung sie nicht für zutreffend hielt und dessen geschäftliche Behandlung ihr nicht ordnungsmäßig zu sein schien. Da jedoch die Gesamtstimmen der beiden in der 13. Kurie vereinigten Staaten nach dem vereinbarten „Turnus“ derzeit von Nassau abgegeben wurde, so war ihr Votum nicht zur Geltung gekommen. Sie hatte auch den lebhaftesten Wunsch, vom drohenden Kampfe mit ehemaligen Bundesgenossen und zumal mit befreundeten Nachbarstaaten sich fern zu halten, und befand sich insoweit in vollem Einklang mit der allgemeinen Stimmung der Bevölkerung, wie insbesondere mit dem Erachten der Landesvertretung. Denn angesichts des Zerwürfnisses der beiden führenden deutschen Mächte hatte der Ausschuß der Landesversammlung sich gedrungen gefühlt, in einem Schreiben vom 9. Juni 1866 der Landesregierung seine Ansichten und Wünsche hinsichtlich der politischen Lage offen darzulegen. Er war der Meinung, es werde den Interessen des Herzogtums am besten gedient sein, wenn die Regierung in der Lage bleibe, die bisherige Politik einer entschiedenen Neutralität im Streite der beiden deutschen Großmächte durchzuführen und die Sache des Friedens nach Kräften zu fördern, ohne außergewöhnliche Maßregeln ergreifen zu müssen, die eine Mitwirkung der Landesversammlung erforderten. Und da ihm das wirksamste Mittel zur Bewahrung des Friedens in der Einberufung eines deutschen Parlamentes zu liegen schien, so sprach er das dringende Ersuchen aus, daß Braunschweig, dessen liberale Politik sich stets eines guten Namens in Deutschland erfreut habe, in diesem Sinne beim Bunde nachdrücklich vorgehen möge.

Mit diesen Anschauungen deckte sich durchweg die Erwiderung, die der Staatsminister v. Campe namens seiner Regierung dem preussischen Antrage zuteil werden ließ. Der Bundesbeschluß vom 14. Juni verstoße gegen bundesgesetzliche Vorschriften, und die braunschweigische Regierung werde ihn demnach nicht zur Ausführung bringen, vielmehr die Truppen auf dem Friedensfuße belassen; sie hege aber den Wunsch, diese Stellung in der gegenwärtigen Krisis beizubehalten, und verbinde damit die ausdrückliche Zusage, sich nicht auf die Seite der Feinde Preußens stellen zu wollen. „Soviel endlich die Berufung eines deutschen Parlamentes betrifft“, heißt es dann weiter, „so hat die Herzogl. Regierung bereits seit dem Jahre 1848 die wünschenswerte Umgestaltung der deutschen Gesamtverfassung als ein dringendes Bedürfnis anerkannt und zur Erreichung dieses hohen Zieles in allen Stadien, welche diese hochwichtige Angelegenheit seitdem und unter den mannigfachsten Wechselln durchlaufen hat, an der Seite Preußens stets bereitwilligst die Hand geboten. Diesen Standpunkt nimmt die Herzogl. Regierung noch gegenwärtig ein, und sie sollt daher dem Königl. preussischen Souvernement die vollste Anerkennung dafür, daß behufs Befriedigung der nationalen Bedürfnisse in den in der Bundestagsitzung vom 14. Juni vorgelegten Grundzügen geeignete Grundlagen für eine deutsche

Gesamtverfassung gegeben sind. Die Herzogl. Regierung wird daher auch keinen Anstand nehmen, zu deren Verwirklichung, soviel an ihr ist, bereitwillig mitzuwirken, sobald nach Zustimmung der dazu erforderlichen Teilnehmer zur Ausführung geschritten werden kann“¹⁾).

Allein die Rolle des unbeteiligten, wohlwollenden Beobachters war dem siegreichen Preußen gegenüber nicht lange durchzuführen. Als die Schlacht bei Königgrätz geschlagen war, berief die braunschweigische Regierung unverzüglich die Landesversammlung zu einer außerordentlichen Tagung auf den 16. Juli zusammen und erbat die Zustimmung zum Abschluß des von Preußen in der Note vom 16. Juni vorgeschlagenen Bündnisvertrages, wie die Bewilligung der Kosten der Feldmäßigen Aufstellung und Unterhaltung der braunschweigischen Truppen. In einer Sitzung der mit der Vorprüfung der Vorlage beauftragten Kommission erläuterte und vervollständigte der Staatsminister die eingebrachten Anträge noch dahin, daß die Genehmigung der Landesvertretung auch in Anspruch genommen werde „behufs Einberufung eines deutschen Parlamentes zur Publikation eines Wahlgesetzes, in welchem die Bestimmungen des Reichswahlgesetzes vom 12. April 1849 Aufnahme finden“.

Die Kommission erstattete unterm 19. Juli ihren Bericht, kurz und bündig. Schon die geographische und politische Lage des Herzogtums mache es zur Unmöglichkeit, dem Entscheidungskampfe länger auszuweichen. „Um so mehr ist die Freude darüber berechtigt, daß die Notwendigkeit auch unserer Meinung entspricht.“ Preußen allein könne der Führer Deutschlands zur wahren Nationalität werden, der Neubau aber der deutschen Verfassung sei unabweislich geworden. Die Grundlagen des mit Preußen einzugehenden Bündnisses, wie sie die preussische Regierung in ihrem Bundesreformplan skizziert habe, seien zwar nach sehr wesentlichen Richtungen hin unbestimmt, für eine wirkliche einheitliche Machtentwicklung Deutschlands ungenügend und von den blutigen Siegen der preussischen Armee überholt worden. „Ihre Kommission erachtet aber nicht nur sich selbst, sondern auch die Landesversammlung des Herzogtums für unzuständig, irgendwelche Abänderungs- oder Vervollständigungsverträge daran zu machen, noch viel weniger die Zustimmung zu dem mit Preußen abzuschließenden Bündnisse davon abhängig zu erklären. Das wird Sache des Reichsparlamentes sein, dessen Erneuerung das heiß ersehnte Ziel jedes deutschen Patrioten ist.“ Die Kommission empfiehlt daher einstimmig, die verfassungsmäßige Zustimmung zu den Anträgen der Landesregierung, „unbedingt, vollständig und so rasch als möglich“ zu erteilen²⁾.

Neue Anträge fanden denn auch schon am 20. Juli nach kurzer Beratung einstimmige Annahme. Am 23. Juli ward der Landtag wieder geschlossen, drei Tage hernach aber zwischen Preußen und Österreich in den Nikolsburger Friedens-

¹⁾ Schreiben vom 28. Juni 1866 an den preussischen außerordentlichen Gesandten, Prinzen zu Hohenburg, in den Verhandlungen des außerordentlichen Landtages von 1866, Prot. 2, Anl. 3 C.

²⁾ Siehe den Bericht — Berichterstatter: Abgeordneter Müller-Wolfenbüttel — in Art. 2 zu Protok. 3 der Landtagsverhandlungen.

präliminarien das Programm für die künftige Gestaltung Deutschlands dahin festgestellt, daß Österreich ein nördlich der Mainlinie von Preußen zu begründendes engeres Bundesverhältnis anerkannte und sich einverstanden erklärte mit dem Zusammenschluß der südlich von dieser Linie gelegenen Staaten zu einem Verein dessen nationale Verbindung mit dem Norddeutschen Bunde der näheren Verständigung zwischen beiden vorbehalten blieb. Sonach war preussischerseits von der Durchführung des Bundesreformplanes vom 14. Juni auf seiner ursprünglichen Grundlage, von der Errichtung eines Bundesverbandes, der sämtliche deutsche Staaten — bis auf die österreichischen und niederländischen Bundesgebiete — zusammenzuschließen sollte, einstweilen Abstand genommen und der preussischen Regierung der Anlaß gegeben, die Herstellung des Bundesverhältnisses innerhalb engerer Grenzen in die Wege zu leiten. Diesem Zwecke dienten die am 18. August mit der Mehrzahl der norddeutschen Staaten, darunter auch Braunschweig, und am 21. desselben Monats mit den beiden Mecklenburg abgeschlossenen Bündnisverträge.

Am 11. Dezember 1866 trat der 12. ordentliche braunschweigische Landtag zusammen. Kurz vorher, am 13. November, hatte die Regierung das Wahlgesetz für den Reichstag des Norddeutschen Bundes veröffentlicht, „mit Zustimmung der Landesversammlung“, d. h. auf Grund der von dieser in der Sitzung vom 20. Juli erteilten Ermächtigung. Nun legte sie auch dem Landtage sogleich nach dessen Eröffnung die Bundesverträge vom 18. und 21. August vor und ließ ihnen am 21. Februar 1867 den Entwurf der Verfassung des Norddeutschen Bundes in der Fassung nachfolgen, in welcher er, von den Bevollmächtigten der Bundesstaaten vorläufig festgestellt, dem in Berlin zusammentretenden Reichstage zugehen sollte: weitere Mitteilungen über Verlauf und Ergebnis der bevorstehenden Reichstagsverhandlungen blieben vorbehalten. Beide Eingänge, nur zur Kenntnissnahme mitgeteilt, gaben der Landesversammlung zu Verhandlungen einstweilen keinen Anlaß. Am 17. April wurde der Landtag auf einige Monate vertagt und am 3. Mai der Ausschuß vom Staatsministerium durch ein Schreiben vom 3. Mai 1867 davon benachrichtigt, daß der Entwurf der Verfassungs-urkunde für den Norddeutschen Bund nunmehr in Berlin durchberaten, vom Reichstage mit mehrfachen Änderungen angenommen, in dieser Umgestaltung von den verbündeten Regierungen genehmigt und der Reichstag darauf geschlossen sei. Das Schreiben fuhr dann fort:

„Da den verbündeten Regierungen überlassen blieb, die Bundesverfassung in der mit dem Reichstage vereinbarten Gestalt nach Maßgabe der in den einzelnen Bundesländern bestehenden Verfassungen zur gesetzlichen Geltung zu bringen, so ist zugleich die Herzogl. Landesregierung durch den Vorsitzenden der Bundeskommission, den egl. preussischen Ministerpräsidenten Graf v. Bismarck, mittels Schreibens vom 20. v. Mts. ersucht, demselben seinerzeit zwei Belage-exemplare über die hier erfolgte Publikation der Verfassung zugehen zu lassen, und da von der Landesversammlung bereits auf dem außerordentlichen Landtage im Juli v. Js. auf diesseitigen Antrag im voraus die Zustimmung zum Abschluß eines Bundesvertrages erteilt worden, wie derselbe mit dem Reichstage

werde verabredet werden, so konnten Wir keinen Anstand nehmen, der Königl. preussischen Regierung auf das vorgedachte Schreiben zu erwidern, daß die Herzogl. Landesregierung sich in der Lage befinde, mit der Publikation der Verfassung zu jeder Zeit vorgehen zu können, und fügten nur das Ersuchen hinzu, Uns zeitig zu benachrichtigen, wann dortseits, sowie in den übrigen Ländern die Publikation werde bewerkstelligt werden, damit dieselbe gleichzeitig auch hier bewirkt werden kann.“

Der Ausschuß trat der hier geäußerten Auffassung in seiner Sitzung vom 4. Mai einstimmig bei. „Es wurde anerkannt, daß das von seiten der Landesversammlung rückhaltlos erklärte Einverständnis damit, daß das definitiv abzuschließende Bündnis auf den damals proponierten Grundlagen mit einem zu berufenden deutschen Parlament beraten und vereinbart werde, die verfassungsmäßige Zustimmung zu dem Ergebnis dieser Vereinbarung — der das Bündnis definierenden Verfassung des Norddeutschen Bundes — in sich begreife; gleichwie auch das Wahlgesetz für den Reichstag des Norddeutschen Bundes vom 13. November 1866 nicht speziell zur Zustimmung proponiert, sondern auf Grundlage der gleichzeitig am 20. Juli gegebenen zustimmenden Erklärung: „daß behufs Einberufung eines deutschen Parlamentes ein Wahlgesetz publiziert werde, in welches die Bestimmungen des Reichswahlgesetzes vom 12. April 1849 Aufnahme finden“ erlassen sei. Zugleich war die Versammlung darüber einverstanden, daß die Berufung der Landesversammlung zu dem Zwecke, um zu der Publikation der vereinbarten Verfassung des Norddeutschen Bundes die verfassungsmäßige Mitwirkung eintreten zu lassen, in Betracht aller Verhältnisse, welche weder eine Verwerfung noch eine Amendierung zulassen, ein wesentlicher Akt sein würde“¹⁾. So wurde denn das Schreiben des Staatsministeriums lebiglich „zu den Akten genommen“.

Gewiß, von Verwerfung oder Amendierung des Bundesverfassung konnte ernstlich nicht die Rede sein, und insofern hatte deren Genehmigung seitens der Landesversammlung nur eine formelle Bedeutung. Aber daß ein Rechtsakt, soweit er überhaupt auf Grund der Landesverfassung wie der vorausgegangenen Vereinbarungen geboten war, um deshalb als wesentlos und erläßlich erscheinen dürfe, weil die Macht der realen Verhältnisse für eine freie Wahl der Entschließung keinen Spielraum läßt, wird sich ernstlich ebensowenig rechtfertigen lassen als die dem Vorgehen des Staatsministeriums wie dem Beschlusse des Ausschusses zugrunde liegende Unterstellung, daß die auf dem außerordentlichen Landtage vom Juli 1866 erfolgte Zustimmung zu dem Bündnisantrage Preußens ohne weiteres die Genehmigung der Verfassung jedweder staatlichen Einigung, die aus jenem Bündnis hervorgehen konnte, im voraus in sich geschlossen habe und daß insbesondere die Grundlagen, auf denen die Verfassung des Norddeutschen Bundes sich aufbaute, noch die nämlichen seien, die in den identischen Noten vom 16. Juni 1866 „proponiert“ waren. Nach dem in diesen Noten niedergelegten Reformplan sollte der neue Bund das gesamte

¹⁾ Sitzungsprotokoll vom 4. Mai 1867.

Deutschland, mit Ausschluß Österreichs, umschließen und seine Verfassung von einem deutschen Parlamente „vereinbart werden“. Von diesen Voraussetzungen war sowohl die Vorlage der Regierung an den Landtag als auch der Bericht der Landtagskommission ausgegangen, der hinsichtlich der weiteren Ausgestaltung des Verfassungsrechtes im künftigen Bunde alles dem „Reichsparlament“ zu überlassen bereit war, sofern nur eine „wirkliche, einheitliche Machtentwicklung Deutschlands“ gesichert werde. Und auch in der nachfolgenden Sitzung der Landesversammlung selbst hatte von solchen Erwägungen aus ein Abgeordneter (Köpp) die in Art. IX des Reformplanes vorgesehene Trennung der Landmacht des demnächstigen Bundes in eine Nord- und Südmee und die Teilung des Oberbefehls zwischen Preußen und Bayern beanstandet, während der Berichtserstatter die hier und da hervortretende Besorgnis vor einer radikalen Beseitigung der Souveränitätsrechte der Einzelstaaten mit dem Vorhalt zu beschwichtigen suchte, daß „nur die Gründung eines festen, haltbaren Bundesstaates, nicht eines Einheitsstaates im Werke sei und schon die Verschiedenheit zwischen Norden und Süden einen solchen Plan nicht als schnell durchführbar und als klug darstelle“¹⁾. Wer mochte auch damals nach den überwältigenden Erfolgen der preussischen Kriegsführung voraussehen, daß wenige Tage später die Nikolsburger Präliminarien alle diese Hoffnungen auf alsbaldige Herstellung der deutschen Einheit vernichten, die Lande jenseits des Mains vom Norden, wie es schien, endgültig losreißen und den neuen Bundesverband auf die Staaten des nördlichen Deutschlands beschränken würden!

Auch der weitere Hergang bei der Konstituierung eben dieses Bundes hatte doch nicht ganz den Absichten entsprochen, die in dem preussischen Bündnisantrag vom 16. Juni 1866 Ausdruck erhalten und braunschweigischerseits das bereitwilligste Entgegenkommen gefunden hatten. Der Art. III des Bundesreformplanes vom 14. Juni überwies die Umgestaltung des Bundestages der Vereinbarung „unter den Bundesregierungen und mit dem zu berufenden Parlamente“. Demgemäß hatte der braunschweigische Landtag doch wohl im Vertrauen auf ein gleichmäßiges Verfahren innerhalb der verbündeten Staaten im Juli 1866 kein Bedenken getragen, zugunsten des „Reichsparlaments“ jeder eigenen Mitwirkung bei Feststellung der Bundesverfassung zu entsagen und damit zu allen Eingriffen der letzteren in das Landesgrundgesetz die verfassungsmäßige Zustimmung im voraus auszusprechen. Auch noch in den Augustverträgen (Art. 5) war daran festgehalten, daß der Entwurf der Bundesverfassung dem Parlament zur Beratung und Vereinbarung zugehen solle. Allein bald hernach sah sich zunächst Preußen durch den Widerspruch seines Abgeordnetenhauses gezwungen, in dem von ihm zu erlassenden Wahlgesetz den Reichstag auf die Beratung des Verfassungsentwurfs zu beschränken, und seinem Beispiele folgten die meisten der übrigen Bundesstaaten nach, so daß einer stattlichen Reihe von Einzellandtagen das Recht der ordnungsmäßigen Prüfung, Genehmigung oder Verwerfung der in Berlin vorberathenen Bundesverfassung verblieben

¹⁾ Sitzungsbericht vom 20. Juli 1866.

war¹⁾. Bei dieser Sachlage hätte es demnach um so mehr angemessen erscheinen dürfen, auch das Votum der braunschweigischen Landesvertretung gegenüber dem festgestellten Verfassungsentwurf wenigstens formell noch einzuholen, wie es in sämtlichen übrigen, dem Norddeutschen Bunde angehörigen Staaten geschehen ist.

Ganz ohne Widerspruch ist das eingeschlagene Verfahren denn auch nicht geblieben. Mittels Patents vom 25. Juni 1867, Nr. 43, hatte die braunschweigische Regierung die Verfassung des Norddeutschen Bundes mit dem Hinweis darauf, daß sie die Zustimmung der Landesversammlung im voraus schon erhalten habe, „zur Nachachtung“ publiziert. Einige Wochen hernach trat der Landtag wieder zusammen. Am 10. August ward der übliche Rechenschaftsbericht des Ausschusses beraten. Als der § 2 desselben zur Verhandlung kam, welcher das dem Auschuß wegen der Publikation der Bundesverfassung vom Ministerium überhandte Schreiben (s. oben S. 75) und die darauf erfolgte Beschlußfassung zur Kenntnis der Versammlung brachte, sprach der Abgeordnete Haenseler seine Überraschung darüber aus, daß die Veröffentlichung jener Verfassung „ohne eine besondere Zustimmung der Landesversammlung“ erfolgt sei, rügte das eingeschlagene Verfahren und schloß mit dem Antrage, die Landesversammlung möge

in Erwägung, daß es zweifelhaft erscheine, ob der am 20. Juli v. Js. gefaßte Beschluß, die Zustimmung zum Abschlusse des von der Königl. preussischen Regierung in der Note vom 16. Juni v. Js. proponierten Bündnisvertrages, sowie behufs Einberufung eines deutschen Parlamentes zur Publikation eines Wahlgesetzes zu erteilen, ohne weiteres auf die durch die späteren geschichtlichen Ereignisse herbeigeführte Gestaltung des Norddeutschen Bundes zu beziehen war,

in Erwägung ferner, daß insbesondere die in Art. III des Bündnisentwurfes vom 16. Juni dem zu berufenden Parlament zugewiesene Aufgabe einer Vereinbarung der Umgestaltung des Bundestages in der Stellung des zur Beratung der Verfassung des Norddeutschen Bundes berufenen Reichstages einen Ausdruck nicht gefunden hat,

zur Beseitigung formeller Bedenken beschließen, zu der durch Publikationspatent vom 25. Juni d. Js. verkündeten Verfassung des Norddeutschen Bundes damit ihre Zustimmung zu erteilen.

Allein der Antrag fiel. Wohl weniger aus sachlichen Gründen, als weil er als ein Mißbilligungsvotum gegenüber Regierung und Auschuß hätte aufgefapft werden können, was man doch gern vermeiden mochte. Zunächst widersprach der Staatsminister v. Campe den Ausführungen des Antragstellers, ohne jedoch den ersten Teil der Antragsbegründung überhaupt zu berühren und ohne den anderen Teil in blindiger Weise — soweit wenigstens der Sitzungsbericht ausweist — zu widerlegen. Dann wurde von anderer Seite dem Antrag entgegengehalten, daß „seit der Publikation der Bundesverfassung sich auf Grund derselben bereits mannigfache Rechtsverhältnisse ausgebildet hätten, die ganz zweifelhaft werden würden, wenn jetzt die Rechtskraft jener Publikation in Frage

¹⁾ Vgl. Laband, Staatsrecht des Deutschen Reiches, Bd. 1, S. 25.

gestellt werde“. Man schritt darauf zur Abstimmung, die mit allen gegen drei Stimmen die Ablehnung des Antrages zum Ergebnis hatte. —

II. Schon seit Anfang der 60er Jahre waren von der Landesversammlung Verhandlungen mit der Landesregierung eingeleitet, welche die Sicherstellung der Selbständigkeit des Herzogtums für die Zukunft zum Ziele hatten. Sie erhielten durch die Ereignisse des Jahres 1866 eine veränderte Richtung und sind nach mancherlei Mühen auf dem 16. ordentlichen Landtage zum Abschluß gebracht.

Die auf eine Vermählung des Herzogs Wilhelm gerichteten Wünsche des Landes waren nicht in Erfüllung gegangen, einer demnächstigen Vereinigung des Herzogtums mit Hannover aber sah man mit mancherlei Besorgnissen entgegen. Der Verfassungsbruch von 1837 stand noch in frischem Angedenken, und das höchst persönliche Regiment des Königs Georg — die Thronierung des Wahlgesetzes, die kirchliche und politische Reaktion in Hannover — ließ die öffentliche Meinung im Herzogtum mit der Aussicht auf die kommenden Zeiten sich durchaus nicht befremden. Die allgemeine Mißstimmung fand ihren Weg naturgemäß in die Presse, und bald wurden hier Winke und Anregungen gegeben, wie der Anfall des Landes an den Nachbarstaat unter Umständen vielleicht noch eine Weile hinausgeschoben und wie er wohl selbst endgültig abgewendet werden könne. Auf den ersteren Ausweg verwies eine Schrift¹⁾, die im Interesse des Herzogs Karl erschienen, mit Sachkenntnis abgefaßt ist und, wenn nicht einer Wiedereinsetzung des Herzogs zum Zweck der Selbstregierung, doch dessen Regentschaft im Falle früheren Todes des Herzogs Wilhelm vorzuarbeiten bezweckte. Von einer anderen Seite²⁾ wurde mit der überraschenden Begründung, daß das Herzogtum nach der Abwerfung der Fremdherrschaft dem Herzog Friedrich Wilhelm nicht etwa auf Grund seines Erbrechtes, sondern infolge einer neuen Verleihung seitens der Großmächte wiederum zuteil geworden, der Erbanspruch Hannovers also erloschen sei³⁾ und das Land nach dem künftigen, unbeerbten Tode der Herzöge Karl und Wilhelm ein herrenloses Gut darstellen werde, der braunschweigischen Bevölkerung der freundliche Rat erteilt, von dem ihr zustehenden Recht der Selbstbestimmung eintretendenfalls dahin Gebrauch zu machen, daß sie die Einverleibung des Herzogtums in Preußen beschließe. Wenn man nun auch annehmen darf, daß die seltsamen Rechtsdeduktionen dieser Schrift auf die Landesvertretung keinen Eindruck gemacht haben, so war doch der Landtag zu jener Zeit zweifellos aus zumeist liberalen Elementen zusammengesetzt,

¹⁾ „Der Zustand in der Stadt Braunschweig am 6. und 7. September 1830 und der bevorstehende Anfall des Herzogtums Braunschweig an Hannover“, 1858.

²⁾ In der Schrift: „Die Regierungsfolge im Herzogtum Braunschweig nach dem Erlöschen des braunschweig-wolfenbüttelschen Fürstenhauses“, Januar 1861. Die bekannte Bohlmannsche Denkschrift über die prioritätigen Ansprüche Preußens auf Braunschweig erschien ebenfalls 1861, lag aber noch nicht vor, als der Landtag die Successionsfrage zur Sprache brachte.

³⁾ „Der erste Grundsatz, der bei dem Thronsuccessionsrechte der deutschen Fürsten eintritt, ist nun, daß solches vom ersten Erwerber des Landes abgeleitet werden muß, daß also niemand, der nicht vom ersten Erwerber abstammt, ein Erbfolgerecht zuteilt.“ S. 15.

die sich mit Entschiedenheit der neuen preussischen Ara zuneigten, zum Theil dem Nationalverein angehörten oder doch von dessen Bestrebungen wesentlich beeinflusst waren. Ließ sich nun aber einmal der Anfall Braunschweigs an Hannover nicht abwenden, so erschien es angesichts der dortigen Verhältnisse um so dringender geboten, die Zukunft des Landes ernstlich ins Auge zu fassen und mindestens auf die Erwirkung bündiger Zusicherungen für die Aufrechterhaltung der Landesverfassung Bedacht zu nehmen. In diesem Ziele kamen alle politischen Richtungen zusammen.

So lief denn in der Sitzung vom 18. April 1861 bei dem Präsidenten der Landesversammlung ein von 41 Abgeordneten, an erster Stelle von Bieweg unterzeichneter Antrag ein, folgenden Inhalts:

„In Erwägung, daß für den durch die heißesten Gebete des Landes unabwehrbaren Fall dereinstiger Thronerledigung die Rechtsverhältnisse in verschiedenen Beziehungen ungewiß zu sein scheinen und die Hebung dieser Ungewißheit durch die wichtigsten vaterländischen Interessen geboten, vom Lande erwartet und nicht länger hinauszuschieben ist, beschließt die Landesversammlung,

Herzogl. Staatsministerium zu ersuchen, daß dasselbe die Frage, wie im Falle der Erledigung des Thrones unseres Herzogtums die Succession sich ordne und auf welche Weise dann die verfassungsmäßigen Rechte und die Interessen des Landes sicherzustellen sein würden, in Erwägung ziehen, darüber der Landesversammlung Mitteilung machen und mit derselben über die zur Durchführung der für nötig erachteten Maßregeln etwa zu treffenden Vorkehrungen sich ins Einvernehmen setzen möge,

unter Hinzufügung der Versicherung, daß die Landesversammlung gern bereit sein werde, der Landesregierung bei ihren Bestrebungen, jene für das Herzogtum so wichtigen Fragen in einer dem wahren Interesse desselben entsprechenden Weise zu ordnen, die kräftigste Mitwirkung zuteil werden zu lassen.“

Der Antrag wurde noch am nämlichen Tage in vertraulicher Sitzung beraten, einstimmig angenommen und dem Ausschuß überwiesen, um die weiter erforderlichen Vorverhandlungen mit der Regierung zu führen. Als besondere Fragen, die einer vorsorglichen Prüfung bedürfen möchten, hatte der Berichtserstatter bezeichnet: 1. ob, wenn der Herzog Wilhelm bei Lebzeiten seines Bruders abgerufen werde, die Regierung des Landes durch eine Regentschaft und durch welche zu führen sei? 2. ob der jeweilige König von Hannover ein Successionsrecht mit Ausschluß des Herzogs Karl in Anspruch zu nehmen habe? 3. ob ein blinder Mann, wenn nächster Agnat, das Recht habe, die Regierung oder Regentschaft für sich zu fordern?

Nach längerem Zögern trat das Ministerium über den Antrag mit dem Ausschuß in Verhandlung und teilte ihm unterm 31. Oktober 1862 zur Begutachtung den Entwurf von wechselseitigen Anerkennungsurkunden mit, die zwischen dem Herzog und dem König von Hannover „zur Erläuterung der Verhältnisse, welche eintreten, sowie eine der beiden regierenden Linien des Hauses Braunschweig-Elneburg der anderen succediert“, vorläufig vereinbart waren. Der Artikel 1 dieses Entwurfes gibt den Wortlaut der über die Regierungserbfolge

in den Verfassungen der beiden Länder enthaltenen Bestimmungen wieder (N. L.=D. § 14 und Hannov. Landesverfassungs-gesetz vom 6. August 1840, § 12). Artikel 2 erklärt, daß diese auf den Hausgesetzen des Gesamthauses und dem Staatsrecht der beiden Länder beruhenden Bestimmungen bei eintretenden Thronerledigungen zur Norm würden dienen müssen. Artikel 3 erkennt an, daß im Fall des Überganges der Regierung des einen Staates auf die andere Linie des Gesamthauses das Königreich Hannover und das Herzogtum Braunschweig „als selbständige deutsche Bundesstaaten nebeneinander fortbestehen müssen, jedoch vorbehaltlich der Bestimmungen des Art. 16 der Wiener Schlußakte vom 15. Mai 1820“¹⁾ und daß in einem solchen Falle „die Verfassung jedes der beiden Staaten wegen dieses Erbanges oder wegen irgend eines sonstigen Grundes eine Änderung nicht erleide, vielmehr unverändert aufrecht erhalten bleibe“. Artikel 4 nimmt Bezug auf die Bestimmungen beider Verfassungen über den Erlaß der Reversalen (N. L.=D., Art. 4, Hannov. Verf., § 14) und stellt fest, daß eine etwaige Änderung der Selbständigkeit oder der Verfassung in beiden Staaten der Zustimmung der betreffenden Landesvertretung bedarf. Der Artikel 5 fügt noch den Vorbehalt hinzu, daß „die verfassungsmäßig bestehenden Regierungsbefugnisse zu Verwaltungsanordnungen solcher Art, welche zu ihrer Rechtsgültigkeit der Zustimmung der Landesvertretung verfassungsmäßig nicht bedürfen, selbstverständlich keine Beschränkung erleiden“.

Der Ausschuß war im allgemeinen mit dem Entwurf einverstanden. Nur der Artikel 5 erweckte sein Mißtrauen, weil er völlig überflüssig sei und zu Mißdeutungen führen könne. Zur Begründung dieser Besorgnis wurde darauf hingewiesen, daß auch die hannoversche Verfassung unter anderem „in einer Staatsangelegenheit von hoher Bedeutung durch den einseitigen Erlaß der Verordnung vom 24. November 1850, die Beglaubigung der Unterschriften des damaligen Kronprinzen betreffend, eine die Rechte der Landesvertretung zur Mitwirkung bei organischen Staatseinrichtungen verkennende Deutung erfahren habe“²⁾. Dem Ministerium gelang es, das Ersuchen des Ausschusses um Beseitigung des beanstandeten Artikels in Hannover durchzusetzen. Die Anerkennungsurkunden sind darauf vom König und dem Herzog am 3. März 1863 vollzogen³⁾.

¹⁾ „Wenn die Besitzungen eines souveränen deutschen Hauses durch Erbfolge auf ein anderes übergehen, so hängt es von der Gesamtheit des Bundes ab, ob und inwiefern die auf jenen Besitzungen haftenden Stimmen im Plenum, da im engeren Rat kein Bundesmitglied mehr als eine Stimme führen kann, dem neuen Besitzer beigelegt werden sollen.“

²⁾ Während ein Patent vom 17. Juli 1841 vorgeschrieben hatte, daß die Unterschrift des künftigen, erblindeten Landesherren in Gegenwart der Minister und zweier, aus 12 hierzu eidlich verpflichteten Standesherrn oder höheren Beamten genommener Zeugen, nachdem von einem der letzteren der Wortlaut der zu unterzeichnenden Verfügung laut und deutlich vorgelesen war, erfolgen sollte, hatte die angegebene Verordnung die Gegenwart dieser Zeugen in Wegfall gebracht und die Verlesung der Verfügungen durch Vortrag ihres Inhalts seitens eines Ministers ersetzt.

³⁾ Beglaubigte Abschriften sind dem Ausschuß der Landesversammlung zugestellt und im landschaftlichen Archiv niedergelegt.

Im Dezember 1863 trat der Landtag von neuem zusammen. Der Ausschuß erstattete in vertraulicher Sitzung Bericht vom Ergebnis der Verhandlungen und bemerkte, daß er auch die in der Landesversammlung erörterten drei Fragen wegen der Erbfolge des Herzogs Karl, der Anrechte Hannovers und der Regierungsfähigkeit des Königs Georg dem Ministerium mit dem Ersuchen um eine Meinungsäußerung unterbreitet, aber eine Auskunft darüber nicht erhalten habe. Die Landesversammlung genehmigte die bisherigen Schritte des Ausschusses und ermächtigte ihn, über jene Fragen mit dem Ministerium weiter zu verhandeln. Zugleich kam zur Sprache¹⁾, ob es nicht auch rätlich sei, eine Garantie der braunschweigischen Verfassung durch die preussische Regierung zu suchen. Die Neigungen für Preußen hatten zwar durch den dortigen Konflikt der Krone mit dem Abgeordnetenhaus eine merkliche Abkühlung erlitten, auch wurden Bedenken erhoben, ob überhaupt Preußen einem solchen Ansinnen Folge geben werde. Aber man meinte doch, den Versuch nicht unterlassen zu sollen, da im Falle des Gelingens die sicherste Gewähr gegen künftige Übergriffe Hannovers gegeben sei und man mindestens bei dieser Gelegenheit Genaueres über etwa auf preussischer Seite bestehende eigene Successionsgelüste ermitteln werde. Es wurde auch hervorgehoben, daß man schon aus Rücksichten auf dringende Landesinteressen die Successionsfrage so lange wie möglich in der Schwebe zu halten suchen müsse, weil noch Zollvereins- und Eisenbahnangelegenheiten mit Hannover zu ordnen seien, auf deren Erledigung jene Frage, solange sie eine offene bleibe, von Einfluß sein werde. Alle diese Gründe führten schließlich zur Annahme des Antrags (vertrauliche Sitzung vom 20. Juni 1864), doch ist er, soweit ersichtlich, vom Ausschuß nicht weiter verfolgt.

Erst auf dem nachfolgenden ordentlichen Landtage, nachdem die Geschicke Hannovers sich inzwischen erfüllt hatten, kam die Zukunft des Herzogtums wiederum zur Sprache. Infolge Initiativantrages der staatsrechtlichen Kommission richtete die Landesversammlung auf Grund eines Beschlusses vom 13. August 1867²⁾ an die Landesregierung das Ersuchen, für den Fall, daß nach Erledigung des Thrones im Herzogtum in der jetzt regierenden Linie die Krone Preußen zur Succession berufen sein sollte, mit dieser einen Vertrag anzustreben, durch welchen dem Herzogtum die bestehende und im Vertrage vom 18. August 1866³⁾ anerkannte Selbständigkeit, sowie seine Verfassung bis dahin gesichert werde, daß in ordnungsmäßiger Weise Änderungen vereinbart seien. Allein dies Ansinnen blieb vorerst unbeantwortet, und als nach einiger Zeit der Ausschuß an die Erledigung des Ersuchens erinnerte, verwies das Ministerium auf den § 14 der N. L.-O., der über die Thronfolge zweifellosen Aufschluß gebe: Solange diese grundgesetzliche Bestimmung keine Änderung erlitten habe, sei es völlig untunlich, mit Preußen Verhandlungen auf Grund

¹⁾ Ein Antrag Vorwerks.

²⁾ Der Beschluß ward mit allen gegen vier Stimmen gefaßt. Die Anregung zum Kommissionsantrag ist anscheinend von Haessler gegeben.

³⁾ Dem Grundvertrage des Norddeutschen Bundes.

der Voraussetzung zu eröffnen, als ob die Krone Preußen nach Erledigung des Thrones zur Nachfolge berufen sei (Erwiderung vom 6. Februar 1868). Der Ausschuß meinte nun freilich, es könne doch vielleicht das bestehende Successionsrecht dem Eindringen politischer Ansichten und realer Machtverhältnisse weichen müssen, und für diesen Fall gebiete des Landes Wohl zweifellos dringend, nach Kräften Sorge zu tragen, daß nicht das Staatsvermögen und besonders der Kloster- und Studienfonds seiner bestimmungsmäßigen und herkömmlichen Verwendung durch Vereinigung mit dem Vermögen des Großstaates entzogen werde (Schreiben vom 14. März 1868). Doch fand auch dieser Vorhalt keine besondere Beachtung. Die Sache blieb demnach einstweilen auf sich beruhen, wurde aber auf dem nächsten ordentlichen Landtage, während der Krieg mit Frankreich im Gange war, um so nachdrücklicher wieder aufgenommen. Unter Bezugnahme auf die Zeitungsmitteilungen, denen zufolge der König Georg im Einverständnis mit dem Kaiser der Franzosen die Welfenlegion gegen Preußen gerüstet, zu ihrer Bewaffnung in feindlichen Kriegshäfen Chasséports bereit gehalten und sein persönliches Erscheinen im Feindesland zur Förderung dieser landesverräterischen Zwecke in Aussicht gestellt habe, trug für den Fall, daß diese Nachrichten durch Nachforschungen der Landesregierung nicht widerlegt werden sollte, der Abgeordnete Müller-Wolfenbüttel in der Sitzung vom 9. Dezember 1870 darauf an, die Regierung um eine baldigste Gesetzesvorlage zu ersuchen, durch welche die §§ 14 und 26 der N. L.-O., soweit sie die Regierungsfolge des vormaligen Königs von Hannover und seiner Nachkommen betrafen, außer Kraft zu setzen seien. Die Verfassungskommission, der der Antrag überwiesen wurde, war besonnen genug, sich vom patriotischen Ungestim desselben nicht beirren zu lassen. Sie erklärte die über die Richtigkeit jener Zeitungsmitteilungen erbetenen Nachforschungen für überflüssig, weil die feindselige Stellungnahme des Königs ohnehin als erwiesen gelten könne, und für bedenklich, weil sie nur zu dem Zwecke empfohlen seien, um davon eine Abänderung früher vereinbarter Bestimmungen wegen der Regierungsnachfolge abhängig zu machen. Eine Erörterung über die Erbfolgefrage erachtete sie in einer Zeit, in der selbst festbegründete Rechtsverhältnisse an der Macht der Thatfachen zerschellt seien, und bei der Schwierigkeit der dabei entstehenden, durch die allein beteiligten Gewalten nicht zu entscheidenden Fragen für zwecklos, erkannte es aber für Landesvertretung und Landesregierung als eine heilige und unabwiesliche Pflicht, Sorge zu tragen, daß für den Fall einer Thronerledigung des Landes Wohl und das besondere Verfassungsleben des Herzogtums sichergestellt werde. Auf Grund solcher Erwägungen gab sie anheim, über den Antrag Müller zwar zur Tagesordnung überzugehen, die Landesregierung jedoch zu ersuchen, in kürzester Frist diejenigen Maßregeln, die im Falle einer Thronerledigung auch selbst vorübergehenden Störungen in der Verwaltung des Landes vorzubeugen geeignet seien, mit der Landesversammlung zu beschließen und für die dieserhalb getroffene Vereinbarung die Garantie der Reichsgewalt nachzusuchen — ein Antrag, der in der Sitzung vom 30. März 1871 die Billigung des Staatsministers v. Campe, sowie die Zustimmung der Landes-

versammlung fand und für die Richtungslinie aller späteren Verhandlungen bestimmend geworden ist. Von einem Einverständnis über die Mittel zum Zweck war man allerdings vorerst noch ziemlich weit entfernt. Nach Schluß des Landtages verhandelte der Ausschuß mit dem Ministerium auf Grundlage eines von Schmid ausgearbeiteten Geszentwurfs, der dem Kaiser die Regierung mit den Rechten und Pflichten eines Regierungsvormundes und mit der Ermächtigung, die Regierungsgeschäfte bis auf weiteres einem Statthalter zu übertragen, überwies. Das Staatsministerium beanstandete den Eingang des Entwurfes insoweit, als dort der berechnigte Thronfolger als „ungewiß“ bezeichnet war, erhob aber auch in der Sache selbst Einspruch, weil der Kaiser in seiner Eigenschaft als König von Preußen an und für sich nicht unbeteiligt erscheine und weil preussischerseits „nicht offiziell, aber doch offiziös“ Ansprüche auf die demnächstige Regierungsnachfolge im Herzogtum erhoben seien¹⁾. Dem Gegenvorschlage des Ministeriums, daß der Landesherr den Regenten aus den regierenden Fürsten der zum Deutschen Reiche gehörenden Staaten auszuwählen und daß bei dem Mangel einer solchen Vorsorge oder im Falle der Ablehnung des ernannten Regenten die Landesversammlung die Wahl zu treffen habe, vermochte wiederum der Ausschuß nicht beizupflichten; er hielt es für mißlich, auf lange Jahre im voraus die Person des zu ernennenden Regenten zu bestimmen, und wünschte der Landesversammlung die Wahl des Regenten ausschließlich zu übertragen. In dieser Lage der Verhandlungen trat der Landtag wieder zusammen. Der Verfassungskommission desselben gelang es, nach wiederholten Beratungen und Besprechungen mit dem Ministerium einen Ausgleich der widerstreitenden Meinungen dahin herbeizuführen, daß vor der Thronerledigung der Herzog mit der Landesversammlung über die Person des künftigen Regenten sich verständigen und die Vereinbarung, so oft eine Neuwahl nötig werde, wiederholen, nach der Thronerledigung aber zu gleichem Zwecke das Staatsministerium mit der Landesversammlung in geeigneter Weise zusammenwirken solle. Ein vom Ministerium aufgestellter Geszentwurf vom 6. März 1873 trug diesem Grundgedanken Rechnung. Unter vorausgesetzter Garantie des deutschen Kaisers war demnach für den Fall, daß bei Erledigung des Thrones der berechnigte regierungsfähige Thronerbe nach übereinstimmender Ansicht des Staatsministeriums und der Landesversammlung oder deren Ausschusses an der unmittelbaren Übernahme der Regierung behindert sei, die Einsetzung einer Regentschaft vorgesehen (§ 1), der Großherzog von Oldenburg²⁾ zum Regenten bestimmt (§ 2), dem Herzog oder der Landesversammlung die etwaige Wahl eines anderen

¹⁾ Konferenz vom 24. und Schreiben vom 27. Februar 1872. Bemerkenswert ist, daß in der Konferenz der Staatsminister v. Campe die Successionsfähigkeit des Königs Georg wegen der Blindheit desselben nach den Satzungen des älteren deutschen Reichsstaatsrechts, die auch in braunschweigischen Hausverträgen ausdrücklich anerkannt seien, mit Bestimmtheit verneinte.

²⁾ In den vorangegangenen Verhandlungen war vom Staatsminister der König von Sachsen in Vorschlag gebracht, aber hauptsächlich wegen seines katholischen Glaubensbekenntnisses von der Kommission beanstandet.

Regenten, je nachdem sie vor oder nach eingetretener Thronerledigung erforderlich werde, überwiesen (§§ 3 und 4) und dem Regenten Vollmacht gegeben, mit den Regierungsgeschäften einen Statthalter widerruflich zu beauftragen (§ 5). In geheimer Sitzung der Landesversammlung vom 26. März 1873 fand der Entwurf fast einstimmige Genehmigung. So schien man alle Klippen glücklich umsegelt zu haben, als nach einiger Zeit das Staatsministerium die Mitteilung machte, daß vom Kaiser die Übernahme der erbetenen Garantie abgelehnt sei, da dem Deutschen Reiche die Prüfung der Legitimation seiner Mitglieder, namentlich also die Prüfung der Berechtigung zu der Erbfolge in einem Bundesstaate unter keinen Umständen entzogen werden könne, diesem Rechte und dieser Pflicht des Reiches aber durch den vorgelegten Entwurf bei der dort vorgesehenen Eventualität vorgegriffen werde (S Schreiben vom 9. Februar 1874). Unter diesen Umständen glaubte man von irgend welchen weiteren Schritten sich keinen Erfolg versprechen zu dürfen. Man beschloß demnach (Sitzung vom 25. März 1874), im Vertrauen, daß die Reichsgewalt zur gewiesenen Zeit für die Aufrechterhaltung von Recht, Frieden und Wohlfahrt im Herzogtum aus eigenem Antrieb mit gewissenhafter Pflichttreue sorgen werde, die Angelegenheit auf sich beruhen zu lassen.

Dem Abgeordneten v. Beltheim gebührt das Verdienst, diese Resignation wirksam bekämpft zu haben¹⁾. Unter Hindeutung auf den seit den letzten Verhandlungen erfolgten Tod des Königs Georg und die Aufrechterhaltung aller Ansprüche auf Hannover seitens des Herzogs von Cumberland, sowie unter Hervorhebung des Umstandes, daß es nur eines „auf gemessene Zeit berechneten, interimistischen Zustände begründenden Gesetzes“ zur Verhütung eines Interregnums bedürfen werde, trug er bei dem Beginne des 16. ordentlichen Landtages in der Sitzung vom 13. Dezember 1878 mit Entschiedenheit darauf an, von neuem in Erwägung zu nehmen, ob und welche Maßregeln zu treffen seien, damit im Falle einer Erledigung des Thrones die in der reichsverfassungsmäßig verbürgten Selbständigkeit des Landes einbegriffene ordnungs- und verfassungsmäßige Verwaltung vor Störungen gesichert werde. Der Antrag, von den beiden Berichterstattern²⁾ warm bekräftigt, fand am 20. Dezember Annahme, und schon am 6. Januar 1879 legte das Ministerium der Landesversammlung den Entwurf eines Gesetzes vor, die provisorische Ordnung der Regentschaftsverhältnisse bei einer Thronerledigung betreffend. Das Begleitschreiben bemerkte, daß, wie der Antrag des Landtages, so auch der Gesetzentwurf nur auf die provisorische Sicherung der verfassungsmäßigen Landesverwaltung gegen Unterbrechungen und Gefährdungen berechnet sei, daß er in dieser Beschränkung aber — und darin liegt ein weitgreifender Unterschied der Vorlage gegenüber

¹⁾ Die Denkschrift des Staatsministeriums vom 3. März 1902 über die rechtliche Natur der gegenwärtigen Regentschaft (Verhandlungen des 26. ordentlichen Landtages, Anlage 51) führt allerdings (S. 14) die Wiederaufnahme der Verhandlungen auf die „eigenste Initiative des Herzogs Wilhelm“ zurück. Danach wäre also v. Beltheim nur als Vermittler der höheren Orts geäußerten Wünsche anzusehen.

²⁾ Den Abgeordneten Bode und Ernjsti.

dem Entwurf von 1873¹⁾ — nach Inhalt und Fassung über die nächste Veranlassung hinaus allgemein dem Bedürfnis Genüge leisten solle, bei eintretenden Thronerledigungen keine Stockung oder Unterbrechung im Regierungsgange entstehen zu lassen, um so eine Lücke auszufüllen, die das Landesgrundgesetz vom 12. Oktober 1832 darbot. Über einige von der Kommission gewünschte Abänderungen wurde schnell eine Verständigung mit dem Ministerium erreicht, zur Beseitigung der Bedenken, die den Kaiser gegenüber dem Entwurfe von 1873 zur Verjagung der erbetenen Garantie bewogen hatten und auch jetzt in Beziehung auf die neue Vorlage von Berlin aus wiederholt wurden²⁾, die verallgemeinerte Tragweite des Gesetzes scharfer zum Ausdruck gebracht, der Entwurf entsprechend umgearbeitet und in Übereinstimmung mit dem Ministerium die neue Redaktion der Beratung zugrunde gelegt. Am 15. Februar 1879 erhielt die neue Vorlage einstimmig die verfassungsmäßige Zustimmung der Landesversammlung, und sie ist am Tage darauf vom Landesfürsten als Gesetz vollzogen.

Das Regentenschaftsgesetz ist bei seinem Erscheinen vielfach mit Geringschätzung beurteilt, und es hat nicht an Stimmen gefehlt, die für den Eintritt desjenigen Falles, der zu seinem Erlaß doch immerhin den nächsten Beweggrund gebildet hatte, ihm im voraus jede praktische Bedeutung abgesprochen haben. Durch die Ereignisse des Jahres 1884 sind alle diese Weisagungen als irrig erwiesen. Die Einsetzung der Regentchaft des Prinzen Albrecht von Preußen hat sich genau nach den Bestimmungen und unter den Rechtsformen des Gesetzes vom 16. Februar 1879 vollzogen, und es ist nicht abzusehen, wie die Verhältnisse im Herzogtum sich nach dem Tode des Herzogs Wilhelm hätten gestalten können, wenn es an der in jenem Gesetz geschaffenen Rechtsgrundlage gefehlt hätte.

§ 7.

Quellen und Literatur des braunschweigischen Verfassungsrechts.

Eine ausführliche Darstellung der Verfassungsgegeschichte des Herzogtums und des älteren Rechts wird auf große Schwierigkeiten stoßen, da die Quellen unzulänglich, vielfach zerstreut und nicht leicht aufzufinden sind. Eine amtliche Ausgabe der Gesetze und Verordnungen des Herzogtums ist erst im Jahre 1814 begründet, für die frühere Zeit liegen Privatammlungen in dem Fredericksdorffschen Promptuarium und der Bearbeitung desselben von Ad. Steinacker (1838) vor. Die wichtigste Quelle für die älteren Zeiten bilden die Landtagsabschiede und die von den Landesfürsten mit der Landschaft geschlossenen sonstigen Rezesse und Verträge. Ein gutes Verzeichnis derselben findet sich in du Bois' systematischer Anleitung zur Kenntnis der Quellen und Literatur des braunschweigisch-wolfenbüttelschen Staats- und Privatrechts (1792); eine

¹⁾ Nach den Eingangsworten dieses Entwurfs soll nur Vorsorge getroffen werden, solange „dem Regierungsantritt des erbberechtigten, regierungsfähigen Thronfolgers Hindernisse entgegenstehen“.

²⁾ Näheres darüber bei Erläuterung des Regentchaftsgesetzes § 1, Anm. 1.

Herausgabe war begonnen von Ph. H. Ribbentrop, aber ist unvollendet geblieben (2 Bände, 1793 und 1797). Einige der wichtigeren Landtagsabschiede (von 1597, 1619, 1770, auch die Privilegien von 1710 und 1770) und der älteren Landesordnungen (aus neuerer Zeit auch das Edikt vom 1. Mai 1794) sind abgedruckt in R. Steinackers Sammlung der größeren Organisations- und Verwaltungsgeetze des Herzogthums, 1837. Das landschaftliche Archiv enthält neben sämtlichen Landtagsabschieden aus neuerer Zeit auch manche der älteren Rezepte und Hausverträge in den Ausfertigungen; leider ist aus der älteren Registratur und dem Archiv in der westfälischen Zeit manches abhanden gekommen. Von dem Vorhandenen sind von hervorragender Bedeutung die umfangreichen, 27 starke Aktenbündel umfassenden, bisher anscheinend kaum beachteten Protokolle und andere Aktenstücke über die von 1570 bis 1685 abgehaltenen Landtage und die Verhandlungen der Ausschüsse; die Jahrgänge von 1646 bis 1650 fehlen, das übrige ist vollständig erhalten. Über manche Einzelheiten geben auch näheren Aufschluß die Verhandlungen des Schatzkollegiums, über die vom Jahre 1679 an die sehr eingehend und sorgsam geführten, bis in die westfälische Zeit hinabreichenden „Schatzprotokolle“ vorliegen. Beachtenswert sind daneben hauptsächlich die handschriftlichen Aufzeichnungen und Auszüge Wismanns¹⁾: „Annales der löblichen Landschaft, wie solche denen landschaftlichen Recepten, actis et actitatis conform und aus denenselben nicht sonder große Mühe und Fleiß gezogen worden“, ein die Zeit von 1345 bis 1723 umfassendes Inhaltsverzeichnis von Urkunden, Recepten, Verträgen, Verhandlungen mit der Landschaft oder den Ausschüssen in chronologischer Ordnung und zumal für die letzte Hälfte des 17. Jahrhunderts von großem Werte. Die Registratur des Herzogl. Staatsministeriums kommt für die vor dem Erlaß der neuen Landschaftsordnung liegende Zeit nicht in Betracht, da sie zum größten Teile, wenn nicht völlig, im Schloßbrande 1830 untergegangen ist. Dagegen dürfte vielleicht in der Registratur der Herzogl. Kammer manches von Wert zu finden sein. Für die Auslegung der neueren Gesetze und die Handhabung des Verfassungsrechts sind von erheblichster Bedeutung die „Verhandlungen der Landesversammlung des Herzogthums Braunschweig“, welche die amtlichen Protokolle, die ausführlichen Sitzungsberichte und in den Anlagen die Vorlagen der Regierung, Berichte der Kommissionen und die Beschlüsse der Landesversammlung enthalten. Sie sind im Buchhandel zwar nicht zu erhalten, befinden sich aber im Besitze vieler Behörden und Beamten des Landes.

Auch die Literatur ist recht dürftig. Aus der älteren Zeit finden sich manche Nachrichten in J. J. Mosers zahlreichen staatsrechtlichen Schriften, insbesondere in seiner „Einleitung in das Kur-, Fürst- und Herzoglich-Braunschweig-Lüneburgische Staatsrecht (1755)“ und den „Anmerkungen und Zusätzen“ dazu von Scheid (1757); ferner ist von Wert die etwa um 1745 verfaßte und nur handschriftlich verbreitete Abhandlung (vom Hofrat Koch herrührend): „Von dem Ursprung, Gerechtsamen und privilegiis der wolfsenbüttelschen Landstände, desgl. von der landständischen Verfassung“ — eine Schrift,

¹⁾ Dr. jur. Johann Wismann, 1687 Adjunkt des Landynditus, 1691 zum Landynditus erwählt, gest. am 30. Juli 1726.

die freilich in scharf ausgeprägter Weise den Standpunkt des fürstlichen Absolutismus zur Geltung bringt. Ribbentrop behandelt in seinen „Beiträgen zur Kenntniß der Verfassung des Herzogthums Braunschweig, Wolfenbüttelschen Theils“ (1787), hauptsächlich die allgemeine politische Geschichte und einige lehnrechtliche Fragen; v. Liebhabers „Einleitung in das Landrecht des Herzogthums Braunschweig und Lüneburg“ enthält im Band 1 (1791) zwar einen Abschnitt über das „Recht der Landstände“, gibt dort aber fast nur die Bestimmungen der Privilegien und des Landtagsabschiedes von 1770 wieder. Manckes Kur- und Fürstlich Braunschweig-Lüneburgisches Staatsrecht (bearbeitet bis zum Jahre 1800, herausgegeben von v. Lenthe, 1859) hat vornehmlich die Verhältnisse im Kurfürstentum Hannover zum Gegenstande, doch enthalten die Abhandlungen über die Landstände und das Besteuerungsrecht auch manches Brauchbare in Bezug auf Braunschweig-Wolfenbüttel. Das Buch ist hauptsächlich eine fleißige Materialiensammlung¹⁾. Aus neuerer Zeit sind zu erwähnen: v. Bülow, Beiträge zur Geschichte des braunschweigischen Landes und zur Kenntniß seiner Verfassung und Verwaltung (1829), ferner dessen Schrift: Zur Erläuterung der Landschaftsordnung von 1820 (1831); de Dobbeler, Über geschichtliche Entstehung, Charakter und zeitgemäße Fortbildung der landständischen Verfassung des Herzogthums Braunschweig und Fürstenthums Blankenburg (1831); v. Strombeck, Staatswissenschaftliche Mittheilungen, vorzüglich in Beziehung auf das Herzogthum Braunschweig (1831); v. Bülow, Mittheilungen zur Erläuterung der braunschweigischen Geschichte und Gesetzgebung (1839); namentlich aber Bode, Beiträge zur Geschichte der Feudalstände (1843), ausgesprochenermaßen zwar eine Streitschrift²⁾, aber eine solche, die auf gründlicher Kenntniß der Landesgeschichte beruht und in betreff der Entwicklung der landständischen Verfassung viele nähere Anhaltspunkte bietet. Daneben darf auf die allgemeinen Werke über braunschweigische Geschichte, namentlich von Havemann (Geschichte der Lande Braunschweig und Hannover, 3 Bände, 1853 bis 1857) und v. Heinemann (Geschichte von Braunschweig und Hannover, 3 Bände, 1832 bis 1892) hingewiesen werden. Die Verfassungsgeschichte unseres Jahrhunderts hat bis zum Jahre 1846 K. Steinacker für Kottet-Welckers Staatslexikon (Bd. 2, S. 612 bis 655) in einem Aufsatze bearbeitet, der die stark ausgeprägte politische Richtung des Verfassers zwar nicht verleugnet, aber immer noch von Wert und von großem Interesse ist. Das geltende Verfassungs- wie Verwaltungsrecht des Herzogthums endlich hat eine nach Form und Inhalt gleich vorzügliche Darstellung gefunden in der Arbeit Ottos: „Das Staatsrecht des Herzogthums Braunschweig“, die in Marquardts Handbuch des öffentlichen Rechts (Bd. 3, zweiter Halbband, S. 95 bis 134) 1884 erschienen ist. An weiteren Bearbeitungen des Verfassungsrechts und der Verfassungsgesetze fehlt es bislang völlig.

¹⁾ v. Meier nennt es in seiner Einleitung zur Hannoverschen Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte (1898) zutreffend „ein bloßes Knochengengerüst ohne inneres Leben“.

²⁾ Gegen v. Grone, Geschichte der corporativen Verfassung des braunschweigischen Ritterstandes nebst Vorschlägen zu ihrer Reorganisation, 1842.

Die neuere Landes-Topographie, die Eisenbahn-Vorarbeiten und der Doktor-Ingenieur.

Von

Professor Dr. C. Koppe.

gr. 8°. geh. 2 Mark.

Der durch seine vielseitige Tätigkeit als Vermessungs-Ingenieur bei der rheinischen Eisenbahn, bei der Gotthardbahn, bei Gradmessungsarbeiten, sowie als Leiter einer neuen Landesvermessung und als Professor der Geodäsie rühmlichst bekannte Verfasser rollt in der vorliegenden hochbedeutsamen Schrift Fragen auf, an deren Klarstellung und richtiger Beantwortung der Staat und die Technik in gleich hohem Maße interessiert sind.

Die auf 30 jähriger Erfahrung beruhenden Kundgebungen sind wegen der Bedeutung der allgemeinen Landestopographie für das gesamte Staats- und Kulturleben von weittragender Bedeutung und werden insbesondere für alle, die dem Vermessungswesen näher stehen in den verschiedenen Zweigen desselben, als Topographen, Ingenieure, Landmesser usw., als Dozenten an Lehranstalten, oder als Leiter staatlicher und privater Organe, zumal beim Eisenbahnbau und der Landestopographie, von dem größten Interesse sein.

Der Nachweis von Schriftfälschungen, Blut, Sperma usw.

unter besonderer Berücksichtigung der Photographie

mit

einem Anhang über Brandstiftungen

für

Chemiker, Pharmazeuten, Mediziner, Juristen, Polizeiorgane usw.

von

Prof. Dr. M. Dennstedt,

Direktor des Chemischen Staats-Laboratoriums in Hamburg

und

Dr. F. Voigtländer,

Assistent am Chemischen Staats-Laboratorium in Hamburg.

Mit 98 Abbildungen einschließlich einer farbigen Spektraltafel.

Gr. 8°. X u. 248 S. Preis geh. M. 9.—, geb. in Lnw. M. 10.—.

Archiv für Kriminalanthropologie: Der Titel des ausgezeichneten Buches gibt gleichzeitig seinen reichen Inhalt an, der sich in wertvollster Weise mit den wichtigsten Themen modern kriminalistischer Arbeit befaßt. Namentlich das Kapitel über Schriftfälschungen ist sicher auf der Höhe des heute Erreichbaren gehalten — mehr als die Verfasser diesfalls gesagt haben, wird kaum jemand wissen; in den allerschwierigsten und verzweifeltsten Fällen wird man sich auch an niemand anders wenden, als an Dennstedt in Hamburg.

Verlag von Friedr. Vieweg & Sohn in Braunschweig.

Braunschweiger Volkskunde

VON

Richard Andree.

2. vermehrte Auflage. Mit 12 Tafeln u. 174 Abbild., Plänen u. Karten.

M. 5,50, geb. in Lnwd. M. 7,—.

Ein herrliches Buch, mit dem der Verfasser nicht nur den Braunschweigern, sondern allen Niedersachsen, die noch Sinn für das Volkstum ihres Stammes haben, ein großartiges Geschenk gemacht hat! Mit ungeheurem Fleiße und nicht ohne mannigfache Beschwerden hat der Verfasser, unterstützt durch andere namhafte Kenner von Braunschweiger Land und Leuten, in seiner Volkskunde ein Buch geschaffen, das weit über seine engere Heimat hinaus bekannt zu werden verdient. Das Werk schildert das niedersächsische Landvolk und seine von den Vorfahren übernommenen Sitten, Gebräuche und Einrichtungen, sein Leben und seine Arbeit, sein Haus und seine Kleidung, seine Sprache und seine Dörfer in eingehendster Weise und gibt so ein mit Sachkenntnis und Wärme geschriebenes Bild jener alten Volksart, die leider mehr und mehr den modernen, alles nivellierenden Strömungen weichen muß. **Das Buch sollte in keiner guten Hausbibliothek des Landes fehlen, für Jung und Alt hat die „Braunschweiger Volkskunde“ ein hervorragendes und dauerndes Interesse.**

Das partikuläre Braunschweigische Privatrecht

von **A. Hampe.**

Zweite auf Grund der neuen Reichsgesetzgebung völlig umgearb. Auflage.

M. 12.—, geb. in Lnwd. M. 13.—.


Das Bürgerliche Gesetzbuch für das Deutsche Reich hat uns ein einheitliches Privatrecht geschenkt. Zahlreiche und zwar ganz besonders wichtige Rechtsverhältnisse sind aber auch jetzt noch der Landesgesetzgebung überlassen. Diese ist deshalb in den letzten Jahren außerordentlich tätig gewesen, vorhandene Lücken auszufüllen. Daneben sind viele ältere Bestimmungen des Partikularrechts in Geltung geblieben oder nur in wenigen Beziehungen durch die neue Gesetzgebung verändert. Dies gilt nicht nur von dem geschriebenen, sondern auch von dem Gewohnheitsrecht. Außerdem hat eine große Zahl anderer partikularrechtlicher Normen während der Übergangszeit noch längere oder kürzere Bedeutung. Bei dieser Durchdringung von Landes- und Reichsrecht läßt es sich im Einzelfalle oft nur durch mühselige Prüfung der verschiedensten Gesetzesquellen feststellen, welches Recht zur Anwendung zu bringen ist. Mehr als je ist deshalb eine systematische Bearbeitung des partikulären Rechts ein dringendes Bedürfnis, dem die zweite Auflage des „Partikulären braunschweigischen Privatrechts“ von A. Hampe für unser Herzogtum abhelfen will. Wenn das Buch auch in erster Linie für den Fachmann, insbesondere den Richter und den Verwaltungsbeamten, geschrieben ist, so ist doch durch Trennung des Stoffs in einen leicht verständlichen Text und in mehr wissenschaftlich behandelte Anmerkungen, sowie durch ein ausführliches Sachregister auch dem Laien die Möglichkeit geboten, über die so häufig an ihn herantretenden Rechtsfragen aus dem Werke jederzeit leicht Belehrung zu schöpfen.

Die Grundbuchgesetze des Herzogtums Braunschweig

von **W. Mansfeld.**

Mit den Regierungsmotiven u. einzelnen erläuternden Anmerkungen.

Zweite vermehrte und verbesserte Auflage. M. 5,60.

 Diesem Werke ist beigegeben: Ein Prospekt der Verlagsbuchhandlung von Friedr. Vieweg & Sohn in Braunschweig, betreffend *Vogel*, Neue gesetzliche und technische Vorschriften, betr. Calciumcarbid und Acetylen.